Betriebsratswahlen 1978: Einheit der Arbeiter gegen Bosse und Bonzen wächst Seite 5

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 17 vom 28. April 1978 — 12. Jahrgang — 50 Pfennig

Heraus zum Roten 1. Mai!

Im Zeichen ausgedehnter und heftiger Kämpfe der Arbeiterklasse steht der diesjährige 1. Mai. Da war die Welle der Proteststreiks in den Stahlbetrieben. Da legten für Tage die Hafenarbeiter den Betrieb in den großen Seehäfen lahm. Dann die andauernden Streikkämpfe der Druckereiarbeiter, der mächtige Ausstand der Metaller im Raum Stuttgart. Und jetzt, in diesen Tagen? Die Herren hatten geglaubt, daß nun der „Arbeitsfrieden" einkehren würde, nachdem sie im Verein mit den Gewerkschaftsbonzen, den Loderer, Kluncker, Mahlein und Co. Tarifverträge nach ihrem Geschmack durchgedrückt hatten. Verträge, die den Reallohn noch weiter senken; Verträge, die die Forderungen der Kollegen nach Schutz vor dem Rationalisierungsterror verraten.



Die Metaller in Stuttgart demonstrieren während des Streiks ihre Kampfbereitschaft.

Aber die Bosse und Bonzen haben sich getäuscht. Es ist keine Ruhe eingekehrt in den Betrieben. Nachdem die Verräter an der Spitze der IG Chemie ihre Unterschrift unter den Schandabschluß von 4,3 Prozent gesetzt haben, demonstrieren Hunderte von Bayer-Arbeitern in Wuppertal gegen diesen Verrat durchs Werksgelände. Die IGM-Bonzen haben mit fünf Prozent abgeschlossen. Aber für die Kollegen von Opel-Rüsselsheim ist damit die Sache nicht erledigt. An mehreren Tagen hintereinander legen Hunderte die Arbeit nieder, fordern in Protestdemonstrationen mehr Lohn.

Den dicksten Strich durch die Rechnung der Herren ziehen die VW-Arbeiter. „Fünf Prozent sind ein Hohn! Wir wollen acht Prozent mehr Lohn!" Mit dieser Parole machen sie klar: Sie werden es nicht hinnehmen, daß Bosse und Bonzen die fünf Prozent klammheimlich auch für VW abschließen. Unter dieser Parole führen die Arbeiter im Werk Wolfsburg über Wochen Tag für Tag Streiks und Demonstrationen durch. Ihr anhaltender Kampf zwingt die Bonzen dazu, die Urabstimmung einzuleiten. Das Ergebnis: 88,58 Prozent für Streik.

Im Aufruf des Zentralkomitees unserer Partei zum Roten 1. Mai heißt es: **„Um jeden Groschen Lohn, um jeden Arbeitsplatz muß angesichts der brutalen Krisenangriffe der Unternehmer erbittert und konsequent gekämpft werden. Das bleibende Ergebnis dieser Kämpfe aber muß sein, daß die Arbeiterklasse ihre durch den Verrat der Gewerkschaftsführung, durch die Politik der Zusammenarbeit mit den Unternehmern, durch Reformismus und Revisionismus, durch Agenturen der Kapitalisten wie die DKP/SEW hervorgerufene Spaltung überwindet und ihre revolutionäre, kämpferische Einheit schmiedet."**

Eine wichtige Aufgabe bei der Schmiedung dieser Einheit ist der Aufbau und die weitere Stärkung derjenigen Kraft, die in diesen Wochen und Monaten sowohl bei vielen Streikkämpfen, als auch bei den Kämpfen für revolutionäre Betriebsräte die Front gegen die Kumpanei von Bossen und Bonzen organisiert: die Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition (RGO). Am diesjährigen 1. Mai ruft unsere Partei alle klassenbewußten Arbeiter auf: Erteilt dem Regierungsmai eine Absage! Reiht euch ein in die Roten 1.-Mai-Demonstrationen der RGO!

Kämpft mit der KPD/ML für die sozialistische Revolution! ● Für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland! ● Arbeitereinheit gegen Bosse und Bonzen! ● Gegen den Regierungsmai! ● Heraus zu den Roten 1.-Mai-Demonstrationen der RGO!

Beteiligt euch an den Roten 1.-Mai-Demonstrationen der RGO!

Bielefeld: 10 Uhr, Siegfriedplatz.

Bremen: 10 Uhr, Brombergstraße/Halmer Weg.

Dortmund (Rahm): 10 Uhr, Albert-Schweitzer-Weg/Ehrlichstraße. Abschlußkundgebung 11.30 Uhr, gleicher Ort.

Duisburg (Walsum): 11 Uhr, Gördelerstraße. Abschlußkundgebung 12.30 Uhr, Jupiterstraße.

Frankfurt: 10 Uhr, Willmann-Schule, Ecke Willmannstraße/Jakobsbrunnen. Abschlußkundgebung: Biersteinerstraße/Lauterbacherstraße.

Hamburg (Dulsberg): 10 Uhr, bei der U-Bahn-Haltestelle Alter Teichweg.

Hannover (Richlingen): 10 Uhr, Friedrich-Ebert-Platz.

Kiel (Gaarden): 10.30 Uhr, Vinetaplatz.

Köln (Höhenberg): 10.30 Uhr, Bennoplatz.

Mannheim: 11 Uhr, Herzogenriedpark.

München: 10 Uhr, Sendlinger Tor.

Nürnberg: Kundgebung 11.30 Uhr vor der Lorenzkirche.

Rüsselsheim: 9 Uhr Berliner Straße/Danziger Straße, Abschlußkundgebung 10.30 Uhr, Friedensplatz.

Stuttgart (Hallschlag): 10.30 Uhr, Dessauerstraße.

Westberlin: 10 Uhr, U-Bahnhof „Gesundbrunnen". Abschlußkundgebung 12 Uhr, Utrechter Straße/Malplaquetstraße.

1.-Mai-Veranstaltung der RGO

Rüsselsheim: 28. 4., 19.30 Uhr, Gaststätte zum Berggrafen, Friedrich-Ebert-Straße.



Gegen den Regierungsmai — heraus zum Roten 1. Mai!
Arbeitereinheit gegen Bosse und Bonzen!
Konsequenter Kampf für mehr Lohn!
Kompromißlose Verteidigung unserer Arbeitsplätze!
Voller Lohnausgleich bei Kurzarbeit!
35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich!
Arbeitslosengeld für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit!
Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!
Streikrecht für Lehrlinge! Existenzlohn für Lehrlinge!
Gegen Reaktion und Faschismus!
Für freie politische und gewerkschaftliche Betätigung!
Weg mit dem reaktionären Betriebsverfassungsgesetz!
Volle Durchsetzung des Streikrechts!
Verbot der Aussperrung in allen Formen!
Weg mit dem reaktionären Ausländergesetz!
Gegen die Diktatur der DGB-Bonzen! Für mehr Mitgliederrechte!
Weg mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen!
Runter mit den Gewerkschaftsbeiträgen!
Wer der Mitbestimmung traut, hat auf Sand gebaut!
Für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland!
Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!

Veranstaltungen der KPD/ML zum Roten 1. Mai

Bielefeld (Gütersloh): 1. 5., 16 Uhr, Gaststätte „Bettenwort", Avenwedder Str. 88.

Bremen: 30. 4., Tanz in den Mai, Gaststätte „Korbhaus", Korbhauser Weg 78, Beginn 19.30 Uhr, 1. 5., Landheim Tulpe, Hemmstraße, Beginn 16 Uhr.

Dortmund (Dorstfeld): 30. 4., 19 Uhr, „Haus Unland", Wittener Straße.

Duisburg (Wehofen): 1. 5., 15 Uhr, Casino, Schachtstraße.

Frankfurt (Fechenheim): 29. 4., 17 Uhr, Rathaus Fechenheim.

Flensburg: 1. 5., 17 Uhr, Hotel „Sonnenluft", Fruerlunder Straße

Gießen: 28. 4., 19 Uhr, Gaststätte „Boxer-Club".

Hamburg (Barmbek): 29. 4., 19.30 Uhr, Gaststätte „Jarrestadt", Jarrestraße 27.

Kiel: 30. 4., Gaststätte „Waidmannsruh", Kronshagener Weg, mit Tanz in den Mai.

Mannheim: 1. 5., 16 Uhr, „Höpfner-Stuben", S. 4, 17, Saal 1.

München: 1. 5., 16 Uhr, Gaststätte „Zum Tannengarten", Pfeufferstraße/Spitzweg, Nähe Harras, mit Tanz.

Nürnberg: 1. 5., 15 Uhr, Gasthof „Schlachthof", Schlachthofstraße.

Singen: 30. 4., 19 Uhr, „Benediktiner Hof", Hohenhewer Straße.

Stuttgart (Stammheim): 1. 5., 15 Uhr, Turn- und Versammlungshalle, Solitüdestraße.

Westberlin: 30. 4., Gaststätte „Forsthaus Tegel", Schwarzer Weg, Tanz in den Mai.

AUS DEM INHALT

Bundeswehr in Nahost



Libanon: Ein Fallschirmjäger der Bundeswehr (rechts) unterweist einen UNO-Soldaten aus Nepal in einem UNO-Camp bei Tel Aviv im Umgang mit westdeutschem Kriegsgerät.

Dieses Bild ging in der letzten Woche durch die Zeitungen: Ein Fallschirmjäger der Bundeswehr unterweist in der Nähe von Tel Aviv einen UNO-Soldaten in westdeutschem Kriegsgerät. Immer weiter greift Bonn militärisch in den sogenannten Nahost-Konflikt ein. Erst waren es Transportflugzeuge für die UNO-Truppen, die von der Bundeswehr zur Verfügung gestellt wurden. Dann folgte Kriegsmaterial für diese Truppen, und jetzt tauchen die ersten Soldaten als Instrukteure im Nahen Osten auf. Schon wird in Bonn — wie etwa von dem FDP-Wehrexperten Möllemann — nach der Entsendung ganzer Truppenteile der Bundeswehr in den Libanon geschrien. Und welche Aufgabe hätten sie dort? An der Seite der französischen, norwegischen usw. Kontingente den gerechten Kampf der libanesischen und palästinensischen Patrioten gegen die israelischen Invasoren zu verhindern.

Neutronenbombe wird weiterentwickelt

Die Kriegsminister des NATO-Pakts traten in der letzten Woche zu einer Konferenz der nuklearen Planungsgruppe zusammen. Gesprochen wurde über die weitere atomare Aufrüstung des westlichen Militärpakts. Unter anderem, so wurde bekannt, soll die Entwicklung von „sauberen Nuklearwaffen mit begrenztem Wirkungsbereich" in großem Maßstab angepackt werden. Hinter diesen „sauberen Nuklearwaffen" verbirgt sich nichts anderes als die berüchtigte Neutronenbombe. Ja, mehr noch: Offen erklärten die Militärs, die Neutronenbombe sei nur „ein erstes Glied dieser neuen Entwicklungsreihe".

Das bedeutet: Während zwischen Washington und Bonn ein diplomatischer Rummel um die Neutronenbombe aufgeführt, während allerorten der Eindruck erweckt wird, als sei ihre Produktion und Stationierung noch gar nicht sicher, während SPD-Politiker wie Brandt und Bahr noch scheinheilig über das „Unmenschliche" an dieser Waffe räsonieren, ist die Entscheidung längst klar. Und es geht schon gar nicht mehr um die „alte" Neutronenbombe, sondern schon um ihre Weiterentwicklung. Und die wurde beschlossen, einstimmig, ohne viel Aufhebens. Frankreich, so wurde durch Presseberichte bekannt, hat längst einen Prototyp der Neutronenbombe erfolgreich erprobt. Und die Kreml-Herren, die ja in ihrem Machtbereich eine Kampagne gegen diese Bombe entfaltet haben? Sie haben jetzt Washington einen gegenseitigen Verzicht auf die Neutronenbombe angeboten. Aber schließlich kann man auf nichts verzichten, was man nicht hat.

Gefängnis für Schuleschwänzen

Sechs Monate ohne Bewährung. Dieses Urteil sprach das Jugendschöffengericht in Wiesbaden gegen den 15jährigen Sonderschüler Peter L. aus. Was für ein Verbrechen muß ein Jugendlicher begangen haben, daß er für ein halbes Jahr ins Gefängnis geschickt wird? Man kann es kaum glauben: Peters „Verbrechen" bestand einzig und allein darin, daß er hartnäckig die Schule geschwänzt hat. Peter hat sieben Geschwister. Der Vater ist tot, und die Mutter muß sehen, wie sie allein die Familie ernähren, mit den Kindern zurecht kommen kann. Ohne jede Hilfe der Behörden — wie man an Peters Schule zugeben muß. Man muß sich einmal anhören, was die Vertreter dieses Staates über den Jungen sagen. Das Jugendamt: Peter hat die „ganze Perspektivlosigkeit seines Daseins durchschaut". Ohne Aussicht auf eine Arbeits- oder Lehrstelle sehe er keinen Sinn darin, noch zur Schule zu gehen. Sein Rektor: Hier müsse „ein Exempel statuiert werden". Der Jugendrichter: Jemand wie Peter, der „alles negiert", der „sich nicht in die Gemeinschaft einfügt", der müsse eben hart bestraft werden.

So weit treiben diese Herren ihren Zynismus. Es ist doch das kapitalistische System, das Jugendlichen wie Peter die Perspektive raubt. Es ist der Bonner Staat, der keinen Finger rührt für die Schulabgänger, die ohne Arbeit, ohne Lehrstelle dastehen. Und jetzt wollen sie einen, der noch nicht einmal dagegen rebelliert hat, ins Gefängnis stecken. Das Terrorurteil von Wiesbaden zeigt einmal mehr die brutale Fratze dieses Staates. Statt Lehrstellen — Gefängniszellen, das ist es, was er den Jugendlichen zu bieten hat.

Bonn fördert die Faschisten

In aller Deutlichkeit zeigen zwei Ereignisse der letzten Tage: Der Bonner Staat schützt und fördert mit allen Mitteln die faschistischen Banden, die immer dreister ihr terroristisches Unwesen in unserem Land treiben. Mannheim: Das baden-württembergische Verwaltungsgericht verkündet die Übereinstimmung der Nazipartei NPD mit der Verfassung dieses Staates und entscheidet: Den Mitgliedern dieser Partei darf nicht der Zugang zum Staatsdienst verweigert werden.

Hannover: Noch weiter ging in der letzten Woche der niedersächsische Innenminister Groß, als er seinen Verfassungsschutzbericht vorlegte. Er bescheinigte der NPD sogar, sie übe in „gewisser Weise eine mäßigende Funktion auf den Rechtsextremismus aus". So will dieser Herr aus schwarz weiß machen, aus einer terroristischen Bande eine mäßigende, ja fast schon antifaschistische Kraft. Bei so viel Unverschämtheit könnte man meinen, dieser Minister wisse nicht, wovon er spricht. Aber er weiß es sehr genau. Nur wenige Tage, bevor er seinen Verfassungsschutzbericht vorlegte, hatte er in Göttingen einen massiven Polizeieinsatz befohlen zum Schutz einer NPD-Hetzkundgebung vor antifaschistischen Protesten. Und das waren die Parolen der Nazis in Göttingen: „Jagt die Kommunisten ins Minenfeld!", „Der Marxismus muß mit Stumpf und Stil, ohne Rücksicht auf Verluste ausgerottet werden."



Göttingen, 15. 4.: Mehrere Hundertschaften Polizei schützen eine Kundgebung von NPD-Faschisten gegen die empörten Antifaschisten.

Oft genug haben die Faschisten gezeigt, daß solche Parolen keine leeren Worte für sie sind. Immer dreister terrorisieren sie Werktätige, greifen sie mit Schlagringen und Eisenrohren Kommunisten und andere Antifaschisten an. Nur ein Beispiel von vielen: In der letzten Woche stürmte in Dortmund eine Bande von NPD-Anhängern eine Einrichtung der Volkshochschule und bewarf die Besucher eines antifaschistischen Films mit Knallkörpern. Von einem Einschreiten der Polizei gegen diese Terroristen ist nichts bekannt, ebensowenig wie gegen die Hetzer von Göttingen. Eingeschritten ist dort die Polizei gegen die Protestkundgebung von Tausenden Antifaschisten, um sie aufzulösen.

Eingeschritten ist die Polizei am gleichen Tag in gewohnter Manier — mit Kampfausrüstung und Schlagstock — auch in Hamburg gegen Demonstranten, die gegen eine provokative NPD-Wahlveranstaltung protestierten. 14 Antifaschisten wurden festgenommen und auf die Polizeireviere geschleppt. Es ist zu erwarten, daß die Klassenjustiz ihnen ebenso den Prozeß machen will, wie den neun Antifaschisten, die in dieser Stadt am 8. Mai vor der Großen Strafkammer des Landgerichts stehen werden.

Eingeschritten sind auch in Kulmbach mehrere hundert Polizisten gegen Demonstranten, die gegen einen provokativen Aufmarsch der Nazis protestierten. Das alles sind nur wenige Beispiele. Polizeischutz für die Faschisten, brutale Knüppeleinsätze gegen Antifaschisten; Terrorurteile gegen diejenigen, die sich den Nazis entgegenstellen und Freisprüche für die faschistischen Terroristen: Das ist die tägliche Wirklichkeit dieses Bonner Staates. Und wenn ein Minister der Mordhetze dieser Elemente eine „mäßigende Funktion" zuschreibt, dann zeigt das in aller Offenheit: Die Sache hat Methode. Und derselbe Minister erklärte vor der Presse dreist, an der Existenz der faschistischen Banden hätte nur die „weltweite Publizität", die sie genießen, hätten vor allem die Kommunisten schuld. Seine Aufforderung an die Presse: Künftig solle sie nur noch „zurückhaltend" über die Aktivitäten der Nazis berichtet werden.

So weit ist es also schon gekommen in diesem Staat. Nicht nur, daß Bonn immer unverhüllter die faschistischen Banden fördert, jetzt soll auch noch der Mantel des Schweigens über ihrem Terror ausgebreitet werden. Die Ereignisse der letzten Tage haben deutlich gemacht: Dieser Staat bekennt sich zu den Faschisten, er züchtet sie heran als offen terroristischen Stoßtrupp gegen die Kämpfe der Arbeiterklasse. Deshalb ist es notwendig, nicht nur den Nazi-Banden, sondern auch diesem Staat der westdeutschen Bourgeoisie selbst im revolutionären Kampf entgegenzutreten.

Kurz berichtet

München

Am Samstag, den 15. April organisierten die Münchner Genossen einen Werbeeinsatz für die RGO im Arbeiterviertel Giesing. Dort war ein Stand aufgebaut und der neue Spielmannszug zog mit Lautsprecherwagen und Stecktrupp durchs Viertel. Viele Fenster gingen auf. Auch die Genossen, die RGO-Flugblätter und die Einladung zu einer RGO-Veranstaltung am selben Nachmittag verteilten, erlebten einen guten Anklang bei der Bevölkerung. Nachmittags war dann die



RGO-Veranstaltung, auf der 80 Freunde und Genossen, darunter zehn neue, anwesend waren. Revolutionäre Kollegen aus Stuttgart, Frankfurt, Kempten und München, sowie ein Kollege von der „Süddeutschen Zeitung" berichteten von ihrem Kampf mit der RGO und dem Druckerstreik. Dazwischen spielte der Spielmannszug. Einige Genossen sangen italienische Kampf- und Arbeiterlieder. Im ganzen eine lebendige und gelungene Veranstaltung.

Würzburg

Die Genossen in Würzburg haben während des sogenannten „Teufelsaustreiber"-Prozesses (siehe „Offen gesagt" auf dieser Seite) in Würzburg mit Plakaten und Klebern agitiert. Auf ihnen stand: „Exorzismus ist religiöser Terrorismus". Sie forderten, daß der verantwortliche Bischof auf die Anklagebank kommt.



Kempten

70 Kollegen und Genossen besuchten in Kempten/Allgäu die erste RGO-Veranstaltung. Auf ihr berichteten die kürzlich gewählten RGO-Betriebsräte bei KMF über Arbeit und Aufbau der RGO. Als Gäste waren auch RGO-Betriebsräte von BASF und Cassella erschienen. Für den kulturellen Rahmen an diesem Abend sorgte eine Arbeitertheatergruppe aus Frankfurt.

Köln

Mehr als 20.000 Menschen beteiligten sich am 22. April an einer Demonstration gegen die SS und die Neonazis. Die Rote Garde verteilte dazu ein Flugblatt. Sie trug ein Transparent „Bonn rüstet fleißig für ein neues 33". Fast fünfzig Jugendliche riefen mit der Roten Garde: „Nieder mit Faschismus und Reaktion!"

Offen gesagt ...

Mörder im Pfaffengewand

Die Teufelsaustreiber von Würzburg, die das Leben der 22jährigen Studentin Anneliese Michel auf dem Gewissen haben, sind auf freiem Fuß. Je ein halbes Jahr Gefängnis, zur Bewährung ausgesetzt, hat das Gericht gegen sie verhängt. Die Staatsanwaltschaft hatte gar nur Geldbußen beantragt.

Das war geschehen: Anneliese Michel litt an Epilepsie und schweren seelischen Störungen. Sie weigerte sich unter anderem, Nahrung zu sich zu nehmen. Aber statt eines Arztes kamen mit der ausdrücklichen Billigung des Bischofs von Würzburg zwei Pfaffen ins Haus. Sie führten nach katholischem Ritual den Exorzismus (Teufelsaustreibung) durch. In unglaublicher Weise quälten sie das sterbende Mädchen, indem sie ihm einredeten, es sei vom Teufel besessen. Und auch als Anneliese immer mehr körperlich verfiel, dachten sie nicht daran, einen Arzt zu holen. In voller Absicht ließen sie die Kranke buchstäblich verhungern.

Wer nun glaubt, die Mörder und ihre Hinterleute würden für ihr Verbrechen bestraft, sah sich gründlich getäuscht. Auf der Anklagebank saßen nur die beiden Pfaffen selbst, nicht aber ihr Auftraggeber, der Bischof Stangl. Eine besondere Ungeheuerlichkeit angesichts der Tatsache, daß auch die Eltern des Mädchens angeklagt und schließlich verurteilt wurden. Wenn der Vater zum Beispiel im Prozeß davon sprach, er selbst habe im Zimmer seiner Tochter weiße Mäuse und den Teufel gesehen, so wurde hier deutlich, daß er an religiösen Wahnvorstellungen leidet.

Auf der Anklagebank saßen die in solchem Wahn befangenen Eltern, saßen zwei niedere Angehörige des Klerus. Aber wer ist wirklich verantwortlich für den Tod des Mädchens? Unfreiwillig gaben die Anwälte der Pfaffen eine Antwort darauf, als sie sich auf alle möglichen Bischöfe und Kardinäle, ja auf Papst Paul selbst beriefen, die alle von der Macht des Teufels gesprochen hätten. Verantwortlich für den Mord an Anneliese Michel ist der Bischof von Würzburg, der die Anordnung dazu gab, verantwortlich ist die katholische Kirche, die seit jeher die Menschen in dumpfer Unwissenheit, in Teufelsangst und Dämonenglauben halten will.

Und immer hat diese Kirche im Dienst der Ausbeuterklassen gestanden, war und ist sie eng verbunden mit dem reaktionären Staat. Dafür war auch der Prozeß in Aschaffenburg ein Beispiel. Nicht nur, daß die wahren Verantwortlichen gar nicht angeklagt waren. Das ganze Verfahren war eine einzige Reinwaschung des kirchlichen Terrors, eine einzige Verhöhnung des Mädchens, das diesem Terror zum Opfer fiel. Da konnte beispielsweise der Anwalt Lipinski unwidersprochen erklären, juristisch sei nicht ausgeschlossen, daß Anneliese vom Teufel besessen war, weil niemand das Gegenteil beweisen könne. Da konnte die Anwältin Thora aus dem qualvollen Tod des Mädchens eine „gnadenhafte Erlösung des Herrn" machen. Und der Pfarrer Alt, einer der beiden Teufelsaustreiber, setzte diesem Zynismus die Krone auf, als er erklärte, Anneliese habe durch ihren Tod „für Deutschland gesühnt". Dieser Prozeß war eine einzige Farce. Er wurde überhaupt nur eingeleitet, um die Wellen der Empörung zu glätten. Das Urteil jedoch bedeutet einen Freibrief für die Mörder in der Soutane, sich das nächste Opfer zu suchen. Daß sie es tun werden, haben sie bereits angekündigt.



Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag G. Schneider, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Bestellungen an Vertrieb 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 — 463. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911 (Verlag G. Schneider). Telefon: 0231 / 433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur: Renate Schneider, Dortmund. Druck: Alpha Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags, mit monatlicher Jugendbeilage „Die Rote Garde". Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr ist im voraus nach Erhalt der Rechnung auf eines unserer o. a. Konten zu überweisen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Betriebszeitungen der KPD/ML























Interview mit der Betriebs- und Gewerkschaftsabteilung beim ZK der KPD/ML

Unsere Partei kämpft für die proletarische Einheitsfront

Der 1. Mai, der internationale Kampftag der Arbeiterklasse, ist stets auch Anlaß, um die Entwicklung der revolutionären Arbeiterbewegung einzuschätzen, Bilanz zu ziehen über den Stand unserer Arbeit in Betrieb und Gewerkschaft. Aus diesem Grund sprach „Roter Morgen" mit der Betriebs- und Gewerkschaftsabteilung (B. u. G.) beim ZK der KPD/ML.

RM: Was sind die hervorstechendsten Merkmale der Klassenkampfsituation an diesem 1. Mai?

B. u. G.: Die letzten Wochen und Monate vor dem diesjährigen 1. Mai sind durch harte Klassenauseinandersetzungen geprägt. Die Streiks der Druckereiarbeiter gegen die Einführung neuer Technik auf ihrem Rükken, der Hafenarbeiterstreik, der Kampf der Metallarbeiter in Nordbaden/Nordwürttemberg und der VW-Arbeiter. Diese Kämpfe zeigen deutlich, wie sich im Zuge der kapitalistischen Krise die Klassenwidersprüche verschärft haben. Die Kapitalisten wollen die Massenarbeitslosigkeit skrupellos ausnützen, um zugunsten ihrer Profite die Lebensbedingungen der Arbeiter immer weiter herabzudrücken. Der brutale Aussperrungsterror der Unternehmer spricht da für sich. Gegen diese Krisenangriffe der Kapitalisten wie die Vernichtung von Arbeitsplätzen, Massenentlassungen und Kurzarbeit, Senkung der Reallöhne, Abgruppierungen, Akkordkürzungen, verschärfte Arbeitshetze usw. hat sich in der Arbeiterklasse eine starke und ständig erstarkende Front des Widerstandes gebildet. Die verschiedenen Urabstimmungsergebnisse sprechen da eine deutliche Sprache. Sie zeigen, wie groß die Kampfbereitschaft und der Kampfeswillen unter den Arbeitern ist.

RM: Eine Kampfbereitschaft, die die Gewerkschaftsführung mit Füßen tritt und sabotiert...

B. u. G.: Sicher, die DGB-Bonzen arbeiten mit den Unternehmern zusammen. Mit allen Mitteln versucht die Gewerkschaftsführung, den Kampf der Arbeiter zu unterdrücken, die Arbeiter zu spalten, ihre einheitliche Kampffront zu zersetzen, ihren Kampfeswillen durch wochen- und monatelange Hinhaltetaktik zu zermürben. Mit der Taktik der Schwerpunktstreiks, die sich erneut als reine Streikbruchtaktik erwiesen hat, haben die Führungen der IG Metall und der IG Druck und Papier dem Aussperrungsterror der Unternehmer voll in die Hände gearbeitet.

RM: Und die Abschlüsse sind dementsprechend...

B. u. G.: So ist es. Die Forderungen der Arbeiter wurden von den Gewerkschaftsführungen verraten und konnten — trotz teilweise harten, mutigen und aufopferungsvollen Kampfes — nicht durchgesetzt werden. Auf der anderen Seite hatten sich sicher auch die Kapitalisten, die DGB-Führung und auch die Bonner Regierung diese Tarifbewegungen anders vorgestellt. Die Gewerkschaftsmitglieder fegten den ersten, von den IG-Druck-und-Papier-Bonzen mit den Druckkapitalisten ausgehandelten Vertragsentwurf vom Tisch. Auch wenn der abgeschlossene Vertrag bei weitem nicht die dringenden Forderungen der Druckereiarbeiter erfüllt, enthält er doch einige Zugeständnisse der Kapitalisten. Die Hafenarbeiter stimmten den 6,8-Prozent-Betrug nieder und konnten immerhin noch sieben Prozent durchsetzen. Auch die Metaller in Nordbaden/Nordwürttemberg, deren Kampf von Steinkühler und Konsorten auf das niederträchtigste verraten wurde, konnten den Unternehmern in der Abgruppierungsfrage bestimmte Zugeständnisse abringen. Die Arbeiter konnten das abgekartete Spiel zwischen Gewerkschaftsführung, Kapitalisten und Regierung in den bisherigen Tarifbewegungen nicht durchbrechen, aber von ihrer hohen Kampfbereitschaft ging ein massiver Druck auf DGB-Bonzen und Unternehmer aus. Auf der anderen Seite haben die letzten Tarifbewegungen gezeigt, über welch großen politischen und organisatorischen Einfluß auf die Arbeiterklasse der reaktionäre arbeiterfeindliche DGB-Apparat nach wie vor verfügt. Sonst wäre er nicht in der Lage gewesen, eine so machtvolle Bewegung wie die der Metaller in Nordbaden/Nordwürttemberg abzuwürgen. Sonst wäre er nicht in der Lage gewesen, diese verräterischen Abschlüsse gegen die klassenbewußten und kämpferischen Arbeiter durchzusetzen.

RM: Und die andere Seite?

B. u. G.: Auf der anderen Seite haben gerade die letzten Kämpfe gezeigt, daß innerhalb der Arbeiterklasse sich ein äußerst bedeutsamer Prozeß vollzieht: die allmähliche Lösung der klassenbewußten Arbeiter vom Einfluß des DGB-Apparats. Das zeigt sich in der Ablehnung von Verhandlungsergebnissen durch die Druckereiarbeiter und die Hafenarbeiter. Das zeigt sich in den zahlreichen Äußerungen des Protests, der Empörung über die Bonzen, die es in den Betrieben und auf Gewerkschaftsversammlungen nach den verräterischen Abschlüssen gegeben hat. Die Tarifbewegungen standen zwar alles in allem noch unter der Kontrolle des Gewerkschaftsapparats. Aber unzählige Warnstreiks kamen gegen den Willen der Gewerkschaftsbonzen zustande. Die Streikposten als die aktivsten Träger der Streiks mußten ihren Kampf zur Sicherung der Streiks immer wieder gegen die Sabotage und das Streikbrechertum des Gewerkschaftsapparats führen und taten es auch. Alles das ist Ausdruck der Tatsache, daß die klassenbewußten Arbeiter sich vom Einfluß des DGB-Apparats zu lösen beginnen.

RM: Das bestätigen ja wohl auch die bisherigen Ergebnisse der Betriebsratswahlen.

B. u. G.: Das kann man ohne Übertreibung sagen. Die Losung der Gewerkschaftsführung „Macht die Wahl zum Signal!" ist bis auf ganz wenige Ausnahmen in den Betrieben, in denen RGO-Listen und der RGO nahestehende oppositionelle Listen kandidierten, voll verwirklicht worden. Allerdings bestimmt nicht im Sinne der DGB-Führung. Mit den 34 Prozent für die RGO-Liste bei Hoesch/Union beispielsweise haben die Hoescharbeiter sicherlich ein unübersehbares Signal gesetzt. Ein Signal dafür, daß die klassenbewußten Arbeiter die Notwendigkeit der „Arbeitereinheit gegen Bosse und Bonzen" erkennen und daß immer mehr Arbeiterinnen und Arbeiter in der RGO die Organisation erkennen, die diese Einheit der Arbeiter im Kampf gegen Unternehmerterror und Arbeiterverrat schmiedet. Wenn man bedenkt, daß die RGO praktisch erst am Anfang ihres Aufbaus steht, stellen die Ergebnisse der Betriebsratwahlen einen wirklich großen Erfolg dar.

RM: Die Ergebnisse der Betriebsratswahlen, bei denen die RGO-Listen so hohe Stimmenanteile erringen konnten, könnten zu dem Schluß verleiten, die Situation sei reif für die Gründung einer neuen revolutionären Gewerkschaft.

B. u. G.: Das wäre sicherlich ein falscher Schluß. Die guten Erfolge bei den Betriebsratswahlen beweisen, daß die RGO-Taktik richtig ist und bei den klassenbewußten Arbeitern und Gewerkschaftsmitgliedern auf Verständnis stößt. Von dieser richtigen Taktik abzurücken, zu versuchen, eine neue Gewerkschaft zu gründen, wäre eine völlige Verkennung des starken Einflusses, über den der Gewerkschaftsapparat verfügt. Ein solcher Versuch wäre von Anfang an zum Scheitern verurteilt. „In den DGB-Gewerkschaften organisiert gegen den Arbeiterverrat der Bonzen vorgehen. In den Betrieben organisiert für unsere Forderungen kämpfen." Diese zwei Sätze aus dem Maiaufruf der RGO geben die Marschroute richtig an.

RM: Also kein Rückzug aus den DGB-Gewerkschaften?

B. u. G.: Ich glaube sogar, daß wir, wenn wir in Ruhe die Erfahrungen der Betriebsratswahlen analysieren, unter anderem zu dem Ergebnis kommen werden, daß ein schwacher Punkt sowohl in der Arbeit der Partei als auch der RGO darin liegt, daß der Kampf innerhalb der DGB-Gewerkschaften noch zu schwach entwickelt ist. Nehmen wir z. B. die Arbeit in den Vertrauensleutekörpern. In den Streikkämpfen der letzten Zeit stellten Vertrauensleute einen Großteil der Streikposten. Viele von ihnen gingen voran im Kampf gegen die Streikbrecher, auch im Kampf gegen das Streikbrechertum des Gewerkschaftsapparats. Klassenbewußte Vertrauensleute forderten bundesweiten Vollstreik als Antwort auf den Aussperrungsterror der Unternehmer und waren zutiefst empört über den Verrat der Gewerkschaftsführung. Auf der anderen Seite hat sich bei den Betriebsratswahlen in vielen Betrieben gezeigt, daß die Bonzen sich im Kampf gegen die RGO vor allem auf den Vertrauensleutekörper stützen konnten. Das liegt natürlich nicht daran, daß in diesen Vertrauensleutekörpern keine klassenbewußten Kollegen sind. Sie trauen sich aber nicht, offen gegen die Arbeiterverräter aufzutreten, weil ihnen die Führung fehlt. Würden Partei und RGO in diesen Vertrauensleutekörpern systematisch arbeiten, wäre es sicherlich gelungen, eine oppositionelle Front gegen die Bonzen aufzubauen. Daraus müssen wir für die Zukunft die Lehren ziehen. Die RGO muß auf zwei Beinen stehen. Das eine Bein ist die Oppositionsarbeit innerhalb der DGB-Gewerkschaften. Das andere Bein ist die selbständige Organisierung und Führung der Kämpfe. Wenn die RGO daran festhält, wird sie zweifellos in der nächsten Zeit einen großen Aufschwung nehmen.

RM: Zum Abschluß noch eine Frage zum 1. Mai. In den vergangenen Jahren hat unsere Partei stets selbst die Roten 1.-Mai-Demonstrationen organisiert. Warum gibt es in diesem Jahr keine Mai-Demonstrationen der KPD/ML? Warum beschränkt sich die Partei darauf, zur Unterstützung der RGO-Demonstrationen aufzurufen?

B. u. G.: Ich sehe darin keine Beschränkung seitens der Partei. Der 1. Mai ist der internationale Kampftag der Arbeiterklasse. Es ist nicht im Interesse der kommunistischen Partei, den 1. Mai zu einem Kampftag nur für Kommunisten zu machen. Im Gegenteil: Gerade wir Kommunisten kämpfen dafür, daß am 1. Mai möglichst viele Arbeiter für die Interessen ihrer Klasse demonstrieren. In den vergangenen Jahren war die Partei die einzige Kraft, die dem Regierungsmai den Roten 1. Mai der Arbeiterklasse entgegensetzen konnte. Jetzt sind, vor allem im Zuge der Streikkämpfe der letzten Wochen und Monate und der Betriebsratswahlen, in vielen Betrieben und Städten Gruppen der RGO entstanden. Unsere Partei kämpft für die revolutionäre, auf ihren Klasseninteressen beruhende Einheit der Arbeiter. Darum unterstützt sie mit aller Kraft den Aufbau der RGO als proletarische Einheitsfrontorganisation. Unsere volle Unterstützung der Mai-Demonstrationen der RGO ist im Rahmen dieser Politik der proletarischen Einheitsfront nur konsequent und an sich selbstverständlich.



Betriebszeitungen der KPD/ML



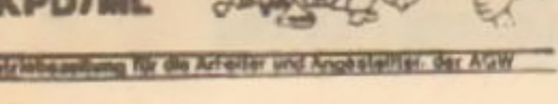
























Hoesch-Union: 34% für die RGO-Liste

Ein großer Erfolg für die Stahlarbeiter

„Hurra, wir haben gewonnen!" Freude und Begeisterung löste unter den klassenbewußten Stahlarbeitern bei Hoesch/Union die Nachricht aus: 1.146 Stimmen! Nicht einmal doppelt so viele Stimmen konnte der IGM-Apparat noch für seine Liste verbuchen. Mit allen Mitteln hatten die Bosse und Bonzen versucht, die RGO-Liste kaputtzumachen, sie in der Belegschaft zu diskreditieren. Und jetzt dieses Ergebnis!

Während die Kollegen ihren Sieg feierten, herrschte bei den Hoeschbossen und IGM-Bonzen Betroffenheit. „Schock: RGO zieht in den Betriebsrat von Union ein" lautete die Schlagzeile über dem Bericht in der „Westfälischen Rundschau". Und weiter heißt es dort: „Die Nachricht schug gestern in der Ortsverwaltung der IG-Metall am Ostwall wie eine Bombe ein…,Das ist nicht zu fassen',sagte 1. Bevollmächtigter Werner Dietrich, als ihm die Ergebnisse der Betriebsratswahl vorgelegt wurden."

Was die Feinde der Hoesch-Arbeiter im Werk Union nicht schafften — im Werk Phönix, wo die RGO ebenfalls eine Liste aufgestellt hat, versuchen sie jetzt mit aller Macht, diese Liste auszuschalten. Alles war an sich schon klar gewesen. Die RGO-Liste hatte genügend gültige Unterschriften, und normalerweise wäre die Wahl jetzt ebenfalls gelaufen. Da platzte am Montag letzter Woche die Bombe: Auf Antrag der CDA (CDU-Arbeitergruppen) erklärte das Arbeitsgericht beide Listen, sowohl die des IGM-Apparats, als auch die RGO-Liste für ungültig. Die Wahl wurde verschoben.

Die Entscheidung des Gerichts entbehrt dabei jeglicher Logik. Die IGM-Liste wurde zwar völlig zu Recht für ungültig erklärt. Entgegen den gesetzlichen Bestimmungen wurden die Unterschriften dafür gesammelt, bevor überhaupt Kandidaten aufgestellt waren. Daraus jedoch jetzt der RGO-Liste einen Strick zu drehen, ist infam. Sie wurde nämlich wegen angeblicher Doppelunterschriften mit der IGM-Liste annuliert.

Das ganze ist nichts als ein übler Trick und man kann annehmen, daß die CDA-Leute mit ihrem Antrag nur Strohmänner in einem Manöver der IGM-Bonzen waren. Für die Neuerstellung der Listen wurde eine Frist von einer Woche gesetzt. Es ist klar, daß für die RGO-Liste auf Phönix große Schwierigkeiten bestehen, innerhalb einer Woche erneut 100 Unterschriften zu sammeln, wo doch die Bosse und der IGM-Apparat mit jeder Art von Erpressung, Einschüchterung und Intrigen (der Listenführer der RGO-Liste ist ja bereits fristlos entlassen) Druck ausüben.

Bei Union aber haben die Kollegen es geschafft! Nach Aussagen von Kollegen haben ganze Abteilungen nur für die RGO gestimmt. „Jetzt haben sie endlich mal ihre verdiente Quittung bekommen!" „Schade, daß wir nur zwei Kandidaten haben, sonst hätten wir noch mehr von den alten Betriebsräten um ihren Posten bringen können!" „Das nächste Mal kandidiere ich auch auf der RGO-Liste ". Zum Entsetzen der Bonzen machten die Kollegen kein Hehl aus ihrer Sympathie für die RGO.

Erfolg bei Daimler/Benz in Westberlin

Auf der Liste „Arbeiteropposition" kandidierten bei Daimler-Benz sechs Kollegen, drei deutsche Arbeiter, zwei türkische und ein griechischer Kollege. Alle sechs Kandidaten sind in den Betriebsrat gewählt worden! Denn von 2.435 abgegebenen Stimmen entfielen 719 auf die Liste „Arbeiteropposition". Das sind 30,3 Prozent.

Diesen großen Erfolg errang die Liste „Arbeiteropposition", weil sie konsequent für die Interessen der Kollegen eintrat. Die IGM-Bonzen hatten keine Hetze und keinen Druck gescheut, um die Liste zu Fall zu bringen. So hatten sich zum Beispiel Betriebsräte vor das Tor gestellt un ein Flugblatt verteilt, in dem stand: „Kommunisten wollen bei Daimler-Benz in den Betriebsrat. Kommunisten wollen die Persönlichkeitswahl verhindern. Keine Unterschrift mehr für die Liste der Kommunisten!" Doch die Kollegen ließen sich durch diese Propaganda nicht davon abhalten, die Liste zu unterstützen.

Dies zeigte sich auch auf der Betriebsversammlung vor der Wahl. Die Kandidaten der Liste „Arbeiteropposition" fanden bei den Kollegen große Unterstützung, als sie die Hetze der Bonzen zurückwiesen. Vor allem die türkischen Kollegen und andere ausländische Arbeiter hielten fest zu ihrer Liste. Und als dann das Ergebnis feststand, herrschte eine große Begeisterung unter den Kollegen, die für ihre Liste gekämpft hatten.

Hamburg Drei oppositionelle Betriebsräte bei HDW

Als die Stimmenauszählung bei HDW in Hamburg bekannt gegeben wurde, herrschte unter den Kandidaten der „Kollegengruppe" Freude. Für ihre Liste hatten 463 Arbeiter gestimmt. Das sind zwischen 15 und 16 Prozent der abgegebenen Stimmen. Damit sind jetzt von 22 Mitgliedern im Betriebsrat drei von dieser oppositionellen Liste. Die anderen konnte noch der IGM-Apparat und der CMV (ein Betriebsrat) für sich verbuchen.

Dieses erfolgreiche Ergebnis ist von der „Kollegengruppe" in einem harten Kampf gegen die Machenschaften des IGM-Apparats errungen worden. So haben die IGM-Funktionäre versucht, alle Kollegen dazu zu zwingen, ihre Unterschrift unter die IGM-Liste zu geben, damit keine Unterschriften mehr für die Einreichung der Liste „Kollegengruppe" übrigbleiben sollten. Stundenlang wurden Kollegen, die bei der oppositionellen Liste unterschrieben hatten, bearbeitet und unter Druck gesetzt. Doch die Kandidaten der „Kollegengruppe" konnten ihre Kandidatur durchsetzen.

Die drei oppositionellen Betriebsräte werden sich jetzt im Betriebsrat für die Forderungen der Kollegen einsetzen. Über 2.500 Arbeitsplätze sind bei HDW bereits in den letzten drei Jahren vernichtet worden, und die Rationalisierungspläne des Vorstands gehen weiter. Sie wollen das Werk Reiherstieg schließen, sie wollen den Schiffsneubau aus Hamburg verlagern. Die Betriebsräte der „Kollegengruppe" werden den HDW-Kollegen beim Kampf gegen diese Pläne fest und tatkräftig zur Seite stehen.

43,7% für die RGO-Liste bei KMF

Diese Wahl war für die Bonzen bei der Kemptener Maschinenfabrik ein schwerer Schlag. Es hätte nicht viel gefehlt, und die Mehrheit für die IGM-Liste wäre hin gewesen. 43,7 Prozent der gültigen Stimmen in dieser Fabrik entfielen auf die Liste 2, die Liste der „Revolutionären Gewerkschaftsopposition". Damit sind alle drei Kandidaten in den Betriebsrat gewählt.

Von Anfang an versuchten die KMF-Kapitalisten und die IGM-Bonzen die Kandidaten der RGO-Liste zu verleumden und zu diffamieren. Sie beschimpften sie als Maulhelden, Chaoten. Nur sind sie bei den Kollegen damit nicht gut angekommen. Die kannten die RGO-Kandidaten als ehrliche und kämpferische Kollegen. Deshalb ist man von Verleumdungen zu offenem Druck gegen die Liste übergegangen. Es gipfelte zunächst in der Entlassung des Kollegen Clemens Heuson, der die Liste aktiv unterstützte, und schließlich in dem Versuch, den Listenführer Otto Pixner kaltzustellen, indem die Geschäftsleitung in Zusammenarbeit mit dem alten Betriebsrat die Kündigung aussprach. Doch die Kollegen ließen sich nicht einschüchtern. Sie wußten, jede Stimme für die Liste 2 war auch eine Stimme gegen die Kündigung von Otto Pixner.

Groß war darum auch die Freude der kämpferischen Kollegen über dieses Ergebnis, über diesen ihren Sieg. Die Bonzen um den Betriebsratsvorsitzenden Weis dagegen machten lange Gesichter. Nun werden sie nicht mehr wie bisher mit der Geschäftsleitung mauscheln können! In den Betriebsrat ziehen revolutionäre Betriebsräte ein, die sich einzig und allein den Kollegen verantwortlich fühlen und nicht der Geschäftsleitung, die verhindern werden, daß der Betriebsrat ein „Geheimrat" ist.

40% bei BMW in Westberlin

Bei BMW in Westberlin sind mehr als die Hälfte der Kollegen ausländische Arbeiter. Darum nannten die sieben oppositionellen Kandidaten ihre Liste „Einheit". Im Gegensatz zu einer sogenannten „Deutschen Facharbeiterliste", die die IGM-Bonzen vorschickten, um die Persönlichkeitswahl platzen zu lassen, traten die oppositionellen Kollegen für die Einheit der deutschen und ausländischen Arbeiter ein. Die oppositionelle Liste „Einheit" konnte bei der Wahl 481 Stimmen erringen. Das sind 40 Prozent. Für den IGM-Apparat ein schwerer Schlag, denn er errang dieses Mal nur knapp 50 Prozent.

Damit ziehen fünf klassenkämpferische Kollegen der Liste „Einheit" in den Betriebsrat: ein deutscher Kollege, drei türkische Kollegen und ein jugoslawischer Arbeiter. Als die Kollegen von diesem großartigen Wahlergebnis hörten, kamen sie zu den Kandidaten und sprachen Glückwünsche aus.

Hamburg RGO-Kandidat im Hafen gewählt

Mit 171 Stimmen wurde der Kandidat der RGO-Liste Wolfgang Weskamp in den Betriebsrat der Hamburger Hafen- und Lagerhaus Aktiengesellschaft (HHLA) gewählt. Das sind 5,4 Prozent der abgegebenen Arbeiterstimmen dieses größten Hafenbetriebes in Westdeutschland. Die Arbeitskollegen von Wolfgang haben sich über dieses Ergebnis gefreut, denn der RGO-Kandidat mußte nicht nur gegen den ÖTV-Apparat ankämpfen, der gegen die RGO-Liste hetzte, sondern sich auch mit der Gruppe „Alternative" auseinandersetzen, die mit zahlreichen Kandidaten zur Wahl stand. Die Wahl des RGO-Kandidaten Wolfgang Weskamp ist eine gute Voraussetzung, die RGO-Gruppe im Hamburger Hafen zu stärken und ihren Einfluß auszuweiten.

Betriebszeitungen der KPD/ML





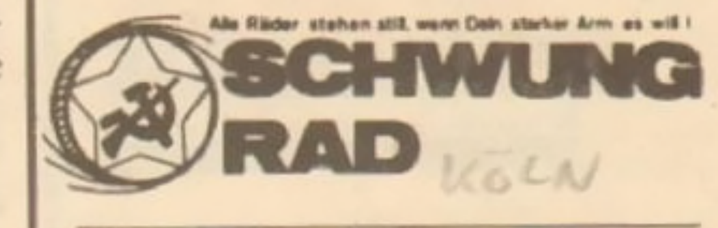








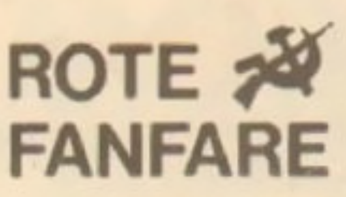


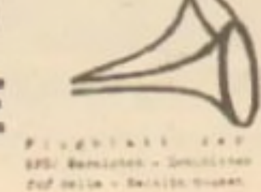






Für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland!





Zeitung der Zelle Blumenthal der KPD/ML





Betriebszeitungen der KPD/ML



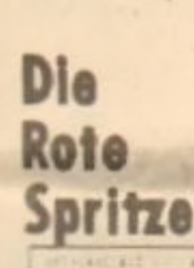




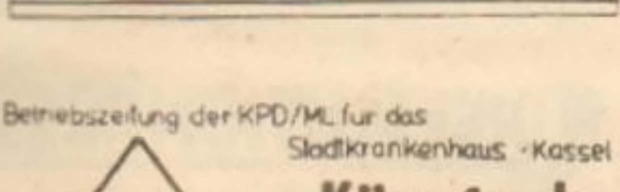




Krankenhauszeitungen der KPD/ML und der Roten Garde



















Betriebsratswahlen 1978-Zwischenbilanz

Einheit der Arbeiter gegen Bosse und Bonzen wächst

In vielen Betrieben sind die Betriebsratswahlen inzwischen abgeschlossen. In anderen Betrieben ist die Aufstellung der Kandidaten bzw. Listen gelaufen und die Wahl steht kurz bevor. Zieht man eine Zwischenbilanz, so kann man jetzt schon ohne Übertreibung sagen, daß bei den diesjährigen Betriebsratswahlen gute Erfolge bei der Schmiedung der proletarischen Einheitsfront, bei der Schaffung der „Arbeitereinheit gegen Bosse und Bonzen" erkämpft werden konnten.

In rund 25 Betrieben, in der Hauptsache Industriebetriebe mittlerer Größe, aber auch in einigen bedeutenden Großbetrieben, kam es zur Aufstellung klassenkämpferischer oppositioneller Listen. Es handelt sich teilweise um RGO-Listen, zum anderen um Listen, die der RGO nahestehen und in ihrem Kampfprogramm konsequente Positionen vertreten, sich nicht zuletzt auch klar gegen den arbeiterfeindlichen DGB-Apparat abgrenzen. Außerdem kandidierten und kandidieren noch in einer Vielzahl von weiteren Betrieben, in denen Persönlichkeitswahl ist, klassenkämpferische und revolutionäre Kollegen auf der Einheitsliste.

Soweit uns bisher bekannt, ist inzwischen in 14 Betrieben, in denen Listen mit einem konsequenten Kampfprogramm bzw. RGO-Listen kandidierten, die Wahl gelaufen. Nur in einem Fall erhielt eine oppositionelle Liste nicht genügend Stimmen, um mindestens einen Sitz im Betriebsrat zu erringen. Es handelt sich um die Liste „Arbeiterkomitee" auf der Klöcknerhütte in Bremen. Hier, wo sich insgesamt sieben verschiedene Listen zur Wahl gestellt hatten, setzte sich die Liste des alten Betriebsratsvorsitzenden und DKP-Bonzen Röpke durch. Ansonsten aber verzeichneten die meisten oppositionellen Listen gute, z. T. sogar sehr gute Ergebnisse.

Sechs der oppositionellen Listen erhielten mehr als 30 Prozent der gültigen Stimmen, darunter die RGO-Listen Hoesch/Union in Dortmund (34 Prozent) und bei der Kemptener Maschinenfabrik (43,7 Prozent). Die Liste „Wehrt Euch" bei Schmalbach-Lubeca in Heilbronn erhielt sogar 62,4 Prozent und damit mehr als doppelt soviele Stimmen wie die IGM-Liste.

Das sind großartige Erfolge, die klar zeigen, daß in der Arbeiterklasse das Bewußtsein von der Notwendigkeit des unversöhnlichen Klassenkampfes gewachsen ist und daß die klassenbewußten Kollegen begonnen haben, sich vom Einfluß des reaktionären DGB-Apparats zu lösen. Ein Manko war es, daß oft noch zu wenige Kandidaten auf den oppositionellen bzw. RGO-Listen standen, d. h. daß es nicht immer gelang, eine größere Zahl kämpferischer, klassenbewußter Kollegen für die Kandidatur zu gewinnen. So hätte z. B. bei Hoesch/Union die Stimmenzahl ausgereicht, sieben Kandidaten in den Betriebsrat zu bringen. Auf der Liste standen aber nur zwei. Natürlich hängt das mit dem massiven Druck der Kapitalisten und des DGB-Apparats zusammen. Insbesondere in Großbetrieben muß jeder Kollege, der auf einer klassenkämpferischen oder gar RGO-Liste kandidiert, mit brutalen Angriffen der Bosse und Bonzen rechnen bis hin zur fristlosen Entlassung.

Praktisch in jedem Fall wurde gegen Kandidaten auf oppositionellen oder RGO-Listen von den Bonzen sofort der Ausschluß aus der Gewerkschaft angekündigt. In mehreren Fällen wurden kandidierende Kollegen fristlos entlassen, so z. B. der Listenführer der RGO-Liste von Hoesch/Phoenix oder der Listenführer der RGO-Liste bei der Kemptener Maschinenfabrik. In Westberlin bei Solex wurde der als Kommunist bekannte Arbeiter Werner Adomatis, Kandidat auf der Einheitsliste, entlassen, angeblich wegen „Arbeitsmangel". **Er erhielt jedoch mit die meisten Stimmen, nämlich 327 bzw. 25 Prozent. Durch den Kampf gegen seine Entlassung wurden die Solex-Bosse gezwungen, ihn wieder einzustellen.**

Die regelmäßigen Leser des „Roten Morgen" wissen, daß nicht nur die revolutionären oder klassenkämpferischen Kandidaten den Haß und die Angriffe der Bosse und Bonzen auf sich zogen, sondern auch alle Kollegen, die aktiv die Aufstellung der oppositionellen Listen unterstützten. So wurde auch den Unterzeichnern der Listen überall mit Gewerkschaftsausschluß und schlimmerem gedroht, wurde aus allen Rohren, sowohl aus den Tageszeitungen, als auch durch Flugblätter des DGB-Apparats und durch Betriebszeitungen der DKP, der SPD und der CDU eine hemmungslose Hetz- und Verleumdungskampagne gegen die oppositionellen Listen betrieben. Mit all diesem Terror versuchten die Arbeiterfeinde, die Aufstellung der Listen zu verhindern bzw. die Listen vor der Wahl noch kaputtzumachen.

Dieses Pack war sich sehr wohl darüber klar, daß diese Listen, ihre erfolgreiche Beteiligung an der Wahl und das Eindringen unbestechlicher, kämpferischer und revolutionärer Arbeiter in den Betriebsrat, große Bedeutung für die Stärkung der Kampfkraft der Arbeiterklasse, für den Zusammenschluß der Massen gegen die Bosse und Bonzen hat. Daß es ihnen dennoch nur in wenigen Fällen gelang, ihr Ziel zu erreichen (eines der wenigen Beispiele ist die RGO-Liste bei Thyssen in Duisburg, wo die IGM-Bonzen mit Gangstermethoden von amerikanischem Format operierten), ist schon allein ein wichtiger Sieg und war nur möglich, weil zahllose Kollegen unerschrocken den Bonzen und Bossen die Stirn boten.

Übersicht über die bisherigen Wahlerfolge für Oppositionelle bzw. RGO-Listen

Erfolgreiche Wahlbeteiligung in 14 Betrieben

Krankenhaus Neukölln (Westberlin)
16 Prozent bzw. 120 Stimmen für die „Oppositionelle Liste". Von drei aufgestellten Kandidaten sind zwei gewählt.

Cassella (Chemiebetrieb in Frankfurt)
27 Prozent bzw. 288 Stimmen für die „Oppositionelle Liste". Alle drei aufgestellten Kandidaten sind gewählt. Vier Sitze wären möglich gewesen.

BASF (Chemiebetrieb in Ludwigshafen)
3 Prozent bzw. 530 Stimmen für die RGO-Liste. Von drei aufgestellten Kandidaten ist einer gewählt.

Mannesmann-Kammerich (Stahlbetrieb in Bielefeld)
35 Prozent bzw. 216 Stimmen für die „Oppositionelle Liste". Ein Kandidat war aufgestellt und wurde gewählt. Vier Sitze wären möglich gewesen.

Schmalbach-Lubeca (Metallbetrieb in Heilbronn)
62,4 Prozent bzw. 156 Stimmen für die Liste „Wehrt Euch". Ein Kandidat war aufgestellt und wurde gewählt. Vier Sitze (und damit die Mehrheit im Betriebsrat) wären möglich gewesen.

HDW (Howaldtswerft in Kiel)
17,5 Prozent bzw. 603 Stimmen für die „Rote Liste (RGO)". Alle drei aufgestellten Kandidaten sind gewählt.

HDW (Howaldtswerke in Hamburg)
15 Prozent bzw. 463 Stimmen für die Liste „Kollegengruppe". Von fünf aufgestellten Kollegen sind drei gewählt.

Siemens-Bosch (Haushaltsgeräte-Werk in Westberlin)
29 Prozent für die Liste „Wehrt Euch". Die drei aufgestellten Kandidaten sind gewählt. Fünf Sitze wären möglich gewesen.

Kraftwerksunion (Turbinenfabrik des Siemens-Konzerns in Westberlin)
10 Prozent bzw. 187 Stimmen für die Liste „Frischer Wind". Von sechs aufgestellten Kandidaten ist einer gewählt.

Daimler-Benz (Westberlin)
30 Prozent bzw. 719 Stimmen für die Liste „Arbeiteropposition". Alle sechs aufgestellten Kandidaten sind gewählt.

BMW (Motorradfabrik in Westberlin)
40 Prozent bzw. 481 Stimmen für die Liste „Einheit". Von sieben aufgestellten Kandidaten sind fünf gewählt.

Hoesch/Union (Hüttenwerk in Dortmund)
34 Prozent bzw. 1.146 Stimmen für die RGO-Liste. Die zwei aufgestellten Kandidaten sind gewählt. Sieben Sitze wären möglich gewesen.

Hamburger Hafen- und Lagerhaus Gesellschaft
5 Prozent bzw. 171 Stimmen für die RGO-Liste. Ein Kandidat war aufgestellt und wurde gewählt.

KMF (Kemptener Maschinenfabrik)
43,7 Prozent bzw. ca. 200 Stimmen für die RGO-Liste. Alle drei aufgestellten Kandidaten wurden gewählt.

Krankenhauszeitungen der KPD/ML und der Roten Garde





Stadtteilzeitungen der KPD/ML

















Bauernzeitungen der KPD/ML

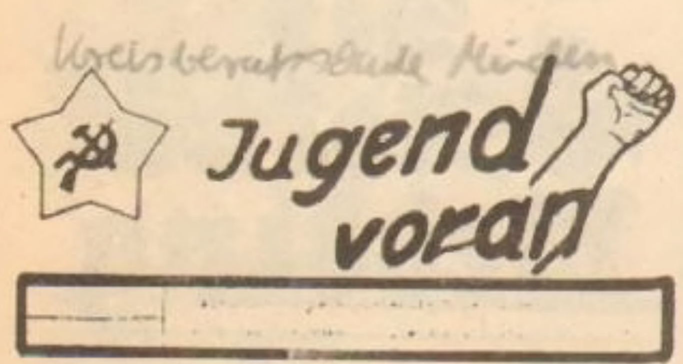




Zeitungen der Roten Garde



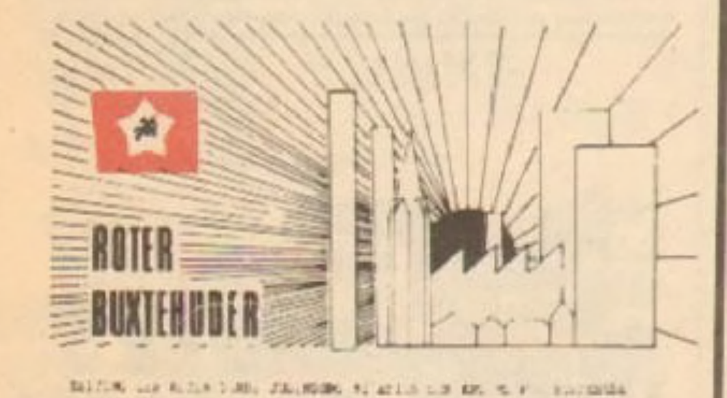
















Neue Rationalisierungswelle durch Mikroelektronik

Millionen von Arbeitslosigkeit bedroht!

In den letzten Jahren haben die Kapitalisten den Rationalisierungsterror brutal verschärft. Hunderttausende verloren ihren Arbeitsplatz und mußten sich in das Heer der Arbeitslosen einreihen. Durch Dequalifizierung, Umsetzungen und Abgruppierungen wurde Zigtausenden der Lohn gekürzt, wurden sie zu monotoner und nervtötender Arbeit verurteilt. Akkordsätze wurden verschärft, die Arbeitshetze gesteigert, die Schichtarbeit ausgeweitet. Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten nahmen rapide zu. Nur so konnte das Kapital seinen Heißhunger nach Profit stillen. Jetzt aber zeichnet sich eine neue Welle der Rationalisierung und Arbeitsplatzvernichtung ab, die offensichtlich alles bisher Bekannte noch in den Schatten stellt. Ausgelöst wird sie durch die Weiterentwicklung der Computertechnik, durch den Vormarsch der Mikroelektronik.

Schon in den vergangenen sieben Jahren schrumpfte in der Bundesrepublik allein im industriellen Bereich die Zahl der Beschäftigten um mehr als 1,2 Millionen. Mit der Krise verschärften die Kapitalisten die Rationalisierung, um alle Lasten den Arbeitern und Angestellten aufzubürden. Dazu einige Beispiele: 1976 erzeugte die Stahlindustrie in der Bundesrepublik mit 30 Millionen Arbeitsstunden weniger als im Vorjahr zwei Millionen Tonnen Stahl mehr. In der Textilindustrie schrumpfte von 1974 bis 1977 die Zahl der Beschäftigten um nahezu hunderttausend. Im gleichen Zeitraum aber erhöhten die Textilkapitalisten ihre Umsätze um fast 1,7 Milliarden Mark. Von 1970 bis 76 erhöhte sich der Ausstoß an Textilien pro Beschäftigtem um 57 Prozent. Im Einzelhandel wurde die Zahl der Beschäftigten von 1970 bis 77 um 70.000 bzw. drei Prozent abgebaut. Aber der Umsatz stieg in diesen sieben Jahren um 74 Prozent.

Wundert es angesichts dieser Zahlen noch, daß die großen Profithaie, die Monopolherren des Bank- und Industriekapitals, Profite scheffeln wie noch nie? Nach einer Analyse der „Frankfurter Allgemeinen" sind die Dividenden der Aktionäre 1977 im Schnitt um 47,6 Prozent gestiegen.

Mikroprozessoren lösen neue Rationalisierungswelle aus

Der jetzt beginnende Einzug der Mikroelektronik in praktisch alle Bereiche der Industrie, in den Handel, in das Dienstleistungsgewerbe, in den Bereich der staatlichen Bürokratie und Verwaltung, wird diese Gegensätze des Kapitalismus weiter verschärfen. Das technische Stichwort der neuen Rationalisierungswelle heißt: Mikroprozessoren. Es sind fingernagelkleine Kristallplättchen — Träger eines Verbunds elektronischer Schaltkreise in Miniaturgröße. Sie setzen umwälzende technische Neuerungen auf die Tagesordnung. Sie lassen Computer nicht nur weit präziser, leistungsfähiger und kleiner werden, sondern vor allem billiger und damit für die Kapitalisten rentabler. Damit erhalten die Kapitalisten neue Möglichkeiten, die Automatisierung auf allen Gebieten sprunghaft voranzutreiben, menschliche Arbeitskraft massenhaft durch Maschinen und Elektronengehirne zu ersetzen.

Die Druckereiarbeiter waren die ersten, die in breiter Front gegen die skrupellose Rationalisierung mit Hilfe der neuen Technik zu Felde zogen. Ihr Kampf wurde vom DGB-Apparat sabotiert und abgewürgt. Die Druckereiarbeiter aber sind keineswegs die einzigen, die heute schon die Einführung der Mikroelektronik zu spüren bekommen. So wurden z. B. in der Uhrenindustrie im Zuge der Umstellung von konventionellen mechanischen Uhren auf Quarzuhren die Zahl der Beschäftigten halbiert. Waren in der Uhrenindustrie Südwestdeutschlands 1970 noch 32.000 Menschen beschäftigt, so sind es heute nur noch 18.000. Auch in der Produktion von Registrierkassen, Fernschreibern, Fernsprech-Vermittlungsanlagen, Taxametern u. ä. hat die Umstellung auf elektronische Funktionskreise bereits verheerende soziale Folgen für die Arbeiter gezeitigt. Der multinationale US-Konzern NRC z. B. legte seine Registrierkassenfabriken in Westberlin und Gießen still und reduzierte die Stammbelegschaft im Augsburger Werk um zwei Drittel.

Roboter ersetzen menschliche Arbeitskraft

Riesige Entlassungsfeldzüge drohen durch die technische Umwälzung der Produktionsverfahren in allen Bereichen der Industrie. Elektronische Steuerung und Roboter ersetzen menschliche Arbeitskraft. Zum Beispiel brachte der Gildemeister-Konzern elektronisch gesteuerte Werkzeugmaschinen auf den Markt, die nicht mehr, wie bislang, das nahezu zehnfache einer konventionellen Maschine kosten, sondern genauso billig sind. Bei einfachen Teilen können solche Maschinen in der gleichen Zeit mindestens doppelt so viel ausstoßen. Ein Arbeiter kann mehrere dieser Maschinen gleichzeitig bedienen. Und Siemens arbeitet schon an der Entwicklung eines Roboters, der dann auch noch die Kollegen ersetzt, die die elektronischen Werkzeugmaschinen beschicken. Er soll künftig fünf solcher Werkzeugmaschinen auf einmal beschicken können. In der Autoindustrie gibt es bereits seit einigen Jahren Roboter, die schweißen, lackieren, Teile stapeln und sogar anmontieren können. VW z. B. besitzt bereits 77 solcher „Robbys".

Vermutlich noch schneller und radikaler wird in den Büros, in den Arbeitsbereichen der Angestellten, rationalisiert. Schon heute stehen in vielen Großbetrieben, Banken, Versicherungspalästen und Behörden Computer, die erhebliche Teile der Buchhaltung, des Rechnungswesens, der Lagerhaltung, des kaufmännischen Bereichs u. a. automatisieren. Durch die Mikroelektronik wird der Vormarsch der Computer in diesen Bereichen jedoch enorm vorangetrieben. Datensichtgeräte, Dialogterminals, Schreibautomaten usw. werden auch für kleinere Ämter und Betriebe und für weniger kapitalkräftige Unternehmen, nicht zuletzt auch für den Einzelhandel, interessant. In akute Gefahr geraten somit die Arbeitsplätze in einer ganzen Kette von Angestelltenberufen: Schreibkräfte, Korrespondenten, Buchhalter, Disponenten, Einkäufer, Kalkulatoren, Verkäufer, Stenotypistinnen, Datentypistinnen, Sekretärinnen und selbst Ingenieure sind von Arbeitslosigkeit bedroht. Offizielle Schätzungen besagen, daß in den achtziger Jahren von den insgesamt fünf Millionen Schreibkräften und Korrespondenten in den bundesrepublikanischen Büros jeder zweite durch einen Computer ersetzt wird. Nach diesen Prognosen sollen bereits zu Beginn der achtziger Jahre zwei Millionen Büroangestellte durch Rationalisierung ihren Arbeitsplatz verlieren.

Da hilft nur revolutionärer Klassenkampf

Millionen Arbeitern und Angestellten droht also in den kommenden Jahren Arbeitslosigkeit und Verelendung. Ist das der unvermeidliche Preis des technischen Fortschritts? Nein — aber es ist die unausweichliche Konsequenz daraus, daß der technische Fortschritt im Kapitalismus den Profitinteressen der Unternehmer dient. Der technische Fortschritt steigert die Produktivkräfte gewaltig, er kann und muß dazu beitragen, den werktätigen Massen ein glücklicheres, freieres Leben, ein Leben ohne wirtschaftliche und soziale Unsicherheit und Not zu ermöglichen. Er kann die Arbeiter zunehmend von der Notwendigkeit aufreibender, einseitiger Fronarbeit befreien und ihnen die allseitige Entfaltung ihrer Anlagen und Fähigkeiten ermöglichen. Unter der Herrschaft der kapitalistischen Ausbeuterklasse jedoch ist das unmöglich. Durch das Privateigentum an den Produktionsmitteln wird technischer Fortschritt zur Rationalisierungspeitsche, die zu immer verheerenderer Massenarbeitslosigkeit führt und den Arbeiter völlig zum Anhängsel der Maschine degradiert. Deshalb muß der Kampf der Arbeiterklasse gegen den Rationalisierungsterror darauf abzielen, den Kapitalismus durch die gewaltsame sozialistische Revolution zu stürzen, die Diktatur der Bourgeoisie durch die Diktatur des Proletariats zu ersetzen und ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland aufzubauen.

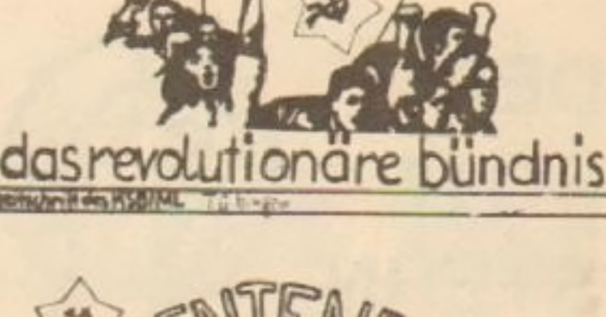
Der reaktionäre DGB-Apparat versucht mit allen Mitteln, die Arbeiterklasse vom Kampf für den Sozialismus abzuhalten. Mehr noch, er sabotiert, wie die Streiks der Druckerei- und Metallarbeiter zeigen, auch die Tageskämpfe gegen Rationalisierungsterror und Entlassungen. Zynisch schreibt der „Spiegel": „Selbst so entschlossene Vertreter der Arbeiterbewegung wie der Stuttgarter IG-Metall-Bezirksleiter Franz Steinkühler nämlich kommen an einer Klippe nicht vorbei: Erstreiken sie einen perfekten Schutz der Beschäftigten gegen Abgruppierung und Entlassung so ist die Wirtschaftskrise vorprogrammiert." Den wahren Grund, warum Steinkühler und Co. den Kampf gegen die Rationalisierung abwürgen will der „Spiegel" natürlich nicht nennen: Die Interessen der Kapitalisten und der Arbeiter sind völlig unvereinbar. Die DGB-Bonzen aber, die selbst einen der größten Konzerne der Bundesrepublik kommandieren, stehen auf der anderen Seite der Barrikade, sie verteidigen die Interessen des Kapitals. Die Verschärfung der Krise, das Anwachsen von Massenarbeitslosigkeit und die Verelendung der Werktätigen sind in der Tat vorprogrammiert. Aber nicht durch den Kampf der Arbeiter für ihre gerechten Forderungen, sondern durch die Profitgier der Kapitalisten, durch die Gesetzmäßigkeiten des kapitalistischen Systems. Daher besteht für die Arbeiter und kleinen Angestellten die absolute Notwendigkeit, sich im revolutionären Klassenkampf zusammenzuschließen und kompromißlos die eigenen Interessen gegen die Angriffe des Kapitals zu verteidigen.

Zeitungen der Roten Garde

























REVOLUTIONÄRES BÜNDNIS
KSB/ML

Zeitungen der Roten Garde



DIE ARBEITERKLASSE MUSS IN ALLEM DIE FÜHRUNG INNEHABEN (MAO)

REVOLUTIONÄRES BÜNDNIS

Kommunistischer Studentenbund/Marxisten - Leninisten (KSB/ML) Hannover

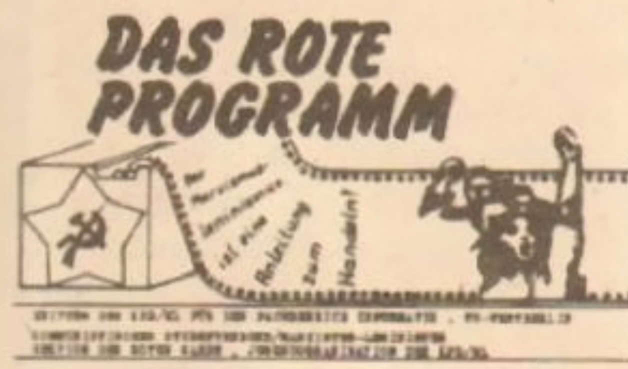
SEKTION DER ROTEN GARDE (JUGENDORGANISATION DER KPD/ML)

DAS REVOLUTIONÄRE BÜNDNIS

Ohne mit den Arbeiter- und Bauernmassen eins zu werden wird die Intelligenz nichts zustande bringen können (Mao Tse-Tung)

















Zeitung der Roten Pioniere



Volkswagenwerk

Unglaubliche Frechheit des IGM-Apparats

Nachdem in der Urabstimmung 88,58 Prozent aller VW-Kollegen den von den IG-Metall-Bonzen ausgehandelten Kompromiß von 5,7 Prozent Lohnerhöhung abgelehnt hatten und für Streik für die ursprünglichen acht Prozent gestimmt hatten, wurde ihnen Samstag nacht der Tarifabschluß präsentiert: 5,9 Prozent! Eine unglaubliche Frechheit, daß der IG-Metall-Apparat nach zwei Wochen anhaltender Streiks dieser Provokation zustimmte.

Diese Lohnrunde zeichnete sich — zur Überraschung der Bonzen — durch eine bisher kaum dagewesene Kampfbereitschaft der Belegschaften aus, die sich in Streiks, Versammlungen, Protestdemonstrationen entlud (wir berichteten im letzten „Roten Morgen" darüber). Wollte der stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende Loderer seinem Auftrag als Vertreter des Konzerns gerecht werden, so mußte er unbedingt verhindern, daß die Arbeiter bei VW mehr herausholten, als in den anderen Tarifrunden. Entsprechend hat der Gewerkschaftsapparat auf allen Ebenen die Streiks sabotiert, verschwiegen, abzuwürgen versucht.

Am vergangenen Mittwoch war nun Urabstimmung, nachdem sich die große Tarifkommission gezwungen gesehen hatte, dem Druck der Kollegen nachzugeben und den 5,7-Prozent-Kompromiß abzulehnen. Noch am Dienstag hatten Vertrauensleute bei VW in Wolfsburg den Kollegen eröffnet, daß am nächsten Tag für zwei Stunden die Bänder abgestellt würden, damit man geschlossen abstimmen könne. Das war eine bewußte Falschmeldung. Am Mittwoch und Donnerstag konnten die Kollegen höchstens in den Kurzpausen zur Stimmabgabe verschwinden. Die Vertrauensleute jetzt: Ihr könnt froh sein, daß ihr überhaupt im Werk abstimmen dürft! Und auch in anderer Hinsicht war die Abstimmung schlecht organisiert. Briefabstimmung war für die kranken Kollegen nicht vorgesehen. Die IGM-Ortsverwaltung dazu: „Die kranken Kollegen sollen gefälligst ins Werk kommen und da abstimmen." Eine sehr hohe Wahlbeteiligung war die Quittung. Bei VW-Wolfsburg stimmten sogar 89,9 Prozent für Streik, in Braunschweig 85 Prozent! Doch kaum stand das Ergebnis fest, saßen schon Donnerstag nacht die Verhandlungskommissionen wieder zusammen. In den Betrieben wiegelten Betriebsräte und Vertrauensleute ab: „Warum denn Streik? Laßt man jetzt die Tarifkommission machen!"

Am Freitag und Samstag hatte die Presse noch von einem höheren Angebot, nicht unter sechs Prozent, geschrieben. Freitag nacht um ein Uhr jedoch wurde der 5,9-Prozent-Coup gelandet. Bekanntgegeben wurde er erst Samstag nacht! Die Tarifkommission stimmte blitzschnell zu.

Nun bereiten sich die Arbeiterverräter der IG Metall darauf vor, diesen Nacht- und Nebelabschluß durchzusetzen. Für Montag ist eine Betriebsversammlung angesetzt, die diesem Zweck dienen soll. Aber die Tatsache, daß sich schon bis Sonntag über 150 Redner für diese Versammlung zum Wort angemeldet haben sollen, zeigt, was die Bonzen auf dieser Versammlung erwartet.

Opel-Rüsselsheim

Streikaktionen gegen Lohnraubabschluß

Von Mittwoch bis Freitag letzter Woche hielten die Kollegen bei Opel in Rüsselsheim die Opel-Kapitalisten und den Betriebsrat auf Trab. Die Opel-Kollegen kämpften gegen den unverschämten Fünf-Prozent-Lohnraubabschluß. Drei Tage lang kam es zu Streikaktionen, mit denen die Kollegen ein besseres Ergebnis durchzusetzen versuchten. Die Opel-Bosse weigerten sich zunächst sogar, die fünf Prozent auf den Opel-Lohn, der eine Mark über Tarif liegt, zu berechnen.

Am Mittwoch streikten in der Frühschicht im I-Bau das Achsenband und Teile anderer Abteilungen und im K 40 einige hundert Kollegen etwa 20 Minuten lang. Der IGM-Apparat verheimlichte die Arbeitsniederlegung vor den anderen Abteilungen. Aber schon am nächsten Tag marschierten 1.000 Kollegen aus dem K 40, vorwiegend ausländische Kollegen, zur Personalabteilung. Die IGM hatte alle Mühe, die Ausweitung des Streiks zu verhindern.

Am Freitag dann begann es damit, daß die „Zündkerze", die Betriebszeitung der KPD/ML bei Opel, die Kollegen aufrief: „Kommt alle um 10.30 Uhr zur Personalabteilung!" Dieser Aufruf schlug wie eine Bombe ein. Der Vertrauensleutekörper, der eigentlich eine kleine Alibi-Kundgebung durchführen wollte, setzte diese aufgrund des Aufrufs der „Zündkerze" ab! Um 11 Uhr versammelten sich trotzdem vor der Personalabteilung etwa 500 Kollegen aus dem K 40, zu zwei Dritteln Türken und Italiener, in einer sehr kämpferischen Stimmung.

Betriebsratsvorsitzender Heller wollte den Kollegen erzählen, daß die Betriebsleitung die Verhandlungen abgebrochen habe, weil sie nicht unter Druck verhandeln wolle. Ein Vertreter der Personalabteilung ergriff dann das Wort und forderte die Kollegen auf, wieder an die Arbeit zu gehen. Ein gellendes Pfeifkonzert bekam er als Antwort. Das brachte diesen Büttel der Opel-Kapitalisten derart in Rage, daß er sich einen Kollegen herausgreifen wollte. Er konnte sich aber einer gehörigen Tracht Prügel nur dadurch entziehen, daß er sich schnellstens verzog! Nun versuchte es Heller noch einmal, die Kollegen an die Arbeit zu schicken mit dem Hinweis: Wir machen das schon für euch.

In diesem Moment gab die Gruppe Arbeiteropposition, die sich auf einem RGO-Programm zur Betriebsratswahl stellt, die Parole aus: „Wir bleiben!" Sie wurde von den Kollegen aufgegriffen und derart massiv gerufen, daß sich Heller schließlich gezwungen sah nachzusehen, ob die Betriebsleitung bereit war, weiter zu verhandeln. Sofort ertönte von den Kollegen die Antwort: „Wir gehen mit!" und es entstand ein großer Tumult, dem sich Heller nur mit Mühe entziehen konnte. Nach fünf Minuten kam er zurück und schickte die Kollegen wiederum an die Arbeit.

Ein Kollege wendet sich an Heller: „Gib mir das Megaphon, damit ich einmal sagen kann, was wir wollen!" Darauf Heller, völlig erregt: „Halt's Maul, du Sau!", was die Empörung der Kollegen auslöste. Dennoch bestand die Gefahr, daß der Streik auseinanderlief. Einige Kollegen berieten sich daraufhin und begannen einen Demonstrationszug durch den W-Bau, das Preßwerk, die Fertigmontage. Sämtliche anwesenden Kollegen nahmen zunächst daran teil. Um 13.30 Uhr war der Streik zu Ende.

Am Wochenende kam es dann zu einer Betriebsvereinbarung. Die fünf Prozent werden auf den Opel-Lohn berechnet und für die ersten drei Monate wird eine Abschlagszahlung von je 110 Mark geleistet. Das ist immer noch viel zu wenig. Die Metaller waren schließlich bereit, für die Durchsetzung von acht Prozent zu streiken. Die Opel-Bosse haben es nur der Abwiegelei von Heller und Konsorten zu verdanken, daß sie durch die kampfentschlossenen Arbeiter nicht zu einem größeren Zugeständnis gezwungen wurden. Denn dies war die kämpferischste Aktion seit Jahren bei Opel-Rüsselsheim.

5-Prozent-Lohnraub in der Druckindustrie

Nur einen Verhandlungstag brauchten die Vertreter der Druckereikapitalisten und des IG-Drupa-Apparats, um sich darauf zu einigen, daß den Druckereiarbeitern mit fünf Prozent ein weiterer Abbau der Reallöhne aufs Auge gedrückt werden soll. Gewerkschaftsboß Mahlein: Die Verhandlungen seien in einer „sachlichen und guten Atmosphäre" verlaufen. Noch in der Nacht des Abschlusses trat die zentrale Tarifkommission zusammen, um das Ergebnis abzusegnen. Nachdem Bosse und Bonzen es gemeinsam geschafft hatten, den Streik der Druckereiarbeiter gegen die Rationalisierungsfeldzüge abzuwürgen, ohne daß die Forderungen der Kollegen auch nur annähernd erfüllt worden sind, fühlten sie sich jetzt offenbar stark genug für diesen provokativen Abschluß. Aber die Herren sollen sich nur nicht einbilden, sie hätten den Druckereiarbeitern das Rückgrat gebrochen. Früher oder später werden sie die Faust des Kampfes der Druckereikollegen erneut zu spüren bekommen. Und dann wird es Mahlein und Konsorten sehr schwer fallen, ihre verräterischen Komplotte mit den Unternehmern zu schmieden. Denn vielen Kollegen ist in den letzten Wochen wie nie zuvor klar geworden, daß der Gewerkschaftsapparat mit ihren Forderungen und Interessen Schindluder treibt, daß er auf der anderen Seite der Barrikade steht.

Tarifverhandlungen im Baugewerbe gescheitert

Unter dem Druck der kampfentschlossenen Bauarbeiter sahen die Bonzen der IG Bau, Steine, Erden sich gezwungen, die Tarifverhandlungen für gescheitert zu erklären. Vorletzte Woche war es zu Warnstreiks auf den Baustellen gekommen, an denen weit über hunderttausend Kollegen beteiligt waren. Die Bauunternehmer erlaubten sich bis jetzt die Frechheit, 4,4 Prozent mehr Lohn anzubieten. Ginge es nach dem Willen der Bauarbeiter, wäre längst der bundesweite Streik eingeleitet worden, um den Unternehmern die gebührende Antwort auf ihr provokatives Verhalten zu geben.

Weitere Tarifrunden

• **Bekleidungsindustrie:** Auch für die Kolleginnen und Kollegen in der Bekleidungsindustrie fordern die Bonzen nur sieben Prozent Lohnerhöhung, obwohl auch ihre Löhne mit zu den niedrigsten gehören. • **Bundesbahn:** Am Montag fanden Schlichtungsverhandlungen in der Eisenbahner-Tarifrunde statt. Bis Redaktionsschluß war über das Ergebnis der Verhandlungen noch nichts bekannt. Die Bundesbahn will den Kollegen einen Abschluß noch unter dem 4,5-Prozent-Lohnraub bei ÖTV aufzwingen. • **Bankangestellte:** Nur 6,8 Prozent fordert die Gewerkschaft HBV für die Bankangestellten. Und das, wo bekannt wurde, daß die Banken sagenhafte Rekordgewinne gescheffelt haben.

Streik in Kaufhäusern

• **Einzelhandel:** Die Kolleginnen und Kollegen im Einzelhandel stehen im Kampf für höhere Löhne. Obwohl die Kollegen in dieser Branche in der Einkommensskala der Arbeiterklasse weit unter dem Durchschnitt liegen, haben die Gewerkschaftsbonzen nur 7,3 Prozent gefordert. Die Kampfbereitschaft der Kollegen zeigt sich unter anderem daran, daß in Stuttgart Hunderte von Verkäuferinnen für ihre Forderungen demonstriert haben.

Am Montag kam es in Stuttgart bei Hertie-Mitte, Hertie-Bahnhof und bei Kepa zu einem Warnstreik von anderthalb Stunden. Das ist das erste Mal seit vielen Jahren, daß im Einzelhandel in einer Lohnrunde gestreikt wurde.

Zeitungen der KPD/ML und der Roten Garde, die seit dem 1. Mai 1977 erschienen sind























Anzeige

Neue Bücher aus einem neuen Verlag

Mit der Herausgabe zweier Publikationen anläßlich des 130. Jahrestages der bürgerlichen Revolution von 1848 in Deutschland — einer Bildmappe und einem kommentierten Liederbüchlein — sowie dem ersten Band einer Reihe von materialistischen Geschichtsbüchern vom Altertum bis in die Neuzeit, hat der Verlag Neue Zeit in Kiel seine Tätigkeit aufgenommen. Weitere Werke fortschrittlich-revolutionärer Volkskunst, Arbeiterromane, Erzählungen, Texte zu Klassenkämpfen früher und heute — Belletristisches, Sach- und Volksbücher für jung und alt sollen folgen.



Geschichte der Neuzeit 1870-1918, 222 Seiten, DM 7,80.

Es folgen die Bände **Altertum, Mittelalter** und **Neuzeit 1640- 1870.**





Die Revolution von 1848



Liederbuch — Texte, Noten, Kommentare und Bilder. Herausgegeben von der Gruppe „Kölner Volksbücher", 78 Seiten, DM 3,00.

Bildmappe — 20 Reproduktionen mit einem einleitenden Text über Ursachen und Verlauf der Revolution, über ihre Bedeutung damals und ihre Lehren für heute, im Format A 3, DM 15.

VERLAG NEUE ZEIT,

Postfach 4303, 2300 Kiel 1, Tel.: (0431) 6 19 06

Anzeige

Lesenswerte Bücher

— jetzt noch vorrätig



Dieser Band gibt mit seiner reichhaltigen, chronologisch geordneten Auswahl — Lyrik, Szenen, Prosaschriften, kulturkritischen Aufsätzen usw. — einen guten Einblick in das Schaffen Erich Weinerts, dem bedeutenden Dichter und Kämpfer der Arbeiterklasse, des beliebten Rezitators und Redners in Massenversammlungen. In diesen Tagen, am 20. April, jährte sich zum 25. Mal sein Todestag.
420 Seiten, DM 6,50.



Der erste literarische Bericht über Folter und Terror der Faschisten. Von W. Bredel im KZ Hamburg-Fuhlsbüttel 1933/34 selbst erlebt. Ein Dokument des faschistischen Terrors, des Leidens der Verfolgten, aber auch ein Dokument über das Heldentum der Antifaschisten und Kommunisten und den illegalen Widerstand.
302 Seiten, DM 2,95.



Über die Revolution in Rußland

Nikolaj Ostrowski — Wie der Stahl gehärtet wurde
Sowjetische Jugendliche im Bürgerkrieg und beim Aufbau des Sozialismus.
448 Seiten, DM 8,00.

John Reed — 10 Tage, die die Welt erschütterten
Reportage über die Oktoberrevolution.
„... ich möchte es den Arbeitern der ganzen Welt empfehlen" (Lenin 1919)
516 Seiten, DM 7,50.



Jugendbücher

Raffello Giovagnoli (1838-1915) — Spartacus
Roman über den großen Sklavenaufstand in Rom.
283 Seiten, DM 5,80.

Alex Wedding — Kaspar Schmeck.
Historischer Roman, spielt im amerikanischen Unabhängigkeitskrieg
280 Seiten, DM 4,80.

Arkadij Gaidar — Autobiographische Erzählung aus der Zeit des Interventionskriegs gegen Sowjetrußland.
238 Seiten, DM 11,80.

Ostrower — Sturmvögel
4 Erzählungen aus den Jahren 1870/80.
251 Seiten, DM 6,50.

Julius Fucik (1902-1943)
Ein hervorragender tschechischer Kommunist. Nach der Verhaftung des illegalen ZK der KPC durch die Gestapo 1941 Leiter der illegalen Arbeit, Chefredakteur der Parteizeitung „Rude Pravo". „Wir lieben unser Volk" enthält letzte Artikel und Betrachtungen aus der Zeit der faschistischen Okkupation der Tschechoslowakei von 1938 bis zu seiner Verhaftung im April 1942, in denen er das tschechoslowakische Volk zum bewaffneten Widerstandskampf an der Seite der Roten Armee aufruft. 1943 haben die Henker der Gestapo diesen unerschrokkenen Revolutionär ermordet.
248 Seiten, DM 3,20.

Zu bestellen bei: GEWISO-Buchvertrieb, 2000 Hamburg 50, Postfach 50 05 68, Tel.: 040 / 390 29 59

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML!

Verlag
G. Schneider
Postfach 30 05 26
4600 Dortmund 30

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!
ROTER MORGEN
Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr. .....

○ für 1 Jahr ○ für 1/2 Jahr ○ Probenummer

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Unterschrift: .... Datum: ....
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Die Zahlung erfolgt:

○ jährlich **DM 30,00** ○ halbjährlich **DM 15,00** ○ vierteljährlich **DM 7,50**

Die jeweiligen Gebühren sind im voraus nach Erhalt der Rechnung zu überweisen auf das Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 — 465 oder Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird (ausgenommen sind Geschenkabonnements).

Besuchen Sie die Parteibüros der KPD/ML!

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD/ML, REDAKTION „ROTER MORGEN", 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92.

5100 **AACHEN**, Buchladen „Roter Morgen", Viktoriastr. 35, geöffnet: Mo, Mi u. Fr 16.30-18.30, Sa 10.00-13.30 Uhr.

4800 **BIELEFELD**, Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31, Tel.: 0521 / 17 74 04, geöffnet: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 9-12 Uhr.

4630 **BOCHUM**, Buchladen „Roter Morgen", Dorstener Str. 86, Tel.: 0234 / 51 15 37, geöffnet: Mo, Di, Do, Fr 16.00-18.30, Mi 17.00-18.30, Sa 10-13 Uhr.

2800 **BREMEN** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 39 38 88, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

4600 **DORTMUND** 30 (Hörde), Buchladen „Roter Morgen", Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 u. 43 36 92, geöffnet: Mo-Fr 9-12 u. 14-18, Sa 9-14 Uhr.

4100 **DUISBURG** 1 (Hochfeld), Buchladen „Roter Morgen", Paulusstr. 36, Tel.: 0203 / 64 7 96, geöffnet: Fr 16.00-18.30, Sa 10-13 Uhr.

4300 **ESSEN** (Altendorf), Buchladen „Roter Morgen", Helenenstr. 35, Tel.: 0201 / 62 42 99, geöffnet. Mi u. Do 16.00-18.30, Sa 10-13 Uhr.

6000 **FRANKFURT**, Buchladen „Roter Morgen", Burgstr. 78, Tel.: 0611 / 43 75 95, geöffnet: Di-Fr 16.30-18.30, Sa 10-13 Uhr.

2000 **HAMBURG** 6, Buchladen „Roter Morgen", Schulterblatt 98, Tel.: 040 / 43 00 7 09, geöffnet: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

3000 **HANNOVER**, Buchladen „Roter Morgen", Elisenstr. 20, Tel.: 0511 / 44 51 62, geöffnet: Di-Fr 17-19, Sa 9-13 Uhr.

7100 **HEILBRONN**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Ernst-Thälmann"-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di u. Fr 17-19 Uhr.

3500 **KASSEL**, Buchladen „Roter Morgen", Mittelgasse 9, Tel.: 0561 / 1 65 07, geöffnet: Mo-Fr 15-18 Uhr, Sa 9-13 Uhr.

2300 **KIEL** 1, Buchladen „Roter Morgen", Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 56 77 02, geöffnet: Mo-Do 9-13 u. 15-18, Fr 9-13 u. 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

5000 **KÖLN** 91 (Kalk), Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221 / 85 41 24, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

6700 **LUDWIGSHAFEN** (Friesenheim), Parteiburo der KPD/ML, Ruthenstr. 1, Tel.: 0621 / 69 71 09, geöffnet: Mo-Fr 15.30-18.30, Sa 9.30-13.00 Uhr.

2400 **LÜBECK**, Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4, Tel.: 0451 / 7 69 39, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30 Uhr.

4400 **MÜNSTER**, Buchladen „Roter Morgen", Bremer Platz 16, Tel.: 0251 / 6 52 05, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 11-14 Uhr.

8000 **MÜNCHEN** 2, Buchladen „Roter Morgen", Maistr. 69, Tel.: 089 / 53 59 87, geöffnet: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

7000 **STUTTGART** 1, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 43 23 88, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 Westberlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengel-Str. 40, Tel.: 030 / 465 39 66, geöffnet: Mo-Fr 11.00-18.00, Sa 10.00-14.00 Uhr.

Nieder mit dem russischem Sozialimperialismus!

Anfang Mai tritt das Haupt des sowjetischen Sozialimperialismus Breschnew seine Reise in die Bundesrepublik an. An diesem Treffen haben beide Seiten ein großes Interesse. Während die westdeutschen Monopole auf wirtschaftliche Expansion in den profitablen Markt Sowjetunion aus sind, hat die Breschnew-Clique ein großes Interesse an Krediten, Investitionen und modernen Technologien, in der Hoffnung, damit aus ihren wirtschaftlichen Schwierigkeiten herauskommen zu können. Der Kuhhandel um diesen Interessenausgleich wird wieder hinter dem Rauchvorhang der „Entspannungspolitik" vor sich gehen.

Die DKP rührt in diesen Tagen besonders eifrig die Propagandatrommel für Breschnew, versucht ihn als „Arbeiterführer" darzustellen und die Sowjetunion im Lichte einer „sozialistischen" Macht erscheinen zu lassen. Aber wie sieht die Wahrheit aus über die Sowjetunion von heute?

Eine sozialfaschistische Diktatur und ein Völkergefängnis

In Tiflis, der Hauptstadt der sowjetischen Republik Georgien, demonstrierten am 14. April über 10.000 Werktätige gegen die weitere Einschränkung ihrer nationalen Rechte, z. B. des Gebrauchs ihrer eigenen Sprache, wie sie in der neuen Verfassung der Republik niedergelegt sind. Wie berichtet wird, mußten die Kremlherren zurückstecken und den Georgiern einige Zugeständnisse machen. Diese große Kampfdemonstration wirft ein bezeichnendes Licht auf die alltägliche Wirklichkeit der heutigen Sowjetunion.

Mit dem Machtantritt der modernen Revisionisten wurde die Sowjetunion aus einem blühenden sozialistischen Staat in ein Zuchthaus für die Werktätigen, ein Völkergefängnis verwandelt. Die revisionistische Clique um Chruschtschow, Breschnew und Co. stürzte die Arbeitermacht, die Diktatur des Proletariats, wie sie zu der Zeit Lenins und Stalins bestanden hatte. Sie errichtete die Diktatur einer neuen Ausbeuterklasse, ein faschistisches Blutregime über die Arbeiter und Bauern.

Heute sind in den Betrieben der Sowjetunion die Arbeiter nicht mehr die Herren. Grausam ausgebeutet, aller Rechte beraubt, müssen sie für den Profit der neuen Herren schuften. Und mit allen Mitteln des faschistischen Terrors versuchen die Kreml-Herren ihren Widerstand zu brechen. Aber so wie jetzt in Tiflis hat es immer wieder Streikkämpfe der Arbeiter in den Betrieben, Kampfaktionen der besonders unterdrückten nichtrussischen Völker, Massendemonstrationen gegen das sozialfaschistische Regime gegeben. Das historische Gesetz, daß der Klassenkampf nicht unterdrückt werden kann, bewahrheitet sich auch in der heutigen Sowjetunion.

Sozialismus in Worten - Faschismus in der Tat

Zum zehnten Mal jährt sich in diesem Jahr der Tag, an dem russische Panzer durch Prag rollten, den Widerstand der Werktätigen niederwalzten, an dem die Kreml-Herren ihr unverhülltes Besatzerregime über die Tschechoslowakei errichteten. Von „brüderlichen Beziehungen" sprechen sie, wenn sie ihr Verhältnis zur DDR, zu Polen, zur Tschechoslowakei und den anderen Ländern unter ihrer Knute beschreiben. Aber damals, im August 1968, zeigte sich in aller Deutlichkeit und vor aller Augen, was es mit diesen Beziehungen wirklich auf sich hat: es ist die brutale Knechtschaft einer imperialistischen Supermacht über ihren Herrschaftsbereich.

Die Kreml-Herren haben die Länder Osteuropas in Kolonien verwandelt, die sie rücksichtslos ausplündern. Mit ihren Besatzertruppen und mit Hilfe ihrer Marionettenregimes in diesen Ländern halten sie die Werktätigen nieder. Und die Gier nach Höchstprofiten treibt die russischen Sozialimperialisten über die Grenzen ihres direkten Herrschaftsbereichs hinaus. Auf allen Kontinenten ist heute die russische Supermacht in einen erbitterten Konkurrenzkampf mit der amerikanischen um die Herrschaft über die Welt verstrickt. Aus diesem Kampf erwächst die Gefahr eines neuen imperialistischen Weltkrieges.

Um sich darauf vorzubereiten, rüsten die beiden Supermächte wie wild auf, bauen sie ihre aggressiven Militärblöcke, den Warschauer Pakt und die NATO, weiter aus. Aber auch die Völker müssen sich darauf vorbereiten und gegen diese imperialistischen Kriegsbrandstifter ihre weltweite Einheitsfront schmieden.



Junge Prager im Kampf gegen die vorrückenden russischen Panzer.

Spalter der deutschen Nation

Als nach dem Sieg über den Hitler-Faschismus die amerikanischen Imperialisten und in ihrem Gefolge die wiedererstarkten deutschen Imperialisten daran gingen, die deutsche Nation zu spalten; als sie Kurs nahmen auf die Errichtung des westdeutschen kapitalistischen Spalterstaates, da war es die sozialistische Sowjetunion unter der Führung Stalins, die fest an der Seite des deutschen Volkes stand und seinen Kampf für die Verwirklichung der nationalen Einheit in einem einheitlichen, demokratischen Deutschland unterstützte.

Die russischen Sozialimperialisten aber haben die deutsche Nation längst verraten. Sie haben in dem Teil Deutschlands, der unter ihrer Kontrolle steht, in der DDR, ein blutiges, faschistisches Besatzerregime errichtet. Mit der Ulbricht- bzw. Honecker-Clique haben sie in Ostberlin ein Statthalterregime eingesetzt, dessen Aufgabe es ist, im Interesse der russischen Supermacht das gesamte politische, wirtschaftliche und kulturelle Leben dem Willen der Besatzer zu unterwerfen. Der russische Militärstiefel, Mauer und Stacheldraht — das kennzeichnet die heutige DDR als Zuchthaus für die Werktätigen, als Kolonie der Kreml-Herren. Sie wollen jeden Gedanken an die nationale Einheit im Bewußtsein der Werktätigen in der DDR austilgen. Deshalb haben sie auch eine sogenannte „Nation DDR" erfunden.

Aber sie und ihre Statthalter in Ostberlin können nicht mit einem Federstrich die deutsche Nation auslöschen, sie können den Kampf der Werktätigen in der DDR für soziale und nationale Befreiung nicht unterdrücken. Auch in Ostdeutschland kämpft die KPD/ML — die Sektion DDR — an der Seite der anderen Sektionen für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland.



Vor fünf Jahren Breschnew wagte sich nicht nach Dortmund

„Hin und drauf" hieß die Parole der Polizei, wenn sich wie hier auf dem alten Markt in Dortmund Diskussionsgruppen bildeten.

Vor fünf Jahren, während des letzten Breschnew-Besuchs, glich Dortmund einer Stadt unter dem Belagerungszustand. Ein allgemeines Demonstrationsverbot war verhängt. 26.000 Polizisten und zivile Einheiten standen bereit, mit allen Mitteln staatlichen Terrors dieses Verbot durchzusetzen und alle Proteste gegen den Chef der russischen Sozialimperialisten zu unterdrücken.

Aber dennoch waren es mehr als 5.000 Antiimperialisten, die auf die Straße gingen, die gemeinsam mit unserer Partei gegen den Breschnew-Besuch demonstrierten und den russischen Sozialimperialismus als internationalen Ausbeuter und Unterdrücker anprangerten. Mit beispiellosem Terror wurden die Demonstranten von den Polizeitruppen überfallen, wurde auf sie wie auch auf unbeteiligte Passanten eingeprügelt. Mehr als 1.000 Menschen wurden verhaftet und zum Teil tagelang im sogenannten Sonnenbunker eingekerkert. So wollten die westdeutsche Bourgeoisie und ihr Bonner Staat Ruhe schaffen für ihre Geschäfte mit den Kreml-Herren.

Aber durch die Demonstrationen aufgeschreckt, wagte es Breschnew nicht, seinen angekündigten Besuch in Dortmund anzutreten, wo er sich vor den Arbeitern des Ruhrgebiets als „Arbeiterführer" hatte aufspielen wollen.

Sichert Osthandel unsere Arbeitsplätze?

Würde man der DKP glauben, dann käme mit Breschnew ein wahrer Super-Weihnachtsmann nach Bonn. Nicht nur Frieden und Entspannung hat er in seinem Gepäck, so erzählen uns diese Leute. Er beschert uns auch noch Arbeitsplätze, und das reichlich. Nicht weniger als 500.000 (!) Arbeitsplätze, so die DKP-Zeitung „UZ" in der letzten Woche, würden durch den Osthandel, die Geschäfte der Siemens, Krupp, Mannesmann mit den Kreml-Herren gesichert. Aber schauen wir uns einige dieser „gesicherten" Arbeitsplätze einmal näher an.

Das Beispiel Gildemeister. Der Gildemeister-Konzern taucht auch in der Liste der „UZ" auf. Früher nahm er einen prominenten Platz in der revisionistischen Propaganda für den Osthandel ein. Kein Wunder, gehen doch 80 Prozent seiner Exporte in die Sowjetunion, nach Ungarn, Polen usw. Der Konzern sorgte auch in der übrigen bürgerlichen Presse für Schlagzeilen. Im letzten Jahr nämlich legte er eines seiner Werke, den Hamburger Traditionsbetrieb Heidenreich & Harbeck (maximal 2.000 Beschäftigte) still. Im Bielefelder Werk wurden zur gleichen Zeit 300 Kollegen auf die Straße gesetzt. Die Produktion von Drehbänken und anderen Werkzeugmaschinen aus Hamburg wurde ausgelagert in sogenannte Billiglohnländer, nach Brasilien, nach dem Iran und nach — Ungarn. Die Gildemeister-Bosse hatten nämlich mit der ungarischen Revisionisten-Clique einen sogenannten Kooperationsvertrag abgeschlossen. Sie lieferten die Anlagen und bekamen dafür billige Arbeitskräfte.

38 Mark hatten sie sich als Kosten pro Arbeitsstunde in Westdeutschland ausgerechnet, 21 Mark müssen sie jetzt in Ungarn aufbringen. Wie man sieht, für die Gildemeister-Kapitalisten lohnt sich dieses Geschäft tatsächlich: Es bringt ihnen Superprofite. Die Kollegen von Heidenreich und aus anderen Werken des Konzerns allerdings bezahlten dafür mit dem Verlust ihrer Arbeitsplätze.

Das Beispiel Fiat. Natürlich machen auch die Kreml-Herren ihren Schnitt bei dem kapitalistischen Ost-West-Handel. Das auffälligste Beispiel in den letzten Jahren war das Geschäft mit Fiat. Für drei Milliarden DM hatte der italienische Autokonzern den russischen Kapitalisten ein Werk gebaut. Dort wird jetzt beispielsweise der „Lada 1300" produziert, eine leicht umgewandelte Version der Fiat-Typen „124" und „125". Die russische Monopolbourgeoisie nutzt die Tatsache, daß unter ihrem faschistischen Regime die Arbeiterlöhne extrem niedrig sind, daß die elementarsten Rechte, wie das Streikrecht, das Koalitionsrecht usw. der Arbeiterklasse genommen sind. Unter diesen Bedingungen kann sie ihren „Lada" im Westen zu Dumpingpreisen verkaufen und Fiat auf den Weltmärkten unterbieten. Daß in einem solchen Konkurrenzkampf die Arbeitsplätze der Fiat-Arbeiter nicht sicherer werden, liegt auf der Hand.

Das Beispiel Kompensationsgeschäfte. Gerade für diese Art von Geschäften im Osthandel rührt die DKP jetzt verstärkt die Reklametrommel. Es handelt sich dabei darum, daß die westlichen Monopole ganze Industrieanlagen, Technologie usw. in die Sowjetunion liefern und sich dafür nicht mit Geld, sondern mit Waren bezahlen lassen. Nahezu alle großen Monopole Westdeutschlands sind gegenwärtig an solchen Projekten beteiligt (LKW-Werk an der Kama, Eisenhüttenkombinat Neu-Oskol usw.). Für sie sind diese Geschäfte interessant, d. h. profitbringend, weil sie die im Austausch für ihre Anlagen gelieferten — und zu den niedrigen sowjetischen Löhnen produzierten — Waren billiger bekommen als in Westdeutschland. Zum anderen bieten ihnen solche Geschäfte auch die Möglichkeit, sich im großen Stil an der Ausplünderung der Rohstoffe der Sowjetunion zu beteiligen.

So ist der Osthandel ein Teil des internationalen kapitalistischen Konkurrenzkampfes, bei dem jede Seite das meiste für sich herauszuschlagen versucht. Im Westen wie im Osten führen die Monopolherren diesen Kampf auf dem Rücken der Arbeiterklasse, versuchen sie durch verschärfte Ausbeutung, Entlassungsterror, Produktionsverlagerung usw. ihre Positionen zu verbessern. Die Lügen der DKP über die angeblich sicheren Arbeitsplätze durch den Osthandel dienen nur dazu, einerseits Stimmung zu machen für den sozialfaschistischen russischen Ausbeuterstaat und andererseits dem Versuch, uns vom wirklichen revolutionären Kampf für die Verteidigung unserer Arbeitsplätze abzuhalten.

GEGEN REAKTION UND FASCHISMUS!

Gefängnis für Grohnde-Demonstranten

Hannover. Zu 13 Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilte das Landgericht Hannover in einem ersten Urteil den 27-jährigen AKW-Gegner Gerd Schulz, weil er in Grohnde gegen den Bau des Atomkraftwerkes demonstriert hat. Der Richter begründete die Höhe der Strafe damit, daß Schulz „sich unverhüllt in politische Gegnerschaft zum freiheitlich demokratischen Rechtsstaat begeben habe", und daß er „mit dem Urteil eindeutige Zeichen setzen müsse". Deutlicher kann man es nicht ausdrücken, daß es der Klassenjustiz darum geht, den Widerstand gegen die Atomkraftwerke zu brechen. Freiheit für alle Grohnde-Demonstranten!

Das Polizeigesetz — im Westen einmalig

Heidelberg. Im Auftrag des Bundesinnenministeriums hat ein Heidelberger rechtswissenschaftliches Institut den Musterentwurf für ein einheitliches Polizeigesetz mit den Gesetzen anderer Staaten in Westeuropa und den USA verglichen (dieses Gesetz ist bereits im Saarland und Rheinland-Pfalz verabschiedet). • Hiernach ist in keinem Land des Westens die Handgranate als Polizeiwaffe anerkannt; • mit Ausnahme eines einzigen Schweizer Kantons ist nirgendwo die Durchsuchung von Wohnungen durch die Polizei ohne richterliche Anordnung gestattet; • in keinem anderen Staat darf die Polizei „erkennungsdienstliche Maßnahmen" (Fingerabdrücke) zur Vorbeugung vornehmen; • die Genehmigung zum Todesschuß ist ähnlich allein für Österreich geregelt. Diese Fakten zeigen, daß die Bundesrepublik in der Faschisierung „beispiellos" vorangeschritten ist.

Neonazis gelten als „gemeinnützig"

München. Spenden für die neonazistische Gruppe „Deutsche Bürgerinitiative" des Nazis Manfred Roeder sind steuerlich abzugsfähig, weil dieser Organisation die „Gemeinnützigkeit" zugebilligt wurde. Diese ungeheuerliche Tatsache macht wieder einmal deutlich, daß dieser Staat mit allen Kräften das Treiben der Neo-Nazis unterstützt.

Berufsverbot für Anwalt

Karlsruhe. Der Bundesgerichtshof in Karlsruhe hat kürzlich entschieden, daß der 30jährige Frankfurter Assessor Heinz Düx nicht Rechtsanwalt werden darf. Zur Begründung äußerte das Gericht, Düx „wollte sich nicht in die staatliche Ordnung einfügen und nicht die der Aufgabe eines Verteidigers gezogenen Grenzen einhalten". Er sei unwürdig, den Anwaltsberuf auszuüben. Unter anderem hielt es das Gericht für unwürdig, daß Düx in einem Prozeß das Verhalten des Richters mit der „Praxis des Volksgerichtshofes" verglich, daß er dagegen protestierte, daß Angeklagte „wie Tiere vorgeführt werden."

Nazi-Opfer angeklagt

München. Der 78-jährige Heribert Zahn wurde von Faschisten als „Halbjude" verfolgt. Als er jetzt auf einer Demonstration mit einem Plakat gegen Berufsverbote protestierte, auf dem ein Richter zu sehen war und im Hintergrund ein Kiosk mit Zeitschriften wie „Das dritte Reich", beschlagnahmte die Polizei das Plakat. Der Staatsanwalt erhob Anklage wegen „Verwendung nationalsozialistischer Symbole" und „Staatsverleumdung".

Solidarität verboten!

Westberlin. Zu einer Geldstrafe in Höhe von 50 Mark wurde der AStA-Vorsitzende an der PH Westberlin vom Amtsgericht verurteilt, weil in der AStA-Zeitung „Zwietracht" eine Solidaritätserklärung für den Genossen Reinhold abgedruckt war. Reinhold war zu 600 Mark Geldstrafe verurteilt worden, weil er die Kontaktbereichsbeamten mit den Blockwarten im Hitlerfaschismus verglichen hat. Diese Solidaritätserklärung war auf einer Vollversammlung von den PH-Studenten verabschiedet worden. Offensichtlich hatte die Klassenjustiz mehr vor. Das Amtsgericht war mit spanischen Reitern abgeriegelt, die Polizei kontrollierte jeden, der die Straße entlangkam. Dennoch sammelten sich 300 Studenten in der Nähe des Gerichts und protestierten gegen den Prozeß. Die Anklage der Beleidigung mußte der Richter aufgeben, es blieb die Verurteilung wegen eines mangelhaften Impressums. Für freie politische Betätigung an den Hochschulen!

„Bewährung" für Reifen-Mörder

München. Die Reifenfirma Metzeler AG hatte 1975 Reifen verkauft, die bei hohen Geschwindigkeiten explosionsartig den Laufstreifen verloren. In zwölf Fällen gerieten Autos gegen Leitplanken, überschlugen sich. Sieben Menschen kamen dabei um, zweiundzwanzig wurden verletzt. Die Reifenfirma rief trotz besseren Wissens diese „Monza-Steel-Reifen" nicht zurück und verursachte so, um des Profits willen, den Tod dieser sieben Autoinsassen. Ein klarer Fall für eine Verurteilung sollte man meinen. Nicht so das Münchener Landgericht. Der Leiter der reifentechnischen Entwicklung erhielt für „fahrlässige Tötung" in sieben Fällen nur ein Jahr Freiheitsstrafe auf Bewährung. Die Kleinen hängt man, die Großen läßt man laufen, das ist eben immer wieder Paragraph eins dieser kapitalistischen Klassenjustiz.

NPD-Parteitag auf der Schwäbischen Alb verhindert



Am Wochenende vom 15. und 16. April sollte in Aalen-Wasseralfingen der NPD-Landesparteitag über die Bühne gehen. In Wasseralfingen war während der Nazizeit ein KZ. Als dies bekannt wurde, gründeten sich in den Städten Aalen, Schwäbisch Gmünd und Heidenheim antifaschistische Komitees, um den Parteitag zu verhindern. Die Faschisten wichen von Wasseralfingen nach Heidenheim aus, auch dort in einen Saal der Kirche. Doch die Antifaschisten erfuhren dies und mobilisierten über 150 Jugendliche aus einem Jugendtreff. Sie riefen Parolen: „Nazis raus aus Heidenheim!" Die 300 Demonstranten setzten durch, daß die Faschisten gegen 23 Uhr den Saal räumen mußten! Am anderen Tag demonstrierten in Aalen etwa 1.000 Antifaschisten gegen die NPD, darunter auch Genossen der Roten Garde und der Partei. Die Nazis wagten es nicht, ihre geplante öffentliche Kundgebung abzuhalten. Gegen Abend versammelten sich noch einmal etwa 300 Demonstranten auf dem Kundgebungsplatz, um ganz sicher zu sein, daß die Nazis nicht kommen. Eine erfolgreiche Aktion; der NPD-Parteitag, auf dem Polizeimeister Jürgen Schützinger als Landesvorsitzender gewählt wurde, konnte nicht voll abgehalten werden, die NPD konnte keine öffentliche Kundgebung abhalten.

Eindrücke vom Roter Morgen-Prozeß

Der Kampf wird draussen entschieden...

Es ist Dienstag, 18. April. Um 9 Uhr soll die Berufungsverhandlung im Prozeß gegen den „Roten Morgen" beginnen. Doch vor dem Eingang zum Dortmunder Landgericht hängt ein Schild mit der Aufschrift: „Verfahren Schubert u. a. — Zuhörer: Eingang Hamburger Straße". Aha, für uns ist also wieder der enge, leicht kontrollierbare Hintereingang reserviert, der von der Straße direkt hinauf in den Gerichtssaal führt.

Wir sitzen auf den Zuschauerbänken, durch eine Holzbarriere vom übrigen Gerichtssaal abgetrennt. Die Verhandlung beginnt. Von ihrem erhöhten Podest schauen Richter und Schöffen in den Gerichtssaal hinunter; rechts unter ihnen räkelt sich der Staatsanwalt auf seinem Platz. Ihm gegenüber sitzen die angeklagten Genossen zwischen ihren Anwälten: Karin Wagner als die Redakteurin, Gernot Schubert als der ehemalige Verleger und Redakteur des „Roten Morgen".

Der Richter läßt Urteil und Urteilsbegründung aus der ersten Instanz verlesen. Insgesamt 16 Monate Gefängnis auf Bewährung waren damals verhängt worden. Die Strafe aber war dem Staatsanwalt zu mild gewesen. Mindestens die „Bewährung" will er weghaben; er hat Berufung eingelegt.

In der ersten Instanz waren die Genossen verurteilt worden, weil sie — wie jetzt zu hören ist — in zwölf Ausgaben des „Roten Morgen" der Bundesrepublik den „völlig unberechtigten Vorwurf gemacht" hätten, „ein imperialistischer Staat zu sein", „ein Unterdrückerstaat, ein Ausbeuterstaat zu sein". Weil der „Rote Morgen" anhand der kapitalistischen Wirklichkeit den Werktätigen die Notwendigkeit der bewaffneten Revolution und der Errichtung der Diktatur des Proletariats bewiesen hatte. — Es ist also die marxistisch-leninistische Auffassung vom hiesigen Staat, — es ist die *kommunistische* Presse, die damals verurteilt worden ist, und die heute wieder verurteilt werden soll.

Nach dem alten Urteil werden weitere Schriftstücke, Zitate, Beweisstücke verlesen. Die vorlesende Stimme klingt gedämpft und unbeteiligt, als ginge es um irgendeine belanglose Sache, nicht um die Freiheit der kommunistischen Presse, um Gefängnis bis zu 43 Monaten für die angeklagten Genossen.

Die Stimmung im Saal ändert sich sofort, als der Genosse Gernot zu sprechen beginnt. Er weist anhand von Zahlen und Beispielen, anhand auch des systematischen Bruchs der antifaschistischen Bestimmungen des Potsdamer Abkommens durch die Bundesregierung, die fortschreitende Faschisierung in der Bundesrepublik nach. Das Potsdamer Abkommen sah in der Monopolisierung und Konzentration der Wirtschaft die Grundlage des Faschismus, es forderte daher Entflechtung. — Heute jedoch haben wir eine größere Monopolisierung und Konzentration als zu Hitlers Zeiten. Das Potsdamer Abkommen forderte ein Verbot der faschistischen Propaganda; heute haben wir die staatlich geförderte „Hitler-Welle" mit allen ihren Erscheinungen. Das Potsdamer Abkommen forderte die Bestrafung der Nazis und ihre Entfernung aus öffentlichen und halböffentlichen Ämtern; der bundesrepublikanische Staat jedoch stellte sie ein, und sie bauten ihn mit auf; sie stellten Richter, Generäle, Polizeichefs, Minister, Bundeskanzler und Bundespräsidenten.

Nun fällt der Richter dem Angeklagten giftig ins Wort. Der Staatsanwalt bläht sich auf und platzt heraus: Er könne es nicht länger hinnehmen, wie „dieser unser" westdeutsche Staat beschimpft und diskriminiert werde. Er fordert, die Äußerungen der Angeklagten zwecks weiterer Strafverfolgungen zu protokollieren; er fordert drei Tage Ordnungshaft wegen „Ungebühr vor Gericht".

An diesen beiden Anträgen des Staatsanwalts zeigt sich die ganze Ungeheuerlichkeit des Verfahrens. Angriffsziel des Prozesses ist der Marxismus-Leninismus. Die Angeklagten nehmen dazu Stellung. Aber ihre Äußerungen, die Begriffe, die sie verwenden, um ihre marxistisch-leninistische Weltanschauung zu verteidigen, sollen bereits wieder mitprotokolliert werden, um Anlaß zu neuen Anklagen, Prozessen und Verurteilungen zu geben. — Mit Empörung warten Angeklagte und Zuschauer auf den Spruch des Gerichts, das sich zur Beratung zurückgezogen hat. — Zwar wird die Ordnungsstrafe nicht verhängt; die Protokollierung aber wird beschlossen.

Am zweiten Verhandlungstag hält der Staatsanwalt sein Plädoyer. Die Angeklagten hätten die Bundesrepublik verunglimpft, sagt er, das sei offensichtlich und bedürfe keiner weiteren Erklärung. Und er erklärt auch nichts weiter, ohne Erklärungen und Beweise ist das ganze weitere Plädoyer. Und wozu sollte sich der Staatsanwalt auch um Erklärungen und Beweise bemühen? — Er hat es nicht nötig. Er kann sicher sein, daß die Angeklagten auch so verurteilt werden. Und außerdem: Könnte er denn überhaupt die angeklagten Äußerungen des „Roten Morgen" widerlegen?

Und er erklärt nicht nur nicht, er verdreht auch. Er behauptet, die Angeklagten hätten die Bundesrepublik als „faschistischen Ausbeuterstaat" bezeichnet. Nun aber will die KPD/ML, will der „Rote Morgen", wollen die Angeklagten gerade verhindern, daß die Bundesrepublik ein *faschistischer* Ausbeuterstaat" wird, und nicht zuletzt ihre Äußerungen hier im Gerichtssaal beweisen das. — Dem Staatsanwalt aber ist dieser „feine Unterschied" egal und einerlei.

Am Ende seines Plädoyers stellt der Staatsanwalt den Angeklagten eine „Sozialprognose". Die fällt naturgemäß schlecht aus, sehr schlecht. Und sie rechtfertigt natürlich nicht, die zu verhängenden Gefängnisstrafen — „selbstverständlich Gefängnisstrafen" — zur Bewährung auszusetzen. Ja, die Angeklagten sind eben keine Polizisten, denen die Pistole zu locker saß: Die könnte man freisprechen. Auch Nazigrößen, die Tausende von Menschen auf dem Gewissen haben, finden in diesem Staat — wie die Angeklagten im Düsseldorfer Majdanek-Prozeß — „Gnade vor Recht". Oder die Contergan-Verbrecher, die für ihren Profit Tausende zu Krüppeln gemacht haben. Auch sie fanden Verständnis. — Nein, die Angeklagten sind Kommunisten, sie stehen auf der Seite der werktätigen Menschen im Kampf für die Zukunft, für Freiheit und Sozialismus, und sie fassen es als eine Schande auf, sich in diesem Staat der Ausbeutung und politischen Unterdrückung zu „bewähren". — Und deshalb sind „selbstverständlich Gefängnisstrafen" erforderlich.

Bevor der dritte und bisher letzte Verhandlungstag beginnt, wird bekannt: Am Vortag haben die VW-Arbeiter geschlossen für Streik gestimmt; in Dortmund hat die Liste der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition bei Hoesch/Union 34 Prozent der Stimmen erhalten. Auf den Bänken der Angeklagten und der Zuschauer herrscht Begeisterung.

Die Angeklagten sprechen ihr Schlußwort. Die Genossin Karin geht auf das Plädoyer des Staatsanwalts ein; sie nimmt es auseinander — dürftig und erbärmlich, wie es ist — und zeigt die Absichten, die dahinterstecken. — Sie sagt: Natürlich können Sie, Herr Richter, und Sie, Herr Staatsanwalt, uns anklagen, uns den Prozeß machen, uns verurteilen. Sie können uns ins Gefängnis bringen, weil Sie die Macht dazu haben. Aber letztlich ändern Sie nichts. Denn mit Ihrem Urteil schaffen Sie die Ausbeutung und Unterdrückung nicht ab und damit auch nicht die Folge von Ausbeutung und Unterdrückung: den revolutionären Kampf. — Auf den Zuschauerbänken wird anhaltend geklatscht, und der Richter droht mit Räumung des Saals.

Jetzt spricht der Genosse Gernot sein Schlußwort. Er entlarvt die Absicht des Prozesses, wesentliche programmatische Aussagen der KPD/ML zu verbieten und alle wissenschaftlichen Begriffe, wodurch den Massen die Notwendigkeit des Sturzes dieses kapitalistischen Systems und der Errichtung der Diktatur des Proletariats klargemacht werden kann, unter Strafe zu stellen. — Dann geht er auf die sogenannte „Freiheit" ein, die dieser bundesdeutsche Staat angeblich bietet. Er habe, sagt er ironisch, diese „Freiheiten" bisher zu wenig berücksichtigt und gewürdigt: Die Freiheit der Kapitalisten etwa, auszubeuten und die Freiheit der Ausgebeuteten, sich ausbeuten zu lassen; die Freiheit der Polizei, ungestraft Werktätige zu erschießen; die Freiheit der kapitalistischen Presse, Gewalt und Massenmord zu propagieren wie während des Vietnamkrieges, ihre Freiheit, den Einsatz der Neutronenbombe zu fordern; die Freiheit für alte und neue Faschisten sowie für die faschistische Propaganda usw. usf. — Auf diese „Freiheiten" aber, ruft der Angeklagte aus, verzichten wir, wir bekämpfen sie, denn es sind die Freiheiten der Ausbeuter gegen die ausgebeuteten unterdrückten Massen. Die Freiheit, die wir erstreben, ist die Freiheit für die Werktätigen, für die überwältigende Mehrheit; aber sie wird erst unter der Herrschaft der Arbeiter, im Sozialismus zu verwirklichen sein.

Zum Schluß stellt der Genosse Gernot die „Sozialprognose" — nicht für den Staatsanwalt persönlich, sondern für die Klasse, der er dient, für die Bourgeoisie. Die Bourgeoisie ist zum Untergang verurteilt; auch in unserem Land nehmen die revolutionären Kräfte zu. — Da ist z. B. das Ergebnis der Betriebsratswahl bei Hoesch/Union. 1.146 Dortmunder Arbeiter haben für eine revolutionäre Gewerkschaftspolitik gestimmt, haben ihre Sympathie bekundet für Ideen, die hier im Gerichtssaal angeklagt sind und mit Gefängnisstrafen unterdrückt werden sollen.

Die Angeklagten lassen keinen Zweifel daran: Der Kampf wird eben nicht hier im Gerichtssaal entschieden, sondern draußen auf der Straße, in den Fabriken, in den Wohnvierteln der werktätigen Menschen.

Wieder ertönt Beifall auf den Zuschauerbänken, Fäuste werden gehoben. Doch räumen lassen kann der Richter den Saal nun nicht mehr, denn die Verhandlung ist zu Ende; das Urteil wird erst am 2. Mai verkündet. Bedauernd zuckt der Richter die Achseln und der Staatsanwalt packt wütend seine Sachen zusammen.

Zeitungen der KPD/ML und der Roten Garde, die seit dem 1. Mai 1977 erschienen sind

D'R RODE REITLENGER – Stadtzeitung der KPD/ML für Reutlingen

Bremen – LINKS DER WESER

Stuttgart – DAS ROTE SIGNAL – Stadtteilzeitung für Cannstatt – KPD/ML

Märkischer Sturmwind

ROTE BAZILLEN – Krankenhauszeitung der KPD/ML

Klassen-Kampf

Roter Einhard – Schülerzeitung der Roten Garde Seligenstadt – Wir wollen keine Untertanen

Neumünster/Boostedt – ROTE SOLDATEN

BS Grüntaler Berlin – Die junge Rebellion

MUTIG VORAN – Für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland!

Kiel – DIE BAHNBRECHER

Immer wieder werfen die Kapitalisten Kollegen, die im Betrieb kämpferisch auftreten, auf die Straße. Kürzlich erst die RGO-Listenführer bei Phoenix in Dortmund und KMF in Kempten. Versuchen diese Kollegen in anderen Betrieben die Arbeit aufzunehmen, so hören sie oft: „Für Sie nicht", oder sie werden noch während der Probezeit ohne Grund entlassen. Es muß also „schwarze Listen" geben!

Verfassungsschutz bespitzelt Kollegen

> ...schaftslisten schmuggeln.
>
> Zur Abwehr kommunistischer Aktivitäten rät der Bonner Informationsdienst „Sicherheits-Berater":
>
> ● Erfassung und Analyse der linksextremen Tätigkeiten vor und seit den Betriebsratswahlen von 1975,
>
> ● notfalls Kriminalpolizei oder Staatsschutzbehörden um informative Hilfe bitten,
>
> ● Erfassung aller bislang als unpolitisch und unprofiliert bekannter Bewerber,
>
> ● Informationsaustausch mit den Gewerkschaften und vertrauensvolle Zusammenarbeit.
>
> Wirtschaftswoche · 17. 3. 1978

Die Vermutung, daß der Verfassungsschutz bei den politischen Entlassungen und den Nicht-Einstellungen mitwirkt, bestätigen Informationen, die vor kurzem an die Öffentlichkeit kamen. Zum Beispiel aus Berlin: Eine Schülerin wohnt in einer Wohnung, in der früher einmal angeblich Terroristen gewohnt haben sollen. Sie wird vom Staatsschutz überprüft — keine „Erkenntnisse". Als dieses Mädchen sich jedoch bei den Berliner Verkehrsbetrieben (BVG) als Betriebsschlosserlehrling bewirbt, wird sie abgewiesen. Die Rechtsabteilung der BVG gibt zu, daß sie beim Verfassungsschutz nachgefragt hat.

Oder in Hamburg. Der Maschinenschlosser Rainer Grimm arbeitet bei den Hamburger Stahlwerken (HSW). Im Sommer 1976 kommt es zu einem tödlichen Unfall am Schmelzofen. Grimm beschwert sich beim Betriebsrat über die Sicherheitsbedingungen. Wenige Wochen später ist er entlassen. Der Personalchef hat beim Verfassungsschutz Informationen über den Maschinenschlosser eingeholt. Die Auskunft: Der Arbeiter hat an einer Demonstration gegen die NPD teilgenommen. Für die Betriebsleitung Grund genug, um ihn als „unliebsamen Linken" hinauszusäubern. Die offizielle Begründung: „mangelnde Leistung". Rainer Grimm hat sich daraufhin bei 80 Betrieben im Hamburger Raum beworben — vergeblich.

Der stellvertretende Personalchef von HSW hat jetzt im Hamburger Regionalfernsehen ausgepackt: **„Es sind in den letzten Jahren alle neu eingestellten Mitarbeiter überprüft worden, nach meiner Kenntnis 1973 das gesamte Werk. Es sind auch von seiten des Verfassungsschutzes detaillierte Erkenntnisse an die Personalabteilung weitergegeben worden. Diese detaillierten Erkenntnisse hatten natürlich Konsequenzen für die betreffenden Mitarbeiter, und da sie eben sehr detailliert waren, wurde auch dann, wie man so sagt, kurzer Prozeß gemacht, so daß die Leute innerhalb kürzester Zeit entlassen wurden."** Der ehemalige Personalleiter bekannte: „Wir bekamen die Formulare vom Verfassungsschutz. Die mußten wir nur noch ausfüllen und an das Landesamt am Johanniswall schicken. Ein Beamter gab dann der Personalleitung telefonisch seine Erkenntnisse durch."

In anderen Betrieben ist es ähnlich

Diese Bespitzelung durch den Verfassungsschutz hat bei den Hamburger Stahlwerken zu zahlreichen Entlassungen geführt. Fast alle fortschrittlichen Vertrauensleute wurden hinausgesäubert, zahllose kämpferische Kollegen gefeuert. Doch dies geschah nicht nur bei HSW. Der Innensenator mußte laut „Hamburger Morgenpost" zugeben: „Nicht nur die Mitarbeiter der Hamburger Stahlwerke, sondern auch die Beschäftigten anderer Hamburger Firmen wurden und werden vom Landesamt für Verfassungsschutz auf ihre politische Zuverlässigkeit überprüft. Sie werden auch dann durchleuchtet, wenn sie nicht in sogenannten sicherheitsempfindlichen Bereichen arbeiten."

Dieses Eingeständnis des Innensenators Staak enthüllt eine ungeheuerliche und empörende Tatsache. Da wird also seit Jahren fast jeder Hamburger Kollege in größeren Betrieben vom Verfassungsschutz überprüft! Und sicher nicht nur in Hamburg! Für viele kämpferische Kollegen führte dies zu Berufsverboten, sie kommen in keinem größeren Betrieb mehr an! So wurde sogar schon ein Würstchenverkäufer bei Karstadt in Hamburg nicht eingestellt, weil gegen ihn „Erkenntnisse vorliegen würden".

Vor den Abgeordneten der Hamburger Bürgerschaft begründete Innenminister Staak diese totale Bespitzelung und Denunziation damit, daß der Verfassungsschutz automatisch aktiv werden müsse, wenn es darum gehe, „Extremisten" abzuwehren. Und dreist kündete er an, daß es auch in Zukunft so weitergehe!

Diese Bespitzelung und Denunziation von kämpferischen Kollegen, dieser Versuch, auch in Betrieben Berufsverbote für Kommunisten und alle klassenkämpferischen Kollegen durchzusetzen, ist nicht nur ein unerhörter Angriff auf alle Werktätigen. Es ist zugleich ein offener Bruch der Gesetze dieses Staates. Nach dem Motto: Beim Kampf gegen kommunistische und andere kämpferische Kollegen brauchen wir uns an kein Gesetz zu halten.

Schmutzige Denunziation

Denn das sogenannte „Gesetz über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes" (1972) erklärt nur die Bespitzelung von Personen für zulässig, „die an sicherheitsempfindlichen Stellen von lebens- und verteidigungswichtigen Einrichtungen beschäftigt sind oder werden sollen". Und das ist schon schlimm genug. Denn allein in Hamburg stehen etwa 100 „sicherheitsempfindliche" Betriebe auf der Liste. Darunter MBB, Valvo, Philips, Kaeser. Die vollständige Liste dieser Betriebe wird übrigens im Bundeswirtschaftsministerium geheim aufbewahrt.

Laut Gesetz soll dieses Überprüfungsverfahren keineswegs geheim sein, die überprüften Personen sollen also das Ergebnis erfahren. Gleichzeitig soll nach diesem Gesetz dem Verfassungsschutz untersagt sein, seine sogenannten „Erkenntnisse" unbeteiligten Privatfirmen und Privatpersonen bekanntzugeben. Ausdrücklich mit den frommen Worten, damit es zu keiner „beruflichen und persönlichen Benachteiligung" kommt. Das ist also das Gesetz. Und wie sieht die Praxis aus?

Die Hamburger Stahlwerke gehören nicht zu den „sicherheitsempfindlichen Betrieben" — und der Verfassungsschutz bespitzelte jeden neu einzustellenden Kollegen. Keiner der gefeuerten Kollegen erfuhr, daß sogenannte „Erkenntnisse" des Verfassungsschutzes zu dem Rausschmiß geführt haben. Entweder wurden die Kollegen ohne Angabe von Gründen während der Probezeit entlassen, oder es war eine Kündigung „wegen mangelnder Arbeitsleistung".

Die Tatsachen zeigen, daß diese angeblichen Verfassungsschutzgesetze nichts als ein Schleier sind, um die totale Bespitzelung und Denunziation zu verhüllen. Der Verfassungsschutz ist nichts anderes als eine Art GeStaPo, die es sich zum Ziel setzt, jeden Kommunisten, jeden fortschrittlichen Kollegen zu bespitzeln, zu denunzieren, zu verfolgen.

Die hohen Ideale von Freiheit und Demokratie, zu deren Schutz der Verfassungsschutz angeblich bestimmt ist, sind nichts als die Tünche, mit der vertuscht werden soll, daß diese Spitzel die Aufgabe haben, die Ausbeuter- und Unterdrückerordnung der Imperialisten zu schützen. Selbst die Gesetze oder das Recht dieser Ausbeuterordnung gelten für sie nicht.

Der DGB-Apparat unterstützt die Bespitzelung

Bei dieser dunklen und schmutzigen Arbeit hat der Verfassungsschutz die volle Rückendeckung der DGB-Gewerkschaften. Der Chef des Hamburger Verfassungsschutzes, der diese Bespitzelungspraxis duldet und verteidigt, Innensenator Staak, hat in dieser Hinsicht eine bezeichnende Karriere hinter sich. Bis 1971 war er Betriebsratsvorsitzender der „Neuen Heimat", dann Vorsitzender der Ortsverwaltung der Gewerkschaft HBV, also DGB-Funktionär.

Jetzt als Hamburger Innensenator ist er gleichzeitig noch Vorsitzender der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA). Das heißt: Er spielt nicht nur als Chef des Verfassungsschutzes den Kapitalisten Informationsmaterial zu, sondern koordiniert auch die Arbeit der SPD-Betriebsgruppen und -Betriebsräte. Kein Wunder, daß im Fall Rainer Grimm der von der SPD beherrschte Betriebsrat bei HSW nicht nur den Namen dieses Kollegen an die Personalleitung weitergab, die sich mit dem Verfassungsschutz in Verbindung setzte, sondern auch der Entlassung zustimmte! In zahlreichen anderen Fällen bereiteten gerade die Gewerkschaftsbonzen mit Gewerkschaftsausschlüssen die politische Entlassung vor!

Dieses üble Zusammenspiel von Gewerkschaftsapparat, Verfassungsschutz und Kapitalisten ist bezeichnend für die Furcht dieser Bonzen, daß sich die Kollegen in den Betrieben kämpferisch für ihre Interessen einsetzen. Gerade jetzt, während der Betriebsratswahlen, helfen sie verstärkt den Kapitalisten, die Betriebe zu „säubern". Nichts anderes bedeutet die sogenannte „vertrauensvolle Zusammenarbeit" mit Staatsschutz und Gewerkschaften, die der Bonner Informationsdienst „Sicherheits-Berater" kürzlich zur „Abwehr kommunistischer Aktivitäten" beschwörte.

Diese Bespitzelung aller Kollegen, diese „Säuberung" fortschrittlicher Kollegen mit Hilfe von Verfassungsschutz und DGB-Apparat ist ein Angriff auf alle Werktätigen. Denn es geht um diejenigen, die den Mund aufmachen, um diejenigen, die Widerstand leisten gegen Ausbeutung und Unterdrückung, die den Kampf gegen die Ausbeuter organisieren.

Darum müssen wir gegen jede politische Entlassung kämpfen! Weg mit den „Schwarzen Listen"! Verfassungsschutz raus aus den Betrieben! Und jedem Betriebsratsbonzen, jedem Gewerkschaftsfunktionär, der sich als Spitzel betätigt, muß um die Ohren geknallt werden: Der größte Lump im ganzen Land, das ist und bleibt der Denunziant!

Zeitungen der KPD/ML und der Roten Garde, die seit dem 1. Mai 1977 erschienen sind











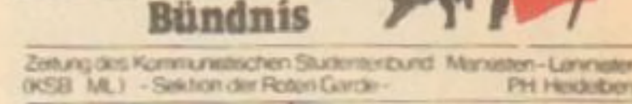














In der Sozialistischen Volksrepublik Albanien

Keine Chance für Bonzen und Bürokraten

Der Beamte, der morgens um acht Uhr seinen Wecker aus der Tasche zieht und ihn auf 17 Uhr stellt, damit er den Büroschluß nicht verschläft — das ist einer von zahllosen Witzen, mit denen das Volk das Heer der Bürokraten verspottet. Die Zahl dieser Bürokraten, die den Werktätigen, gestützt auf einen undurchdringbaren Dschungel von Paragraphen und Verordnungen, das Leben schwer machen, geht in die Millionen.

Allein 160.000 Beschäftigte in der Steuer- und Finanzverwaltung leben von unseren Steuergeldern; aus 120.000 Personen rekrutiert sich der Justizapparat; über 50.000 Beschäftigte herrscht der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Stingl; mehr als 200.000 Menschen beschäftigen die öffentlichen Renten- und Krankenversicherungen; sage und schreibe 5.171 Beamte und Angestellte umfaßt der Apparat des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten usw. usf. Alles in allem ein gewaltiger Apparat von „Staatsdienern", auf dessen Tun und Lassen das Volk keinerlei Einfluß hat, dem es vielmehr auf Gedeih und Verderb ausgeliefert ist. Wie heißt es doch im Grundgesetz? „Alle Macht geht vom Volke aus." Aber allein dieser Moloch Bürokratie, dessen einzige Verbindung zum Volk darin besteht, daß er ihm im Nacken sitzt, beweist das Gegenteil.

Ganz anders in der Sozialistischen Volksrepublik Albanien. Das fängt bereits damit an, daß man in ganz Albanien vergeblich nach einem Beamten suchen wird. Es gibt keinen einzigen. Weder den Berufsbeamten westlichen Musters, noch den „Apparatschik" östlicher Machart. In Albanien gibt es nur Angestellte, die, wie es in der Verfassung festgelegt ist, vor dem Volk rechenschaftspflichtig sind, an der Arbeit direkt in der Produktion teilnehmen und in gerechtem Verhältnis zu den Arbeitern und Genossenschaftsbauern entlohnt werden, um das Entstehen einer privilegierten Schicht zu verhindern. Was den Lohn betrifft, so kann in der Praxis ein Arbeiter durchaus mehr verdienen als ein hoher Staatsangestellter. Ein Minister etwa bekommt genauso viel Geld wie ein Bergarbeiter.

Im Kapitalismus ist der Staat undenkbar ohne einen gewaltigen bürokratischen Verwaltungstroß. Der sozialistische Staat dagegen kennt keine Verwaltungsbürokratie — weder im staatlichen, noch im wirtschaftlichen Bereich oder sonstwo. Auch eine Parteibürokratie à la Honecker und Konsorten gibt es selbstverständlich nicht. Natürlich ist auch hier Verwaltung notwendig. Aber der dazu notwendige Apparat wird so klein wie möglich gehalten, und — was das Entscheidende ist — er unterliegt genauso der Macht und der Kontrolle der Arbeiterklasse und des gesamten Volkes wie alle anderen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereiche auch.

In der Bundesrepublik sind lediglich die Parlamente wählbar, vom Volk zu Recht „Schwatzbuden" genannt, weil sie keinerlei praktische Bedeutung haben. Die Rechtsprechung und die vollziehende Gewalt aber sind vollständig dem Einfluß des Volkes entzogen. Hier erlaubt man ihm noch nicht einmal, alle vier Jahre ein Kreuzchen zu machen. Anders in Albanien. Dort wählt das Volk die Volksversammlung und die Volksräte. Sie sind im Gegensatz zu den bürgerlichen Parlamenten tatsächliche Machtorgane, in denen die gesetzgebende und die vollziehende Gewalt vereinigt sind. In ihnen wird nicht geschwatzt, sondern gearbeitet. Auch die Richter werden in Albanien keineswegs auf Lebenszeit ernannt, sondern alle drei Jahre vom Volk gewählt. Diese gewählten Vertreter des Volkes stellen inzwischen in Albanien den Hauptteil der Kader in Staat und Verwaltung. Es gibt dreimal so viel gewählte wie ernannte Kader. Und — in kapitalistischen Verhältnissen, wo es in den Parlamenten gerade noch einen Renommierarbeiter gibt, völlig undenkbar — über 70 Prozent dieser gewählten Kader sind Arbeiter und Genossenschaftsbauern.

Das Entscheidende aber ist, daß das albanische Volk seine Vertreter nicht nur wählt, sondern auch kontrolliert. Ein Mitglied des Volksrats etwa legt zweimal im Jahr vor seinen Wählern Rechenschaft ab — über die Tätigkeit des Volksrats und über seine eigene Tätigkeit als Mitglied des Volksrats. Diese Rechenschaftslegung ist keineswegs nur symbolisch. Erfüllt ein Mitglied des Volksrats oder des Volksgerichts seine Aufgaben nicht, kann es jederzeit abgewählt werden. Die gleiche Rechenschaftspflicht gilt auch für die ernannten Kader. Auch sie müssen sich vor den Massen verantworten und sind ihrer Kontrolle unterworfen. Dies ist eine wichtige Maßnahme der Diktatur des Proletariats, um zu verhindern, daß dem Volk die Macht aus den Händen gleitet und von Bürokraten an sich gerissen wird.

Dem gleichen Ziel dient die Heranziehung von Arbeitern und Bauern für den Staatsdienst. Denn was nützt es, wenn in den gewählten Organen der sozialistischen Staatsmacht zwar überwiegend Arbeiter und Genossenschaftsbauern sitzen, ansonsten die Intellektuellen im Staatsdienst aber unter sich sind? Das würde die Herausbildung einer vom Volk losgelösten Schicht von „Staatsdienern" begünstigen. Deshalb wird im sozialistischen Albanien dafür gesorgt, daß die Arbeiterklasse und auch die Genossenschaftsbauern die Möglichkeit erhalten, sich für die Aufgaben im Staatsdienst zu qualifizieren. Heute sind bereits 40 Prozent aller Angestellten im Staat ihrem Stand nach Arbeiter.



„Ruhestörung", Karikatur aus der albanischen Zeitschrift „Hostëni"

Vor allem aber kommt es darauf an, den Verwaltungsapparat so klein wie möglich zu halten. In allen Bereichen — im Staat, in den Betrieben und bei der Partei. Das ist keine einmalige Kampagne, sondern eine ständige Aufgabe der Diktatur des Proletariats. Denn ein zu großer Verwaltungsapparat ist schwerfällig und notwendigerweise eine Brutstätte für Routine und Bürokratismus. Er verschlingt Geld, das man besser für den weiteren sozialistischen Aufbau und für die Hebung des Lebensstandards der Massen einsetzt. Und er verhindert die volle Entfaltung der sozialistischen Demokratie, denn er birgt die Gefahr in sich, daß die gewählten Organe des Volkes von arbeitenden Körperschaften zu bloßen Repräsentationsorganen werden und hält die Massen von der aktiven Teilnahme am Regieren des Landes fern.

Deshalb wird in Albanien ständig geprüft, ob der Verwaltungsapparat weiter verkleinert werden kann und gleichzeitig die Arbeitsmethode weiter revolutioniert — die Aktivität der gewählten Machtorgane des Volkes verstärkt und die Teilnahme der Massen am Regieren und an der Verwaltung erhöht. Bei der Verkleinerung der staatlichen Verwaltung spielt die Arbeiter- und Bauernkontrolle eine große Rolle. Es bleibt keineswegs dem Gutdünken der Staatsangestellten überlassen, wieviel Beschäftigte beispielsweise in einem Ministerium eingespart werden können und wieviele bleiben sollen. Die Angestellten machen einen entsprechenden Vorschlag. Die Arbeiter- und Bauernkontrolle überprüft diesen Vorschlag — aber nicht etwa nur auf dem Papier, sondern an Ort und Stelle. Arbeiter und Genossenschaftsbauern gehen durch die Räume, erkundigen sich bei den Angestellten nach der anfallenden Arbeit, nach der Arbeitsorganisation usw. und bilden sich so ein Urteil. Auf einer von der Arbeiter- und Bauernkontrolle einberufenen Versammlung werden dann die endgültigen Beschlüsse gefaßt. Auf diese Weise wurden in den letzten Jahren in Albanien zahlreiche Verwaltungsstellen eingespart — nicht nur im Staat, sondern auch bei der Partei und in Betrieben. Nehmen wir das Textilkombinat Mao Tsetung in Berat. Dort arbeiten 6.000 Arbeiter. Die Verwaltung hatte 400 Angestellte. Nach einer entsprechenden Diskussion meldeten sich 78 Angestellte, um fortan in der Produktion zu arbeiten. Im Kupferdrahtwerk von Shkodra gingen 30 Prozent der Verwaltungsangestellten in die Produktion usw. usf. Zum Vergleich: Bei den Krupp Hüttenwerken arbeiten ca. 20.000 Arbeiter. In der Verwaltung sind 5.000 Angestellte beschäftigt!

Aber wie schon gesagt: Es geht nicht nur darum, die Verwaltung zu verkleinern. Es geht um die volle Entfaltung der sozialistischen Demokratie. Nehmen wir den Schulbereich. Lange Zeit war es in Albanien z. B. üblich, daß die Kontrolle des Schulwesens im wesentlichen den Schulinspektoren oblag. Das erforderte natürlich, daß man eine ganze Reihe dieser Inspektoren brauchte. Aber sind denn diese Inspektoren die einzigen Fachleute auf diesem Gebiet? Natürlich nicht. Die Schuldirektoren, die Lehrer, Eltern, Schüler sind dazu ebenfalls in der Lage, vorausgesetzt, man mobilisiert sie, leitet sie entsprechend an und organisiert ihre Tätigkeit. Und so wurde es auch gemacht. Auf diese Weise sparte man nicht nur eine beträchtliche Anzahl von Staatsangestellten ein, sondern förderte gleichzeitig die Teilnahme der Massen in diesem Bereich. Zu der notwendigen Kontrolle von oben kam die verstärkte Kontrolle von unten, die von entscheidender Bedeutung für die Sicherung der Diktatur des Proletariats ist.

Was die notwendige Kontrolle von unten angeht, nimmt hier die Arbeiter- und Bauernkontrolle ihre auch in der Verfassung festgelegte Aufgabe natürlich nicht nur wahr, um zu prüfen, ob der Verwaltungsapparat weiter verkleinert werden kann. Ihre ständige Aufgabe ist es, in jeder Hinsicht die Tätigkeit der Verwaltungen zu überprüfen, Mängel aufzudecken, ihre Behebung in die Wege zu leiten und da, wo offensichtliche Verstöße gegen die Interessen des Volkes vorliegen, auch rigorose Maßnahmen zu ergreifen. So hat die Arbeiter- und Bauernkontrolle durchaus das Recht, in krassen Fällen auch einmal dafür zu sorgen, daß ein „Amtsschimmel" seinen Posten verliert.

Es ist klar, daß der sozialistische Staat, will er die Entstehung einer bürokratischen Schicht verhindern, sich besonders um die Kader kümmern muß. Vertrauen allein genügt hier nicht. Besondere Maßnahmen sind erforderlich, um dafür zu sorgen, daß vor allem die führenden Kader sich nicht von Dienern des Volkes zu Herrschern über das Volk entwickeln, daß sie nicht nur einige Jahre, sondern ihr Leben lang revolutionär bleiben. Das geschieht in der Sozialistischen Volksrepublik Albanien zum einen durch die ständige organisierte ideologische Erziehung der Kader in den Grundorganisationen der Partei, in den Massenorganisationen usw. usf.

Dazu kommt die Kontrolle der Kader. Und zwar von oben und von unten. Denn eine Kontrolle der Kader nur von oben, bei der die Kader sich dann schließlich und endlich selbst kontrollieren, ist unzureichend. Praktisch sieht das so aus, daß die Massen auch da, wo Kader nicht unmittelbar von ihnen gewählt, sondern ernannt werden, großen Einfluß ausüben. Niemand bekommt in Albanien einen Posten, ohne daß vorher die Werktätigen, die ihn kennen, um ihre Meinung gefragt werden. Über die Rechenschaftspflicht der gewählten wie der ernannten Kader haben wir bereits gesprochen.

Zwei weitere Maßnahmen, die verhindern sollen, daß die Kader sich über die Massen erheben, sind die Kaderrotation und die Teilnahme der Kader an der Produktion. Kaderrotation bedeutet, daß systematisch Kader mit hohen Verwaltungsposten für eine gewisse Zeit wieder an der Basis arbeiten. Das ist keine Strafe, keine Reaktion auf Fehler oder eine schlechte Arbeit, sondern eine Maßnahme, die verhindern soll, daß die Kader — im Bewußtsein und auch in der Realität — unersetzbar werden. Die Kader müssen absetzbar sein. Das muß das Volk und das müssen auch sie selbst wissen. Die Teilnahme der Kader an der Produktion ist ebenfalls verfassungsmäßig festgelegt. Alle arbeiten einen Monat im Jahr in der Produktion. Darüberhinaus ist es in vielen Betrieben üblich, daß die Verwaltungsangestellten zwei Stunden täglich in der Produktion tätig sind.

Natürlich spielt hier auch das Geld, das Einkommen eine große Rolle. Wenn die Kader, die Betriebsdirektoren, führenden Techniker, Vertreter des Staates oder der Partei in hohen Positionen zehn- oder zwanzigmal so viel verdienen wie die einfachen Werktätigen, können sie sich hundertmal Diener des Volkes nennen. Sie sind es nicht. In einem Staat, in dem die Lohnunterschiede so groß sind, steht der Sozialismus, steht das sozialistische Volkseigentum nur noch auf dem Papier. Natürlich muß es im Sozialismus, der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Kommunismus, noch Lohnunterschiede geben. Aber nicht orientiert am Posten, sondern orientiert an dem Prinzip: Jedem nach seiner Leistung, jedem nach seinen Fähigkeiten. Und sie müssen ständig weiter verringert werden. So wurde in der Sozialistischen Volksrepublik Albanien 1976 beschlossen, die bestehenden Lohnunterschiede, die damals bereits die geringsten in der Welt waren, weiter anzugleichen. Heute ist das Verhältnis zwischen dem Durchschnittslohn der Arbeiter und den höchsten Löhnen der Angestellten 1 : 2.

Alle diese verschiedenen Maßnahmen im Kampf gegen den Bürokratismus in Partei, Staat und Wirtschaft haben bewirkt, daß sich in der Sozialistischen Volksrepublik Albanien niemals eine Schicht von Apparatschiks, Bürokraten und Technokraten herausbilden konnte wie in der Sowjetunion, der DDR und den anderen revisionistischen Staaten. Was folgt daraus? Daraus folgt erstens, daß sich die Entartung eines sozialistischen Staates keineswegs zwangsläufig vollzieht, sondern verhindert werden kann. Daraus folgt zweitens, daß nicht durch den „Zufall" oder das „Schicksal" entschieden wird, ob ein sozialistischer Staat die Farbe wechselt wie die Sowjetunion, die DDR und die anderen revisionistischen Staaten oder auf dem Weg des Sozialismus und Kommunismus vorwärtsmarschiert wie das sozialistische Albanien. Das hängt allein davon ab, ob die Arbeiterklasse unter der Führung ihrer Partei sich fest und unbeirrbar auf den Marxismus-Leninismus stützt. Denn der Marxismus-Leninismus, die Wissenschaft der Arbeiterklasse, gibt der Arbeiterklasse alle Waffen in die Hand, die sie braucht, um sich allen Feinden zum Trotz ihren Weg zum vollständigen Sieg der Sache des Kommunismus zu bahnen.

Aus dem Programm der KPD/ML

Neben dem Militär bedient sich die Bourgeoisie des Parlaments, der Regierung, der Justiz und ihrer Bürokratie zur Aufrechterhaltung ihrer Macht. Das Proletariat kann diese Einrichtungen nicht übernehmen. Es muß sie wie den bürgerlichen Staatsapparat insgesamt zerschlagen und an ihre Stelle die sich im Laufe der Revolution herausbildenden Organe der proletarischen Staatsmacht, die Räte, setzen. Die von der Partei des Proletariats geführte Rätemacht, die Macht der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte als Form der proletarischen Staatsmacht, übt die Kontrolle in allen Bereichen des ökonomischen und politischen Lebens aus. Sie beschließt die Gesetze, faßt Beschlüsse, die sie selbst durchführen muß. Die Räte werden in direkter geheimer Wahl von unten nach oben gewählt. Sie sind gegenüber ihren Wählern verantwortlich und jederzeit von diesen absetzbar. Richter werden direkt durch die Werktätigen gewählt. Der sozialistische Verwaltungsapparat wird auf das zur Ausübung seiner Tätigkeit unbedingt notwendige Maß beschränkt. Von betrieblicher Arbeit freigestellte Räte, Funktionäre und Angestellte des Verwaltungs-, Staats- und Parteiapparats aller Ebenen werden entsprechend der Leninschen Norm das Gehalt eines Facharbeiters erhalten und entsprechend ihrer Leistung bezahlt. Um die Verbindung mit den Massen nicht zu verlieren, werden sie in regelmäßigen Abständen (jährlich) körperliche Arbeit (mindestens einen Monat) verrichten.

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

Italien: Staatlicher Terror nach der Moro Entführung

100 000 demonstrieren gegen die Faschisierung

In der Nacht zum 30. März dringen Polizeieinheiten in die zentrale Redaktion der „Nouva Unità" ein. In der gleichen Nacht zur gleichen Stunde werden in Florenz und anderen Städten die Wohnungen der Redakteure Manlio Dinucci und Paolo Novari durchsucht, wird die Druckerei der Zeitung von der Polizei gewaltsam geöffnet. „Nouva Unità" ist das Zentralorgan unserer italienischen Bruderpartei, der KP Italiens (m.-l.). Der Polizeiüberfall ist Bestandteil der Großfahndung nach der Moro-Entführung. Sie wollen die KPI (m.-l.) mit den Attentätern in Verbindung bringen, obwohl die Partei seit jeher einen kompromißlosen Kampf gegen anarchistische Gruppen vom Schlage der „Roten Brigaden" führt.

Italien im Frühjahr 78: Straßenkontrollen durch schwerbewaffnete Polizeitruppen, Razzien; Bilder wie wir sie vom letzten Herbst, den Wochen nach der Schleyer-Entführung kennen. Allein in Rom werden Anfang des Monats bei einer einzigen Großrazzia 233 Wohnungen durchsucht. 129 Festnahmen verzeichnete der Polizeibericht dabei. 41 Menschen werden festgenommen, sie sind bis heute eingekerkert. Gegen wen das alles ging? In unverhohlener Offenheit schreibt die bürgerliche Presse, daß „ausschließlich Mitglieder linksextremer Gruppen" von diesen Maßnahmen betroffen waren.

Gleichzeitig wurde im Parlament von den beiden Parteien, die heute die Regierung hauptsächlich stützen, der christdemokratischen (DC) und der revisionistischen Partei (KPI), ein ganzes Paket von Terrorgesetzen durchgepeitscht. Danach können Verhaftungen auf bloßen Verdacht hin durchgeführt werden, ist bei Hausdurchsuchungen keine richterliche Erlaubnis mehr nötig, wird die Telefonüberwachung schrankenlos ausgeweitet usw. usf.

„Kampf gegen den Terrorismus" — das ist jetzt auch in Italien das fadenscheinige Mäntelchen, mit dem die Bourgeoisie ihren Polizeiterror, den weiteren Abbau der demokratischen Rechte verdecken will. Aber manchmal reden die Herren auch Klartext. Hören wir, was etwa Luciano Lama, einer der Chefs der revisionistischen KPI und gleichzeitig Boss der größten italienischen Gewerkschaft CGIL zum „Terrorismus" zu sagen hat. In einem Interview mit dem Hamburger Magazin „Stern" jammerte er über Gewalttätigkeiten, die er und seinesgleichen zu lange einfach hingenommen hätten. Und auf die Frage, was er damit meine, präzisierte er: „Nehmen Sie die Wortmeldungen bei unseren gewerkschaftlichen Versammlungen und Betriebsratssitzungen. Da kamen die gemäßigten Arbeiter nicht zu Wort, weil die Extremisten die Redezeit belegt hatten. Auch das ist Gewalt. Und von dieser Gewalt haben wir zuviel eingesteckt...(diese Arbeiter) schaffen ein bestimmtes terroristisches Klima."

So läßt Herr Lama die Katze aus dem Sack. Ihm geht es gar nicht um die Kidnapper seines Freundes Moro. Nein, die revolutionären und fortschrittlichen Arbeiter sind es, die er meint. Diejenigen, die in den Betrieben aufstehen und die Politik der Klassenzusammenarbeit anprangern, die Lama und seine revisionistischen Kumpane betreiben. Diejenigen, die den Kampf für die Interessen der Arbeiter organisieren. Es ist erst wenige Monate her, da hat derselbe Lama einen reaktionären Sozialpakt verkündet, mit dem alle Folgen der kapitalistischen Krise der Arbeiterklasse und den übrigen Werktätigen aufgebürdet werden sollen. Hier die drei Hauptpunkte: 1. Die Werktätigen sollen ihre Lohnforderungen mäßigen. 2. Sie sollen ihre Arbeitsproduktivität erhöhen und 3. sie sollen sich zu Zehntausenden aus den Betrieben herauswerfen lassen, denn — so der revisionistische Gewerkschaftsapparat — die meisten Betriebe sind mit Arbeitern „überbesetzt".

Dieser reaktionäre Pakt hat eine breite Welle der Empörung in der italienischen Arbeiterklasse ausgelöst. Immer heftiger wurden die reaktionären Bonzen angegriffen. Und jetzt wollen die revisionistischen Verräter jeden Arbeiter, der nicht vor ihnen kuscht, zum „Extremisten", zum „Terroristen" machen. Die Entführung Moros durch anarchistische Elemente kam diesen Herren gerade recht. Sie paßte überhaupt ins Konzept der italienischen Bourgeoisie.



Revolutionäre Arbeiterdemonstration. Die Parolen der KPI (m.-l.) rufen zum Kampf gegen die Ausbeutung und für den antikapitalistischen Generalstreik auf.

Auf der Grundlage dieser schrankenlosen Hetze gegen alles Revolutionäre und Fortschrittliche hat die KPI nach der Moro-Entführung im Auftrag der Bourgeoisie zu Massendemonstrationen, ja sogar zu einem Generalstreik aufgerufen und von den Arbeitern gefordert, sie sollten ihre Solidarität nicht nur mit dem gekidnappten Reaktionär Moro, sondern auch mit dem italienischen bürgerlichen Staat bekunden. Aber die Arbeiter sind nicht bereit, sich von den revisionistischen Verrätern vor den Karren ihrer Ausbeuter und Unterdrücker spannen zu lassen.

Die Antwort der Arbeiterklasse

Das zeigte sich besonders deutlich an den Ereignissen Ende letzten Monats in Mailand. Am 18.3. verließen abends zwei Jugendliche ein Lokal, das als Treffpunkt junger fortschrittlicher Werktätiger bekannt ist. Ein Mordkommando der Faschisten lauerte ihnen auf und eröffnete das Feuer auf sie. Tödlich getroffen brachen Lorenzo Iannucci und Fausto Tinelli zusammen. Es zeigte sich in aller Deutlichkeit: während die Organe des kapitalistischen Staates unter dem Deckmantel der Terroristenbekämpfung ihre Razzien gegen die Kommunisten, die revolutionären Werktätigen durchführen, Dutzende von ihnen einkerkern, können die faschistischen Banden weiter unbehelligt ihrem blutigen Handwerk nachgehen.

Für die Genossen der KPI(ml) ist klar, was zu tun ist. Gemeinsam mit anderen fortschrittlichen Arbeitern geben sie in den Betrieben der Stadt die Parole aus: „Generalstreik während der Beerdigung." Und sie finden überall breite Unterstützung. Es kommt zum Kampf, zur offenen Machtprobe mit den Revisionisten. Sie, die sich die Kehle heiser schrien mit ihren Solidaritätsbekundungen für Moro, sie, die für Moro, für den reaktionären Staat und für das kapitalistische System die Arbeiter auf die Straße schickten, wollen es jetzt der Mailänder Arbeiterklasse verbieten, sich an dem Trauerzug für die beiden Opfer des faschistischen Terrors zu beteiligen. Aber als sich dann der Zug in Bewegung setzt, sind es 100.000, die Lorenzo und Fausto das letzte Geleit geben.

„Nuova Unita" schreibt zu dieser Kundgebung: „Die große Mobilisierung der Arbeiter und des Volkes zeigt, wie wir schon früher festgestellt haben, daß die Beteiligung der Arbeiter am Generalstreik, der nach der Entführung Moros ausgerufen wurde, nicht eine einhellige Solidarität mit der größten Partei der Bourgeoisie, der DC, bedeutet, sondern den Willen zum Ausdruck bringt, ein reaktionäres Manöver zurückzuschlagen, das seine Wurzeln in einheimischen und ausländischen Geheimdiensten hat, ein Manöver, das darauf abzielt, unter der Zwangsjacke des Ausnahmezustands die antikapitalistischen Kämpfe der Arbeiterklasse und der Volksmassen zu ersticken."

Die große Demonstration von Mailand macht deutlich, daß die Arbeiterklasse sehr wohl ihren Klassenfeind erkennt, daß sie sich nicht zur Unterstützung des kapitalistischen Systems zwingen läßt, wie es die Revisionisten wollen. Der gewaltige Aufmarsch der 100.000 in Mailand ist zugleich ein Schlag gegen die anarchistischen Gruppen, die auch in der Maske von Kommunisten daherkommen. Machte er doch klar, daß es die Arbeiterklasse ist, die an der Spitze des Kampfes gegen die Faschisierung, gegen den reaktionären Staat steht und nicht eine Handvoll von Bombenlegern. Und die Aufgabe der wahrhaften Kommunisten — darauf hat die KPI (m.-l.) hingewiesen — ist es, diese revolutionären Aktivitäten des Proletariats und der Volksmassen zu organisieren und ihnen eine klare Richtung auf die gewaltsame Zerschlagung des kapitalistischen Systems zu geben.

Ihr Vorbild ist der Reichstagsbrand

„Bonn braucht den Terror!" So überschrieb der „Rote Morgen" ein Extrablatt nach der Schleyer-Entführung im letzten Jahr. Die gegenwärtigen Ereignisse in Italien bestätigen wieder: die Bourgeoisie und ihr Staat benutzen die Anschläge terroristischer Gruppen dazu, die Faschisierung weiter voranzutreiben. Dabei ist es gleichgültig, ob diese Gruppen der Bourgeoisie nur objektiv in die Hände arbeiten, oder ob es die Staatsorgane selbst sind, die als Drahtzieher hinter solchen Anschlägen stehen. Gerade Italien hat eine lange Tradition von als „revolutionär" getarnten Terroranschlägen, bei denen die Auftraggeber in den Spitzen der Geheimdienste saßen.

Ihr Vorbild ist der von den deutschen Faschisten organisierte Reichstagsbrand. Sie wollen mit den Attentaten und Bombenanschlägen ein Klima der Unsicherheit und der Angst schaffen. Sie wollen die Arbeiterklasse lähmen und spalten, indem sie auf der einen Seite die Anschläge in Verbindung bringen mit den Kommunisten, den wahren Vorkämpfern für die Interessen des Proletariats und auf der anderen Seite die Werktätigen zur „aktiven Solidarität" mit der „Demokratie", das heißt: mit dem bürgerlichen Staat und dem kapitalistischen System mobilisieren. In diesem Klima schaffen sie faktisch den Ausnahmezustand, setzen sie den Polizeistaat in Aktion und beginnen einen breiten Angriff auf die demokratischen Rechte der Werktätigen.

Nach der Schleyer-Entführung hieß es damals, dem „Sympathisantensumpf" müßte das Wasser abgegraben werden. In Italien heißt es jetzt: das „Feld der aktiven Unterstützung des Terrorismus" aufrollen. Der Angriff der Bourgeoisie richtet sich in beiden Fällen gegen die revolutionäre Bewegung, vor allem gegen die kommunistische Partei. So wie jetzt die Wohnungen und Büros der KPI (m.-l.) durchsucht wurden, so folgte damals auf die Schleyer-Entführung der Verbotsantrag gegen unsere Partei.

So benutzt die Bourgeoisie angesichts der Vertiefung der kapitalistischen Krise und der Verschärfung der Klassenkämpfe die terroristischen Aktionen, um in dem von ihr geschaffenen Klima der Terroristenhysterie ihren Unterdrückungsapparat auszubauen, die demokratischen Rechte der Werktätigen und die Legalität der kommunistischen Partei noch weiter einzuschränken. Mit dieser fortschreitenden Faschisierung will die Bourgeoisie dem Anschwellen der Klassenkämpfe begegnen und ihre Vorbereitungen auf die Errichtung einer offen faschistischen Diktatur vorantreiben.

PROLETARI DI TUTTI I PAESI, UNITEVI!

nuova unità

Solidaritätserklärung des ZK der KPD/ML

An
Genossen Fosco Dinucci
das Zentralkomitee der KPI (m.-l.)

Liebe Genossen!

Mit Empörung verurteilen das Zentralkomitee der KPD/ML und unsere gesamte Partei den Anschlag der italienischen Behörden gegen die KPI (m.-l.). Die Durchsuchung der Redaktion der „Nuova Unita" und der Wohnungen der Genossen Manlio Dinucci und Paolo Novari ist ein weiterer Versuch der italienischen Monopolbourgeoisie und ihres Staatsapparates, eure Partei, die Vorhut der italienischen Arbeiterklasse und der übrigen Werktätigen, durch Terror zum Schweigen zu bringen. Es ist nur zu bezeichnend, daß die revisionistische Clique um Berlinguer an dem Anschlag gegen eure Partei beteiligt war und damit einmal mehr gezeigt hat, daß sie nicht nur den Marxismus-Leninismus vollständig verraten hat, sondern sich auch direkt an der Unterdrückung des Volkes und der revolutionären Kräfte beteiligt.

Unter dem Vorwand des Kampfes gegen den Terrorismus schränkt die italienische Monopolbourgeoisie jetzt brutal die demokratischen Rechte ein und treibt die Faschisierung voran. Sie versucht damit den machtvoll anschwellenden Kampf der italienischen Arbeiterklasse und der übrigen Werktätigen eures Landes zu unterdrücken. Sie greift eure Partei wütend an, weil ihr die einzigen seid, die der Arbeiterklasse und den übrigen Werktätigen Italiens den Weg ihrer Befreiung zeigt: den kompromißlosen Kampf gegen die kapitalistische Ausbeuterordnung mit dem Ziel, sie durch die proletarische Revolution zu stürzen und ein sozialistisches Italien der Diktatur des Proletariats zu errichten. Wir versichern euch, liebe Genossen, unserer vollen Solidarität gegen die Angriffe der Reaktion gegen eure Partei und für euren Kampf.

Mit brüderlichen kommunistischen Grüßen,
Zentralkomitee der KPD/ML
i. A.
Ernst Aust, Vorsitzender

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE		
	1. Programm		
13.00-13.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
14.30-15.00	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
16.00-16.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
18.00-18.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
19.00-19.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	2. Programm		
21.30-22.00	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW
23.00-23.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1457 kHz	206 m	MW
06.00-06.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW

Erzählung von Willi Bredel

Erster Mai 1933

Mit strahlendem Gesicht betrat er die Zelle, eine Zigarette keck überm linken Ohr. Aus der Seitentasche seines blütenweißen Kittels ragten zwei Kämme und ein zusammengeklapptes Rasiermesser: die Wahrzeichen seiner Handwerkszunft. Vielen Friseuren fehlt jedes wahre Berufsinteresse; sie verschönern uns und vernachlässigen sich selbst, haben struppige, über Kragen und Ohren hängende Haare und ungepflegte Bärte, und aus ihren Nasenlöchern kräuseln Härchen. Nicht so unser Anstaltsfriseur. Er war stets peinlich sauber und gepflegt und verbreitete allerlei Wohlgerüche. Die Haare waren sorgfältig gebürstet, die Wangen frisch rasiert, der kleine, nasenbreite Bart gestutzt.

Schon vier Jahre verrichtete er in diesen Mauern sein Handwerk; drei Jahre hatte er noch vor sich, denn dieser wohlriechende, freundlich und zufrieden dreinschauende Gefangene sühnte einen Raubüberfall im Rückfall. Er kannte den Bau und den Betrieb besser als mancher Wachtmeister. Und nicht nur das. Ihm fehlte für seinen Bedarf nichts, buchstäblich nichts. Er schob, schacherte, log und betrog, ganz so, wie er es draußen, jenseits der Gefängnismauern, zu tun gewohnt war.

Das erste, was er mir besorgt hatte, waren Zeitungen und Schreibpapier. Beides hatte die Gefängnisleitung uns Schutzhaftgefangenen verweigert. Jede Zeitung aber, die ich zu lesen wünschte, erhielt ich durch diesen Anstaltsfriseur; oft mit einigen Tagen Verspätung, aber sie kam. Dann besorgte er mir gute Schokolade; Tabak und Zigaretten trug er stets in seinem Werkzeugkasten bei sich. Dieser Werkzeugkasten war eine Sehenswürdigkeit. Unter Haarschneideapparat, Messer, Rasierpinsel und Seife lagen seine Ramschartikel und das, was die einzelnen Häftlinge bei ihm bestellt hatten. Kein Wachtmeister sagte ihm auch nur ein lautes Wort. Er schnitt ihnen kostenlos und so oft sie wollten die Haare, rasierte sie einen Tag um den anderen, erwies ihnen zahlreiche Gefälligkeiten.

Von uns Häftlingen freilich ließ er sich jede, auch die kleinste Gefälligkeit bezahlen. Nach seiner Entlassung wollte er sich selbständig machen; im Gefängnis munkelte man, er habe sich bereits ein Vermögen zusammengegaunert.

Ich hatte ihm vor einigen Tagen einen Zehnmarkschein zugesteckt, den mir meine Frau beim letzten Besuch in die Hand geklemmt hatte. Dafür wollte er mir einen — Radioapparat besorgen. Ich hatte allergrößte Zweifel — wie sollte er zu einem Radioapparat kommen? Dann zeigte er mir einen, den er im Werkzeugkasten hatte. Bei jedem Besuch machte er mir das Herz schwer und den Mund wässerig. Besonders die politischen Abendberichte waren es, auf die ich versessen war. Nun war er gekommen, zog einen Zettel hervor und zeigte dem Wachtmeister, der an der Tür stand, einen Vermerk darauf:

„Stimmt doch, Wachtmeister Engelhardt, der wäre gestern schon dran gewesen!"

Der Wachtmeister machte ein mürrisches Gesicht, erwiderte aber kein Wort, lehnte die Zellentür an und ging. Kaum war er fort, flüsterte der Friseur:

„Hab alles hier. Tagsüber packst du es am besten in die Luftklappe. Sind die Schrauben dran locker?"

„Nein, sehr fest sogar!"

„Mach ich dir noch! Jetzt nimm die Klamotten erst mal hin!"

Er reichte mir ein kleines Päckchen, das ich unter das Keilkissen der hochgeklappten Pritsche steckte.

„Und hier ist Draht. Reichlich sogar, als Reserve!"

Mir war seltsam zumute; ich war furchtbar aufgeregt. Wenn alles klappte, würde ich heute abend Radio hören. Unvorstellbar! Ich stopfte den Draht hastig zu dem Päckchen.

„Sei vorsichtig damit", mahnte der Friseur, „da ist'n Detektor dabei, den mußt du sorgfältig behandeln."

Nun erst nötigte er mich zum Sitzen, legte mir ein weißes Tuch um und begann mir an den Ohren und im Nacken die Haare zu schneiden. „Weißt du, wie du es machen mußt?"

Ich schüttelte den Kopf.

„Am Klo die Wasserleitung — Erdleitung, der Wasserhahn — Antenne. Funktioniert das nicht, mußt du was anderes ausprobieren. Vielleicht das Pritschengestell als Antenne versuchen oder das Fenstergitter. Aber Klo und Wasserhahn werden schon klappen. Und immer erst nach Einschluß fertigmachen, sonst kannst du überrascht werden. Und dann: Es ist nur eine Hörmuschel dabei, die ist aber besonders gut."

Gegen Schluß sagte er wie nebenbei: „Fritz läßt dir sagen, am 1. Mai ist allgemeiner Hungerstreik."

„Warum das? Hungerstreik?"

„Das hat er mir nicht verraten. Außerdem soll die Internationale gesungen werden, und zwar dann, wenn der erste Saal heruntergeführt wird und mit Singen angefangen hat."

An diese letzte Mitteilung dachte ich vorerst weiter nicht; ich konnte kaum die Zeit des Einschlusses erwarten, um meinen Apparat auszuprobieren. Heimlich hatte ich bereits Stück für Stück betrachtet. Ob ich hören würde? ... Herrlich, der Gedanke, aus der Luft das Leben außerhalb der Mauern in meiner Zelle auffangen zu können: Nachrichten, Reden, Vorträge, Musik. Jeden Abend. Man isolierte uns von der Außenwelt, und mit einer Handvoll Drahtgeflecht zaubern wir diese Außenwelt herbei, durchbrechen Isolierung und Einsamkeit.

Es funktionierte wirklich! Anfangs war ich vor Aufregung ungeschickt, hörte nur leise, ferne Geräusche. Allmählich lernte ich mit dem Sucher umzugehen und immer bessere Stellen am Kristall zu finden.

Am darauffolgenden Abend hörte ich zwischen den Programmpausen von den Vorbereitungsarbeiten zur ersten „nationalen" Maifeier des Dritten Reiches. Alle würden diesmal mitmarschieren, hörte ich, der Arbeiter und der Kapitalist, die Dienstmagd und die „feinen Leute", der Knecht, der Bauer und der Gutsbesitzer. War der 1. Mai bisher Ausdruck des Klassengegensatzes, sollte er jetzt, verkündeten die Ansager im Radio, Ausdruck der Klassenüberbrückung und Volksverbundenheit sein. Und ich vernahm, welche fieberhaften Vorbereitungen bereits in Harvestehude, dem Villenviertel Hamburgs, getroffen worden waren. Barmbeck, Rothenburgsort, die Altstadt wurden wenig erwähnt. Ich hörte auch, ein Kapitalist nach dem anderen habe beschlossen und öffentlich bekanntmachen lassen, daß er seinen Arbeitern und Angestellten diesen nationalen Feiertag voll bezahlen werde.

Wurden nicht früher die Arbeiter, die den 1. Mai feierten, entlassen? Wurde nicht früher erbittert um die Bezahlung des 1. Mai gekämpft? Wurden nicht vor einigen Jahren noch an diesem Tage über dreißig Arbeiter und Arbeiterinnen in Berlin ermordet, nur weil sie am 1. Mai auf der Straße marschierten?

Am Vorabend des 1. Mai bekam ich einen kleinen Zettel zugeschoben. „1. Mai Hungerstreik. Singen, wenn auf dem Hof angefangen wird, nicht früher." Beethovens „Eroica" wurde durchgegeben. Die nationalsozialistischen Musikgelehrten hatten entdeckt, Beethoven habe in „genialer Vorahnung der Heldenrolle Hitlers ihm die ‚Eroica' gewidmet".

Der kommende Tag begann wie jeder andere, aber schnell platzte die erste Sensation: Der Morgenkaffee wurde von den Gefangenen abgelehnt. Einige Wachtmeister fragten verblüfft nach dem Grund und erhielten die Antwort:

„Aus Protest gegen den Maischwindel. Draußen feiern sie Volksgemeinschaft, und wir werden mißhandelt und gefangengehalten."

Kaum war das vorüber, fingen einige Häftlinge in ihren Zellen an, die „Internationale" zu singen. Das war gegen die Verabredung. Diese Heißsporne und Disziplinbrecher gefährdeten unsere einheitliche Aktion. Aber es geschah nichts, alles blieb ruhig.

Vorsichtig blickte ich auf den Hof; es dauerte merkwürdig lange mit dem Beginn des Rundgangs. Wenn nun heute keiner heruntergelassen würde? Dann auch ohne das verabredete Zeichen zu singen anfangen! In allen Zellen blieb es still. Man hörte aber öfter als sonst die Außenposten rufen: „Vom Fenster weg!"

Auf dem Hof entstand Unruhe. Vorsichtig blickte ich hinunter. Fiebernd vor Aufregung, beobachtete ich, was auf dem Hof vorging. Von den Gefangenen kannte ich zwei, die Arbeiterkorrespondenten aus dem Hafengebiet waren. Auch ein Funktionär des Jugendverbandes war dabei.

Plötzlich sah ich, wie alle sich eine rote Rosette an die Rockaufschläge steckten. Gleich darauf wurde gesungen:

Wacht auf, Verdammte dieser Erde...

Der Wachtmeister wirkte in seiner grenzenlosen Bestürzung geradezu komisch. Zuerst starrte er mit offenem Munde auf die ruhig marschierenden und singenden Gefangenen, dann brüllte er: „Aufhören! Einrükken!" Keiner kümmerte sich darum, keiner hörte auf ihn. Ich sah, wie der Posten zum Telefonkasten an der Mauer rannte. Neben mir, unter mir, über mir, überall sangen sie:

—... Das Recht, wie Glut im Kraterherde, nun mit Macht zum Durchbruch dringt...

Der Stationswachtmeister rannte von Zelle zu Zelle und linste durch den Spion. An jeder Zellentür, hinter der gesungen wurde, machte er mit Kreide ein Kreuz. Es blieb auf unserer Station keine Tür ohne Kreuz.

... Die Internationale erkämpft das Menschenrecht.

Auf dem Hof hörte ich Getrampel. Mit vorgehaltenen Karabinern stellten sich die Polizisten vor die Gefangenen, die ebenfalls stehenblieben. Einer rief:

Un — serm — Ge — nos — sen Thäl — mann ein dreifach kräftiges Rot Front!

Aus allen Festern und vom Hof kam die Antwort:

Rot Front! Rot Front! Rot Front!

Die Polizisten drehten ihre Karabiner um und schlugen mit den Kolben auf die Gefangenen ein, jagten sie vor sich her in den Gefängnisbau.

Die Einzelhäftlinge schrien aus ihren Zellenfenstern Hochs auf die Weltrevolution, auf Sowjetrußland, auf die KPD. Dann ebbte die Unruhe ab, und eine merkwürdige, beinahe feierliche Stille trat ein.

Die Freistunde war abgebrochen worden; die Wachtmeister schienen sich aber nicht um die Gefangenen zu kümmern, sie blieben auf ihren Stuben. Pflichtgemäß kamen um die Mittagszeit die Kalfaktoren mit den Eßeimern angeklappert; pflichtgemäß schlossen die Wachtmeister die Zellentüren auf. Kaum einer nahm Essen an. Von 843 Gefangenen, so erfuhren wir später, führten 821 den Hungerstreik durch. Die Kalfaktoren mußten die vollen Eimer wieder hinunterschleppen.

Am Abend das gleiche: Tee und Brot wurden abgelehnt.

Kurz vor dem Einschluß rückten an die zwanzig bewaffnete SA-Leute durch das Gefängnistor. Ich vermutete eine Strafexpedition. Aber alles blieb ruhig wie zuvor.

Als es dunkel wurde, holte ich mein Radiogerät hervor. Märsche wurden übertragen...

Viele laute Schritte auf dem Stationskorridor ließen mich zusammenschrecken. Schnell riß ich die Drähte vom Wasserhahn und Klosett, raffte sie zusammen und verbarg sie mit dem Kasten unter dem Keilkissen. Angespannt horchte ich. Eine Zelle wurde aufgeschlossen. Ich hörte jemanden „Rauskommen!" rufen. Dann kamen sie näher. Wieder wurde eine Zelle geöffnet. An meiner Zelle gingen sie vorüber, aber einige Zellen weiter wurde wieder aufgeschlossen, und der betreffende Häftling mußte gleichfalls heraustreten. Von unserer Station wurden sechs in den Keller geführt.

Zum Radiohören war mir die Lust vergangen. Nach welchem System hatten sie ihre Opfer herausgesucht? Ob sie uns auch noch holen würden? Wieder blieb alles ruhig...

Nach einer Weile übermannte mich die Neugier, und ich holte erneut mein Gerät hervor, verband die Drähte mit Wasserhahn und Klo. Ich hörte:

... So ist das deutsche Volk zum erstenmal geeint. Kein Klassenkampf mehr, der Deutsche gegen Deutsche hetzt. Und im Mittelpunkt des heutigen Tages steht der deutsche Arbeiter.

Ich riß den Hörer vom Ohr, tierisches, würgendes Brüllen drang vom Keller herauf. Türen wurden zugeworfen, Getrampel von vielen schweren Stiefeln war zu hören, Rufe, Schlagen. Ich sprang von der Pritsche, riß den Draht ab, schob alles unter die Matratze und horchte. Einige Gefangene schienen sich zu wehren, denn wiederholt liefen die Prügelknechte vor einer Zelle zusammen. Plötzlich krachte ein Schuß. Danach hörte das Schlagen auf.

Wie ein Fiebernder lag ich auf meiner Pritsche. Draußen schlug die schrille Glocke der Zuchthauskirche zwölf.

Der 1. Mai war vorüber. Ein neuer Tag hatte begonnen.

Aus: „Unter Türmen und Masten"

Vor 25 Jahren starb Erich Weinert

Ein alter Mann erzählt vom 1. Mai



Erich Weinert spricht Kampfgedichte vor den Freiwilligen der Internationalen Brigaden in Spanien.

Kinder, wie so die Jahre verrinnen!
Ich kann mich heut noch ganz genau entsinnen.
Das war Einundneunzig, am ersten Mai.
Mit dem Sozialistengesetz war es vorbei.
Morgens um neune ging's nach dem Friedrichshain.
Mutter hatte ihr Sonntagskleid angezogen.
Da kamen sie dann in langen Reihn.
Der Sozialistenmarsch klang, die Fahnen flogen.
Und Mutter und ich, wir reihten uns ein;
Wir waren so stolz, Sozialisten zu sein!

So hatten wir's bis vor dem Krieg gehalten.
Aber das eine fiel mir schon damals auf:
Unsere Führer waren nicht mehr die alten;
Die wollten die Maifeiern gemütlich gestalten,
Ihr wißt ja, mit Schönheit und würdigem Verlauf.
Vierzehn marschierten wir unter roten Standarten
Schon möglichst schnell in den Kaffeegarten.
Dann starb die Partei den Heldentod.
Fünfzehn war die Maifeier schwarzweißrot.
Das war ja nicht anders zu erwarten.

Aber dann war Sechzehn wieder ein erster Mai!
Ja, Kinder, da war ich auch mit dabei!
Der Potsdamer Platz voll Menschenmassen.
Karl Liebknecht stand mit geballter Faust.
Ich sehe noch, wie die Blauen ihn fassen.
Ich höre noch, wie der Massenschrei braust.
Da lernten wir Ebert und Scheidemann hassen!

Und als Wilhelm mit seinen Kumpanen entwich,
Da dachten wir: Na, die Sozialpatrioten,
Die haben ihren Kriegsrausch nun hinter sich!
Aber was waren wir doch für Idioten!
Die wurden gerade die schlimmsten Despoten.
Da gingen wir ehrlichen Sozialisten
Am ersten Mai zu den Kommunisten!

Und was dann kam, habt ihr ja selber gesehn.
Dieselben, die in den neunziger Jahren
Bei der Maifeier mit auf der Straße waren,
Die verboten uns jetzt, auf die Straße zu gehn!
Denkt ihr noch an den Zörgiebelmai?
Unser Max ist ja auch gefallen dabei.
Wie sagte Stampfer? Aufruhr der Gosse!
Und der Mann war früher mal mein Genosse!

Und heute, Kinder? Die Herren kurieren
Den Kapitalismus mit weißer Salbe,
Machen mit Hitlern halbe halbe
Und lassen euch in Ruh und Ordnung krepieren!
Kinder, euch pustet der Wind durch die Backen!
Das kommt von euren Schwindsuchtsbaracken!
Aber es kommt noch ein erster Mai,
Dann ist es mit all eurem Elend vorbei.

Heut ist noch Kampfmai, junge Genossen!
Heut wird noch auf eure Väter geschossen!
Doch einmal kommt der Faschist an die Reih.
Dann werden wir all die Räuber verjagen
Und über die Trümmer der Barbarei
Die Fahne der ewigen Freiheit tragen!
Das wird der herrlichste erste Mai!

Deutsches Fernsehen – made in USA

Kaum ein Tag vergeht, ohne daß amerikanische Serien über den Bildschirm flimmern. Montags: „Roots", dienstags: „Superstar", mittwochs: „Die Straßen von San Francisco", die Liste ließe sich beliebig fortführen. Zwischen 20 und 30 Folgen einer solchen TV-Serie werden gewöhnlich eingekauft. Genug, um uns fast ein ganzes Jahr lang, alle vierzehn Tage, entweder mit den Lollipop-Geschichten des Glatzkopfes Kojak oder den Terroreinsätzen eines „Superstar" zu füttern. Keineswegs sind diese Streifen reine Unterhaltung, tatsächlich sind sie Produkte der amerikanischen Propaganda-Industrie, die für den „american way of life" Werbung treiben, die über den kulturellen Einfluß in anderen Ländern die politische Macht der US-Imperialisten sichern sollen.

Hollywoods Ateliers sind heute kaum noch mit Filmherstellung ausgelastet, zu 80 Prozent produzieren sie Fernsehserien. Fast 8.000 Menschen fertigen dort wie am Fließband diese Streifen. Jährlich 600 Programmstunden. In sieben Tagen drehen die Produktionsteams jeweils eine Folge runter. Nach dem Muster, nach den Richtlinien, die ausgebuffte „Marktforscher" und Produktionsmanager entwickelt haben. Ein Schuß Brutalität, modische Eleganz, ein körperliches Markenzeichen wie die Glatze, dazu Ruppigkeit und ein wenig Sentimentalität zu Frauen — fertig ist das Modell Lieutenant Kojak. Und nun kann er losballern und sich durch den New Yorker Sumpf prügeln.



Brutalität und Terror in Serienproduktion

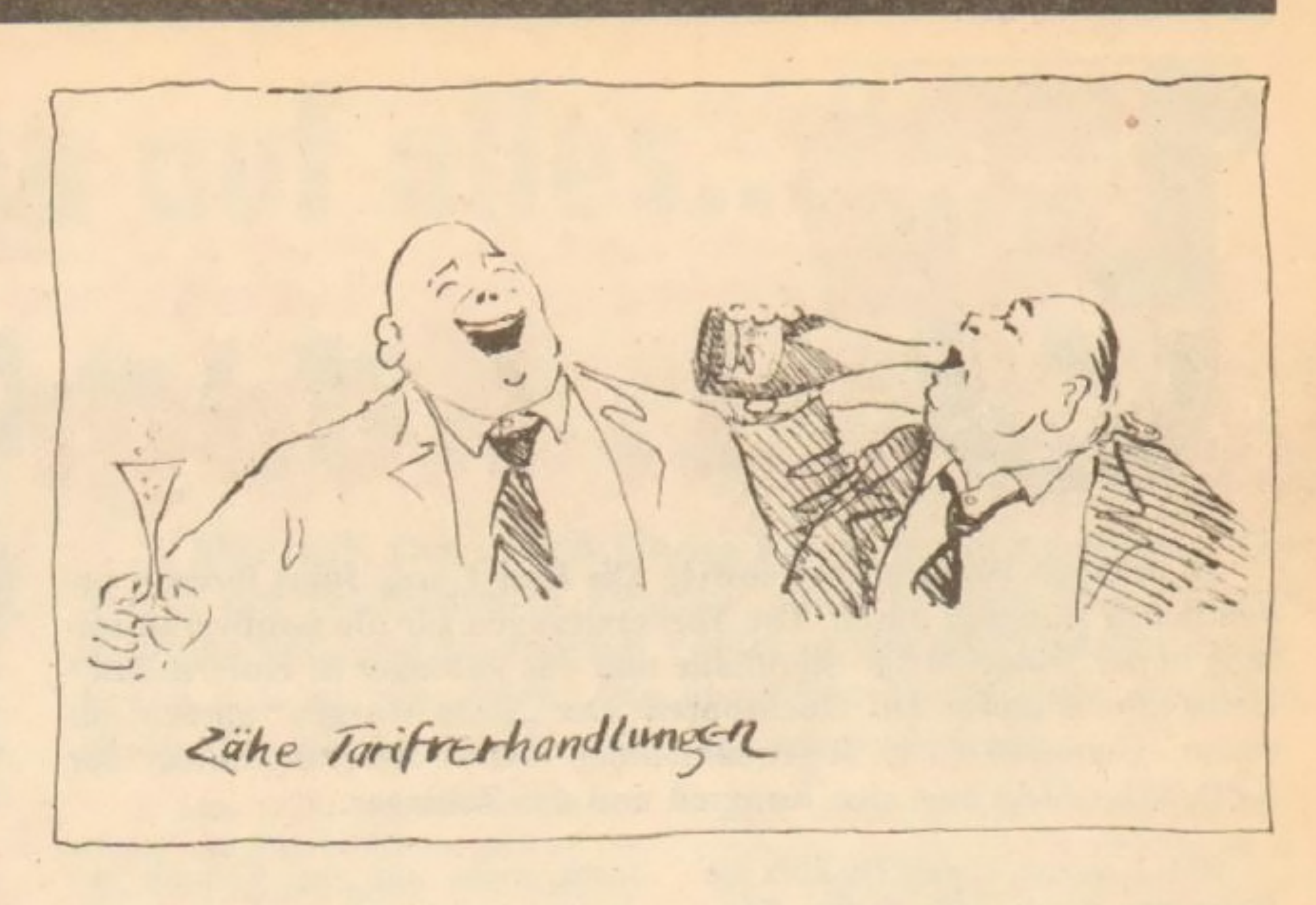
Diese amerikanischen Serien sind immer nach dem gleichen Handlungsablauf aufgebaut: Alle sechs Minuten muß ein Höhepunkt kommen. Denn dann wird im amerikanischen Fernsehen gewöhnlich die Vorführung unterbrochen und eine Werbesendung eingeschoben: für den neuen Cadillac oder die Seife Camé. Bei uns wird dies noch nicht praktiziert, der Hinweis auf der Filmkopie „Please commercial here" wird herausgeschnitten. Wie eine Seife prüfen die Fernsehproduzenten übrigens vor dem Verkauf der TV-Serien auch den „Marktwert" ihrer Massenproduktion. In einem sogenannten „Preview-House", einem Vorschau-Theater, wird vor Aufnahme der Serienproduktion ein Prototyp der Serie einer Reihe von Testpersonen vorgeführt. Sie haben Sonden an den Fingerspitzen, die den kleinsten Schweißausbruch feststellen, dazu noch andere Spezialmeßgeräte am Körper. Mit diesen Methoden versuchen die Produzenten den „Unterhaltungswert" ihrer Serien festzustellen. Und wenn es nicht reicht, wird dann eben noch ein Schuß Liebe oder ein „kleiner Mord" eingefügt, damit die Mixtur stimmt. Eiskalt kalkulieren diese Fernsehmanager unsere Stimmungen und Gefühle ein, damit wir uns durch ihre Serienproduktionen einlullen lassen, damit wir ihnen ihre Propaganda für den amerikanischen Imperialismus abnehmen sollen.

Ein Medien-Experte hat es auf den Nenner gebracht: „Der Export von Kapital bedarf eines passenden ideologischen Klimas." Um eben dieses ideologische Klima der Unterwerfung unter die Interessen des amerikanischen Monopolkapitalismus, das Klima der Bewunderung des „american way of life" zu schaffen, boxt die amerikanische Fernsehindustrie ihre Fernsehserien auf die Bildschirme von zahllosen Ländern. Solche Typen wie Kojak oder Colombo, wie Kung Fu oder Cartwright erscheinen in fast 95 Ländern im Fernsehen. Sie propagieren vor über 500 Millionen Zuschauern den amerikanischen Imperialismus, propagieren seine kulturelle Verflachung und Primitivität, seinen Rassenhaß und sein Konsumdenken. Eine kulturelle Aggression größten Ausmaßes, die das nationale und fortschrittliche Kulturerbe der verschiedenen Völker aus den Massenmedien vertreiben soll.

In den vom amerikanischen Imperialismus unterdrückten Ländern sind die Fernsehanstalten nicht nur von den amerikanischen TV-Konzernen aufgebaut worden, sie gehören gewöhnlich auch durch Beteiligungen den amerikanischen Monopolen. So besitzt etwa die verhältnismäßig kleine Fernsehfirma ABC zehn Stationen in Japan und Mittelamerika und hält Beteiligungen an weiteren 54 Sendern. Über diese Beteiligungen verbreiten sie ihre Fernsehserien und amerikanischen Programme in die abhängigen Länder. Beispielsweise ist in Nigeria die Hälfte aller Sendungen auf dem Bildschirm TV-Ramsch aus den USA.

In die westdeutschen Fernsehanstalten pumpen die amerikanischen Fernsehmonopole ihre Serien zum Stückpreis von 20.000 Mark. Ein in der Bundesrepublik selbstproduzierter 45-Minuten-Krimi würde 300.000 Mark kosten. Aber es ist nicht nur dieser niedrige Serien-Produktions-Preis, der die westdeutschen Fernsehanstalten dazu treibt, die amerikanischen Serien zu senden. Immerhin schon weit über 60 seit 1964. Mit jedem dieser Kojak- und Superstar-Streifen soll zugleich Propaganda für das sogenannte „Bollwerk der freien Welt" gemacht werden, für das enge Bündnis zwischen der westdeutschen und der amerikanischen Monopolbourgeoisie. Darum ist diesen Herren der Sensationskitzel, die Verherrlichung von faschistischer Gewalt, die primitive Lüsternheit in diesen Serienstreifen nur allzu recht, um uns den „amerikanischen Lebensstil" zu verkaufen.

Mit diesem niveaulosen Fernsehschund, dieser Soße aus Gewalt und Geld wollen sie unser fortschrittliches deutsches Kulturerbe abtöten und alle geistigen Ansprüche ersticken. Diese amerikanischen Propagandafilme sollen uns zu kritiklosen Nachäffern der amerikanischen Primitivkultur machen, sie sollen uns vom Kampf gegen die amerikanischen Besatzer und gegen das Vorherrschaftsstreben dieser Supermacht ablenken. Es ist das Ziel dieser Sendungen, uns moralisch und kulturell vom amerikanischen Imperialismus abhängig zu machen.



Zähe Tarifverhandlungen

Aufgespießt



„Kontaktbereichsbeamter?
Warste nicht 33 Blockwart hier im Viertel?"

Zwei Karikaturen, die uns von Lesern zugesandt wurden

Die Liste

Zwei Tage vor Abgabeschluß waren sie mit ihrer LISTE angekommen: 120 Unterschriften für die RGO. Dem Kollegen vom Wahlausschuß war für einen Augenblick der Atem gestockt, dann hatte er mit ungelenker Schrift die Quittung ausgefüllt: „Hiermit bestätigen wir den Erhalt..."

Zehn Minuten später hatte er eine Fotokopie der Unterschriftenliste auf seinem Schreibtisch liegen. Der Kollege vom Wahlausschuß hatte sie ihm gebracht und mit dämlichem Gesicht gefragt, was sie denn jetzt machen sollten. Er hatte ihn angefahren: Das würden sie schon noch zu hören bekommen! Dann aber hatte er nach dem Telefon gegriffen und für den Nachmittag eine Betriebsratssitzung einberufen.

Er mußte die Zentrale anrufen. Eine peinliche Sache. Keine 14 Tage vorher war er oben gewesen. War nicht haarklein referiert worden, wie man geordnete, ungestörte und erfolgreiche Wahlen durchzieht? Daß man höchste Wachsamkeit üben müsse? War nicht ausdrücklich vor den Spaltern und Chaoten gewarnt worden? Hatte er nicht großspurig erklärt, daß es diese Typen zwar vor dem Betrieb gebe, aber im Betrieb — nein! Dafür hätten sie schon gesorgt, daß die da keinen Fuß reinkriegen.

Jetzt war die Bescherung da, und er mußte sie melden. Nervös hatte er zum Hörer gegriffen. Der Chef war nicht da. Die Sekretärin hatte ihn mit einem der Stellvertreter verbunden, was noch schlimmer war. Denn der hatte zwar scheinheilig seine Anteilnahme verkündet, hatte es sich aber nicht verkneifen können, mit giftigem Unterton hinzuzufügen, daß seiner Meinung nach so was ja schon in der Luft gelegen hätte. Wenn er sich so die nicht gerade überwältigenden Ergebnisse der Aufsichtsratswahl vor drei Monaten angucke... Dieser arrogante Hund!

Niemand würde ihm vorwerfen können, in den letzten vier Wochen nicht alles erdenkliche unternommen zu haben. Sie hatten an die Unterzeichner der LISTE einen Brief losgeschickt. Er selbst hatte ihn verfaßt. Sogar der Chef hatte die eindeutige Sprache gelobt, mit der den Unterzeichnern der LISTE die Schwere ihres Fehlers, ihre erschreckende Sorglosigkeit, ihre fehlende Wachsamkeit vor Augen geführt wurde. Drei Tage später wußte er, daß dies umsonst gewesen war. Nur 24 hatten ihre Unterschrift zurückgezogen, diese verfluchte LISTE aber hatte über dreißig neue Unterschriften nachgereicht.

Dann hatten sie die Presse mobilisiert. Die waren gut mitgezogen, und er hatte nicht ohne Wohlgefallen registriert, daß sie sogar seine Formulierungen bis in alle Einzelheiten übernommen hatten. Einige Tage lang hatte er die Zeitung entgegen seiner Gewohnheit schon vor dem Frühstück aus dem Briefkasten gefingert, hatte zwischen Kaffee und Frühstücksei seine geschliffenen Formulierungen über die Lippen gleiten lassen, hatte sie seiner Frau vorgelesen und sich von ihr loben lassen. Bis zu dem Tag, als die LISTE eine Gegendarstellung brachte, die einem die Zornesröte ins Gesicht trieb. Da hatte er, zum ersten Mal seit Jahren, sein Ei stehenlassen.

Sie hatten ihre Betriebsräte und V-Leute durch die Abteilungen geschickt. Alles umsonst. Dort waren sie als Rattenfänger beschimpft worden, zwei hätten fast Prügel bezogen. In einer Abteilung war sogar auf sein Foto ein Fadenkreuz aufgemalt, daneben hingen die Bilder der Kandidaten der LISTE mit dem handgeschriebenen Zusatz „Unsere Betriebsräte".

Und dann das mit dem gelben Heft. Wie ein Beutestück hatte er es rumgezeigt, jetzt wüßten sie also, was die LISTE wirklich wolle. Das würde diese LISTE nicht öffentlich verteilen, wer würde sie dann noch wählen? Er selbst mußte es mitansehen, wie einen Tag später das gelbe Heft verteilt wurde, wie es in unzähligen Westentaschen verschwand, wie es auf den Gepäckträgern, in den Aktenmappen zwischen Thermoskanne und Stullenpaket oder noch in der Hand unter dem Werksausweis den Weg in den Betrieb nahm. Er selbst mußte anhören, wie V-Leute von allgemeiner Zustimmung zu berichten wußten, von Diskussionen in der Mittagspause, die bis lange über das Pausenzeichen hinaus gedauert hätten, ja, sogar von einzelnen Kollegen, die erklärt hätten, sie würden da sofort mitmachen.

Ja, er hatte wirklich alles versucht, hatte sich vier Wochen lang keine Ruhe gegönnt, hatte gekämpft wie noch nie zuvor. Jetzt war alles vorbei, Gottseidank. Der Betriebsratsvorsitzende sah auf seine Uhr: Vor drei Minuten waren die Wahllokale geschlossen worden, in wenigen Minuten würde die Auszählung beginnen. Er wusch sich die Hände, kämmte sich und übte vor dem Spiegel ein selbstbewußtes Gesicht. Er brachte aber nur eine müde Grimasse zustande.

Dann ging der Betriebsratsvorsitzende zur Auszählung. Man war gerade dabei, die Plomben der ersten Urne zu öffnen. Einige hundert Umschläge flatterten auf den Tisch. Der Kollege vom Wahlausschuß setzte mit gewichtiger Miene seine Brille auf und strahlte Verantwortungsbewußtsein aus. Die Schreiber nahmen ihre Kugelschreiber zur Hand und warteten auf ein Signal.

Da merkte der Betriebsratsvorsitzende, daß er sich setzen mußte. Zittrig fingerte er sein Taschentuch heraus und trocknete seine Stirn. Die Auszählung hatte begonnen. Als der Kollege das vierte Mal die Nummer der LISTE vorlas, aber erst 20 Umschläge geöffnet hatte, wußte er, daß es jetzt erst richtig los ging.

(Diese Kurzgeschichte wurde uns von einem Leser eingesandt.)



Vorwärts zum 1. Kongress der Roten Garde!

In wenigen Wochen ist es soweit. Die Rote Garde führt ihren I. ordentlichen Kongreß durch. Die Vorbereitungen für die Großveranstaltung in der Düsseldorfer Stadthalle und das Zeltlager in Hofermühle/Heiligenhaus laufen auf Hochtouren. Der „Roter Morgen" sprach mit einem Genossen der Jugendabteilung beim Zentralkomitee der KPD/ML (ZJA) über den Kongreß und das Zeltlager.

RM: Genosse, kannst Du kurz die Bedeutung des I. ordentlichen Kongresses für die Rote Garde zusammenfassen?

ZJA: Bisher ist die Rote Garde keine selbständige Organisation. Sie hat keine eigenen Leitungen, hat kein Statut usw., die Rote Garde untersteht auf allen Ebenen direkt den Parteileitungen. Mit der Durchführung des I. Kongresses wird die Rote Garde organisatorisch selbständig. Die Delegierten des Kongresses werden das Kampfprogramm und das Statut der Roten Garde diskutieren und verabschieden, und sie werden zum ersten Mal eine eigene zentrale Leitung der Roten Garde wählen.

Am 30. und 31. August 1975 führte die Rote Garde ihren Kongreß „Jugend gegen imperialistischen Krieg" in der Stadthalle in Offenbach durch. Über 2.000 Teilnehmer waren auf der begeisternden Veranstaltung, auf der Genosse Ernst Aust eine wichtige Rede hielt. Diese Rede mit dem Titel „Die Jugend wird den Kampf entscheiden" hat die Arbeit der Roten Garde entscheidend beeinflußt und war ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einem organisatorisch selbständigen kommunistischen Jugendverband.

Das Novemberplenum des ZK der KPD/ML hat die Arbeit und die Aufgaben der Roten Garde grundsätzlich diskutiert und kam zu dem Schluß, daß das Fehlen der organisatorischen Selbständigkeit sich in der Praxis als ein Hemmschuh erwiesen hat, der die Rote Garde mit daran hinderte, zu einer echten Jugendmassenorganisation der KPD/ML zu werden. Auf der Grundlage der Beschlüsse des Novemberplenums und des III. Parteitages wird der Kongreß wichtige Richtlinien für die weitere Arbeit sowie die nächsten Kampfaufgaben der Roten Garde beschließen. Die politische Stoßrichtung unseres I. Kongresses läßt sich in dem Satz „Tiefer hinein in die Massen der Jugend!" zusammenfassen.

RM: Ihr führt zur Vorbereitung des Kongresses eine Kampagne „Die Rote Garde breiter bekannt machen, die Rote Garde fester in der Jugend verankern" durch. Kannst Du uns kurz einen Überblick über den Stand der Kampagne und den Stand der Vorbereitungen für die Großveranstaltung und das Zeltlager geben?

ZJA: Die Kampagne ist ein Ansporn für die Rote Garde, ihr Augenmerk mehr auf die Kämpfe der Jugend zu konzentrieren, in sie einzugreifen und dort, wo es möglich ist, sie zu führen. Dieses Ziel wurde erreicht. Das kann man bereits jetzt vor Abschluß der Kampagne sagen. Viele Rotgardisten und Rote-Garde-Gruppen haben sich ernsthaft Gedanken darüber gemacht, wie man die Arbeit verbessern kann und sie haben neue Ideen für Aktionen der Roten Garde entwickelt. Ich will hier nur einige Beispiele nennen: die Jugendvertreterwahlen in Bremen, der Kampf der Roten Garde an der Berufsschule in Herten gegen das Autowaschen der Kfz-Lehrlinge während des Berufsschulunterrichts, die Aktionen der Roten Garde Ostwestfalen und Dortmund bei der Rekruteneinziehung, die Aktion der Roten Garde Kiel gegen den Propagandastand der SPD usw. Ihr haben im „Roten Morgen" ja regelmäßig darüber berichtet. Von anderen Rote-Garde-Gruppen weiß ich, daß sie zur Zeit sehr gute Aktionen vorbereiten: das Jugendmagazin, das im nächsten Monat erscheint, wird darüber sicherlich berichten.

Die Vorbereitung der Großveranstaltung und des Zeltlagers hat uns vor einige Probleme gestellt. Einmal ist es natürlich kein Pappenstiel, eine Großveranstaltung für 3.000 Personen und ein Zeltlager für 1.500 Personen auf die Beine zu stellen. Aber das sind Probleme, die sich lösen lassen. Viel größere Schwierigkeiten und Verzögerungen erbrachte die Suche nach einem geeigneten Zeltplatz im Raum Düsseldorf. Nicht, daß es keine geeigneten Plätze gibt. Nein, die meisten Plätze lagen entweder im Rheinufer- oder im Landschaftsschutzgebiet, und da ist, so die Stadt Düsseldorf, das Zelten grundsätzlich verboten. Man muß sich das mal vorstellen, gerade am Rhein, den die Kapitalisten mit ihren Industrieabwässern und Industrieanlagen direkt am Rheinufer derart verpestet haben, daß man es an einigen Stellen bereits von weitem riecht, ist das Zelten verboten, weil dadurch das Rheinufer und -wasser gefährdet werden könnte.

Dann hatten wir einen guten Platz gefunden, aber der Besitzer war ein hinterhältiger Betrüger, ein gewisser Herr Kluth, Reitstall- und Großgrundbesitzer aus Düsseldorf. Obwohl diesem Herrn Kluth bereits seit einem Jahr das Durchführen von Zeltlagern auf seinem Grundstück verboten ist und die Polizei die sofortige Räumung des Rote-Garde-Lagers, würde es dort stattfinden, bereits angedroht hatte, erzählte er uns davon kein Wort. Er wollte sofort einen Vertrag machen, das dicke Geld kassieren, und den Ärger hätten ja schließlich wir und nicht er.

Durch den unermüdlichen Einsatz der Roten Garde- und Parteigenossen des Rheinlandes gelang es uns schließlich doch noch, einen guten Platz für das Pfingstlager zu finden. Ich möchte den Genossen des Rheinlandes sowie den Genossen aus Westfalen-Lippe noch einmal ausdrücklich im Namen der Jugendabteilung unseren Dank für ihren vorbildlichen Einsatz bei der Zeltplatzsuche aussprechen.

RM: Im letzten „Roten Morgen" haben wir das Programm der Großveranstaltung und des Zeltlagers abgedruckt. Kannst Du vielleicht noch einmal kurz darauf eingehen?

ZJA: Die Großveranstaltung in der Düsseldorfer Stadthalle wird mit Sicherheit ein schwungvoller und begeisternder Auftakt für die Arbeit der Roten Garde als selbständiger Jugendverband der Partei werden. Zugleich ist sie eine proletarisch-internationalistische Kampfdemonstration.

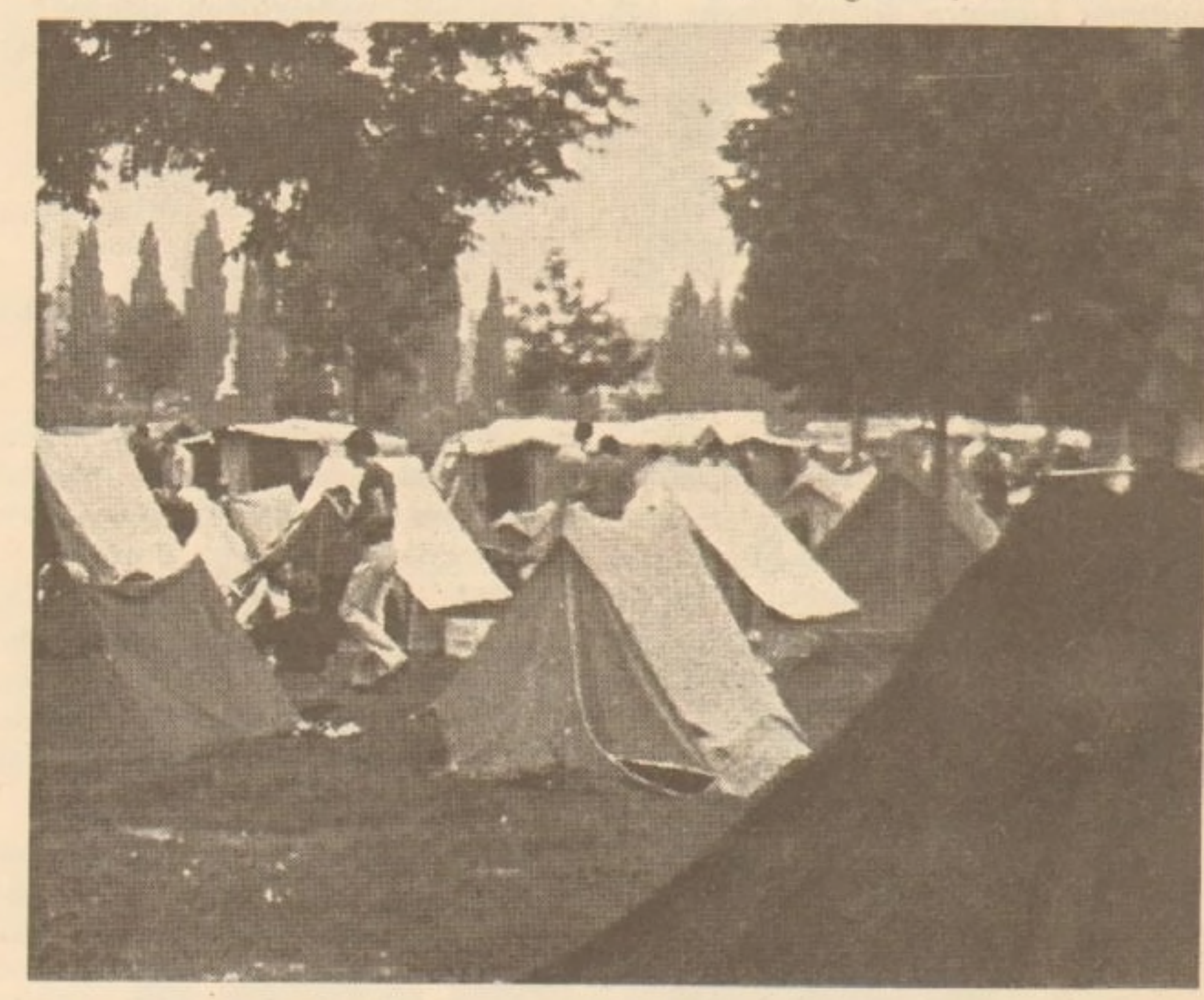
Die Genossen des Verbandes der Jugend der Arbeit Albaniens haben uns inzwischen ihre Delegation zum Kongreß der Roten Garde benannt. Es sind die Genossen Valdete Sala, Mitglied des Sekretariats des ZK des VdJAA und Ylla Backa, Mitglied des Büros des ZK des VdJAA und 1. Sekretär des Komitees des VdJAA für Tirana. Die albanischen Genossen haben ihr Visum bei der deutschen Botschaft in Wien beantragt. Wir hoffen, daß wir bereits in den nächsten Tagen nähere Informationen darüber haben, wie die deutschen Behörden auf diesen Antrag reagieren. Es ist klar, daß die gesamte Rote Garde und Partei mi' einem massiven Schlag antworte' wird, sollten die westdeutschen Impe rialisten es erneut wagen, unseren albanischen Genossen die Einreise zu verweigern oder sie zu behindern.

Weitere Zusagen haben wir von unseren Bruderorganisationen aus Chile, Portugal, Spanien, Griechenland, dem Iran, von der Organisation für den Wiederaufbau der Kommunistischen Partei in Frankreich (ORPCF) und von der Föderation Schwarzafrikanischer Studenten im Ausland (FEANF). Eingeladen ist ferner eine Delegation der Bruderorganisation aus Brasilien, Italien, Britannien und eine Delegation der Generalunion Afghanischer Studenten im Ausland.

Mit Ungeduld und Spannung erwarten schon die meisten Freunde und Genossen unser neues Jugendmagazin. Es wird auf der Großveranstaltung in Düsseldorf zum ersten Mal verkauft. Ich kann allen Ungeduldigen versichern, daß die Redaktion unseres Jugendmagazins ihre Erwartungen mit Sicherheit nicht enttäuschen wird.

Das Jugendmagazin wird ein lebendiges, aktuelles, kämpferisches, revolutionäres Magazin werden, das jugendgemäßer, umfangreicher und attraktiver ist als unsere bisherige Beilage zum „Roten Morgen".

Eine weitere Überraschung ist das neue Emblem der Roten Garde, das auf der Großveranstaltung bereits als Anstecknadel verkauft wird.



Auch während des Offenbacher Kongresses fand ein Zeltlager der Roten Garde statt, daß allen 1.300 Teilnehmern gut gefallen hat.

Zum Zeltlager möchte ich sagen, daß wir uns bemüht haben, ein breites und abwechslungsreiches Programm zu bieten. Neben den vielen kleinen Attraktionen und Leckerbissen sticht das Theater- und Folklore-Festival heraus, das wir bei schönem Wetter unter freiem Himmel durchführen werden. Wir haben zum einen Agitprop-Trupps und Folklore-Gruppen eingeladen, die euch bereits bekannt sind. Es ist die „Rote Kolonne" Frankfurt, der „Rote Pfeffer" aus Berlin, der übrigens seine Pantomime, die auf dem Arbeitertheaterfestival in Dortmund prämiert wurde, aufführen wird, die „Elbspeelers" aus Hamburg, die „Rotkehlchen" aus Berlin und die „Stechmücke" aus Köln. Und dann ist es uns noch gelungen, mehrere Sänger und Folklore-Gruppen aus verschiedenen Städten der Bundesrepublik zu verpflichten, die satirische, alte, neue, deutsche und italienische Volkslieder spielen und Volkstänze aufführen.

Das Programm, das die Rote Garde hier auf der Großveranstaltung und auf dem Zeltlager zu bieten hat, ist ansprechend und reizvoll für sehr viele Jugendliche. Wir hoffen deshalb, daß wir viele neue Jugendliche auf der Veranstaltung begrüßen können, Freunde und Genossen, die hier die Rote Garde kennenlernen und mit ihr kämpfen wollen.

RM: Vielen Dank für das Interview. Wir sind fest davon überzeugt, daß der I. Kongreß der Roten Garde ein großer Erfolg wird, und daß die Rote Garde zielstrebig voranmarschieren wird auf dem eingeschlagenen Weg zu einer kampfstarken Jugendmassenorganisation der Partei. VORWÄRTS MIT DER ROTEN GARDE!

JUGEND FÜR DEN KOMMUNISMUS



● **Großveranstaltung der Roten Garde:**
13. Mai, 10 Uhr, Stadthalle Düsseldorf

● **Pfingstlager der Roten Garde:**
von Freitag, den 12. Mai bis Montag, den 15. Mai in Hofermühle/ Heiligenhaus
(zwischen Düsseldorf und Essen)

